Heute auf Seite 20: Scheinwerfer auf Niedersachsen - Die Verlierer bleiben Sieger

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jahrgang 25 — Folge 25 | 2 Hamburg 13, Parkallee 86 / 22. Juni 1974 | C 5524 C

Um Ostpreußen verdient gemacht

Die Ostdeutschen nahmen mit Abschied von Joachim Frh. von Braun, dem unermüdlichen Streiter gegen Kleinmut und Resignation

Göttingen — Unter starker Anteilnahme seiner Landsleute wurde am Donnerstag, 13. Juni, der verstorbene Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Geschäftsführer des Göttinger Arbeitskreises, Joachim Freiherr von Braun, in Göttingen zur letzten Ruhe gebettet. Freiherr von Braun war, wie schon in Folge 24 gemeldet, am 8. Juni einem schweren Leiden erlegen. Er stand im 69. Lebensjahr.

Für den Göttinger Arbeitskreis würdigte dessen Präsident Prof. Dr. Boris Meissner die Verdienste des Verstorbenen, der 28 Jahre lang entscheidenden Anteil an Aufbau und Gestaltung des Arbeitskreises gehabt und in alle Bereiche des öffentlichen Lebens gewirkt habe. Als unbequemer Preuße habe er sich in Sorge um Deutschland verzehrt.

Trauer und tiefen Respekt vor dem Weggenossen eines Vierteljahrhunderts und unermüdlichen Streiter gegen Kleinmut und Resignation bekundete Pommernsprecher Dr. Philipp von Bismarck, der namens des BdV-Präsidenten Dr. Herbert Czaja, der nordostdeutschen Landsmannschaften und der Pommerschen Landsmannschaft das Wort ergriff.

Stellvertretender Sprecher Harry Poley erinnerte in bewegten Worten daran, daß Freiherr von Braun in den letzten Jahren, in denen sich die Ostdeutschen von allen politischen Kräften verlassen fühlten, ein Übermaß an Belastung getragen habe. In dieser schweren Zeit sei er Vorbild und Fels in der Brandung gewesen und habe uns allen den Weg aufgezeigt, für ganz Deutschland einzustehen und Staatstreue vorzuleben.

Pfarrer Werner Marienfeld sagte in seinem Abschiedswort, der Verstorbene habe sein Leben unter das Wort „Ich bin ein Mensch unter Gott" gestellt.

Ausführlicher Bericht im Innern dieser Ausgabe.



Ein Ehrengeleit der Gemeinschaft Junges Ostpreußen flankierte den Sarg des Sprechers auf dem letzten Weg von der Kapelle zur Grabstätte

Foto Paul

55 Jahre danach . . .

H. W. — Bereits ein Jahr vor Kriegsende, im Oktober 1917, zitierte die Londoner „Times" einen Ausspruch des britischen Premiers Asquith, der Besiegte dieses Krieges werde durch einen ihm von den Siegern auferlegten Vertrag, „der die Rechtsgrundsätze unbeachtet läßt und die geschichtlichen Überlieferungen, Ansprüche und Freiheiten der betreffenden Völker Hohn spricht", keinen würdigen Frieden erwarten können. „Ein solcher Vertrag", so der britische Premier, „trage sein Todesurteil in sich und bereite ‚einen künftigen Kriegen einen fruchtbaren Nährboden'." So haben denn auch keineswegs nur „deutsche Nationalisten" diesen „Vertrag von Versailles" abgelehnt. Selbst der sozialdemokratische Reichskanzler Gustav Bauer protestierte, „gegen diesen Vertrag der Gewalt und Vernichtung . . . gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts, gegen die Verknechtung des deutschen Volkes, gegen die neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines Friedensvertrages".

Dort, wo am 18. Januar 1871 das Deutsche Reich proklamiert worden war, im Spiegelsaal des Königsschlosses von Versailles, mußte am 28. Juni 1919 — in diesen Tagen vor 55 Jahren — jener Vertrag unterzeichnet werden, von dem der sozialdemokratische Politiker Philipp Scheidemann gesagt hatte, seine Hand müsse verdorren, wenn er sich dafür hergebe. Nun, weder Scheidemanns noch eines anderen Mannes Hand verdorrte, als in Versailles die Lüge von der „Alleinschuld Deutschlands" zur Grundlage eines Vertragswerkes über die Bestrafung Deutschlands gemacht wurde.

Heute wissen wir, daß diese unhaltbare These der Vorwand war für die den Deutschen aufgezwungenen Bedingungen, die letztlich darauf abzielten, das biologische Wachstum und das wirtschaftliche Übergewicht der Deutschen abzuschnüren und einzudämmen. Dieser Vertrag war üble Flickschusterei und von dem Egoismus der beteiligten Siegernationen bestimmt. Dem amerikanischen Diplomaten William C. Bullitt mag das vor Augen gestanden haben, als er, einer der wichtigsten Sachverständigen der US-Delegation, an seinen Präsidenten Wilson schrieb, die amerikanische Regierung habe sich „nun herbeigelassen, die leidenden Völker der Welt neuer Bedrückung, Unterjochung und Verstümmelung auszuliefern."

So sehr man es heute auch gerne leugnen möchte: für die Konflikte, die zum Zweiten Weltkrieg führten, war von der Sache her der Keim in Versailles gelegt worden. „Meine jungen Freunde, seien Sie ohne Sorge über ihre militärische Zukunft! Der Friede, den wir soeben gemacht haben, sichert Ihnen zehn Jahre Konflikte in Europa." Clemenceau, Frankreichs Ministerpräsident, der diese Worte vor französischen Offiziersschülern in St. Cyr aussprach, hatte „untertrieben" — die Konflikte waren für 20 Jahre programmiert. Dann begann, im September 1939, der Zweite Weltkrieg, ausgelöst in Danzig, genau dort, wo es — so der britische Premier Lloyd George — „meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Europa führen" mußte.

Die unterschriftlich erzwungene Anerkennung einer angeblichen deutschen Kriegsschuld, die unsinnigen Reparationsregelungen, die Erkenntnis, dauernd ausgeplündert und wirtschaftlich niedergehalten zu werden, die Abtrennung Ostpreußens vom Reich, alles das rief Enttäuschung und Verbitterung hervor. Alles das aber ermöglichte auch erst das Aufkommen Hitlers, sodaß Theodor Heuss einmal zu Recht angemerkt hat, die Wiege des Nationalsozialismus habe nicht im Münchner Bürgerbräu, sondern eben im Schloß zu Versailles gestanden.

Im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons und auf die demokratischen Grundsätze des Westens hatten die Deutschen die Waffen niedergelegt. Nun mußten sie erfahren, daß ihre nationalen Rechte brutal mißachtet, der Zusammenschluß Deutsch-Österreichs verboten und die Sudetendeutschen in die neugeschaffene Tschechoslowakei eingegliedert wurden. „Die Sieger haben dabei ihre verschiedenartigen Begierden auf Kosten der besiegten Deutschen befriedigt."

Heute, 55 Jahre nach Versailles, angesichts der Entscheidungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg getroffen wurden, könnte Versailles geradezu in „mildem Licht" erscheinen. Heute allerdings gibt es keinen Scheidemann mehr, dessen Hand verdorren sollte. Dafür aber einen Minister, der glücklich darüber ist, dabei gewesen zu sein, als man in Warschau den Vertrag unterschrieb, mit dem praktisch die deutschen Ostgebiete abgeschrieben sein sollen. Das erscheint uns 55 Jahre nach Versailles noch schlimmer als jenes Diktat.

„Diese Kirche ist nicht mehr meine Kirche"

EKD handelt verantwortungslos gegenüber ihren ostdeutschen Glaubensbrüdern

HAMBURG — Die Kapitulation weiter Kreise der Kirchenleitung innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands hat, wie aus unzähligen Zuschriften unserer Leser hervorgeht, Enttäuschung und Verbitterung innerhalb der evangelischen Christen, insbesondere der Ostpreußen, hervorgerufen. In den Jahren seines politischen Wirkens hat der jetzt verstorbene Sprecher, Joachim Freiherr von Braun, als engagierter evangelischer Christ immer wieder seine mahnende Stimme erhoben und die Kirche vor der Selbstzerstörung gewarnt.

Nun hat der stellvertretende Sprecher, Gerhard Prengel, zu dem Inhalt des von dem Rat der EKD an Willy Brandt in Berlin übergebenen Brief, in dem es heißt, Brandt habe „als Außenminister und Bundeskanzler Entscheidendes für die politische Entspannung in der Welt und für die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn getan", Stellung genommen und in einem Schreiben an den Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof D. Helmut Class (3 Hannover, Herrenhäuser Straße 2 a), als evangelischer Christ seiner Empörung Ausdruck gegeben.

Unter Bezugnahme auf die vorzitierte Passage schrieb Gerhard Prengel an Bischof D. Class: „„Tatsächlich hat er durch die von ihm zu verantwortende Politik im Namen der Bundesrepublik Deutschland der völker- und menschenrechtswidrigen Annexion eines Viertels unseres Landes dadurch den Schein der Legitimation gegeben, daß er in den Ostverträgen die Oder-Neiße-Linie zur ‚Staatsgrenze' Polens erklärt und auch das nördliche Ostpreußen als sowjetischen Machtbereich anerkannt hat.

Er hat sich damit der ihm als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland auch für Ostdeutschland und seine Menschen treffenden Verantwortung zu entledigen versucht und diese ihrem nicht verschuldeten Schicksal überlassen. Insbesondere auch die Rechte der von ihrer Heimat noch immer widerrechtlich zurückgehaltenen Deutschen sind in den von Brandt abgeschlossenen Verträgen mit keinem Wort erwähnt. Die früher teilweise mögliche Aussiedlung dieser unserer Landsleute ist nach dem Abschluß der Verträge praktisch zum Erliegen gekommen. Die Deutschen, die noch in ihrer Heimat verbleiben müssen oder wollen, haben nach wie vor weder das Recht, ohne Gefahr ihre deutsche Muttersprache zu sprechen, noch die Möglichkeit, ihre Kinder als Deutsche zu erziehen und einen deutschen Gottesdienst zu besuchen.

Zu diesem allen gibt die EKD offensichtlich — wie der genannte Dankesbrief zeigt — ihren Segen und handelt ebenso verantwortungslos gegenüber ihren ostdeutschen Glaubensbrüdern. Sie läßt diese in ihrer seelischen und materiellen Not alleine, obwohl es doch Pflicht und Aufgabe gerade der Kirche wäre, sich dieser Menschen in besonderem Maße anzunehmen und ihren Beitrag dazu zu leisten, ihr Schicksal zu wenden. Zwar hört man immer wieder, daß sie sich für die Not von Menschen in der ‚Dritten Welt' einsetzt, zu der Not ihrer nächsten deutschen Glaubensbrüder unter fremdem, kommunistischem Joch schweigt sie jedoch beharrlich. Statt dessen unterstützt sie noch die politischen Kräfte in unserem Land, für die das Schicksal und die elementarsten Rechte ihrer ostdeutschen Mitbürger nur noch lästiger Ballast sind. Sie hat schon mit der Veröffentlichung der berüchtigten ‚Ostdenkschrift' für diese Politik die geistige Vorarbeit geleistet.

Diese Kirche ist nicht mehr meine Kirche! Die Verantwortung, die ich als Christ, Deutscher und Ostpreuße für meine Landsleute in mir fühle, verbieten es mir, dieser Kirche noch weiter anzugehören und sie auch noch zu unterstützen. Ich habe daher meinen Austritt aus ihr erklärt. Die dadurch ersparte Kirchensteuer werde ich dafür einsetzen, in noch stärkerem Maße als bisher zur Durchsetzung der Rechte der ostpreußischen Heimatvertriebenen und zur Linderung der Not meiner in der Heimat zurückgehaltenen Landsleute nach Kräften beizutragen. Sie haben es bitter nötig!

Möge dieser Brief — das ist sein eigentlicher Sinn — dazu beitragen, daß die Verantwortlichen unserer evangelischen Kirche sich wieder auf ihre seelsorgerischen und moralischen Aufgaben und auch auf ihre Verantwortung für ihre nächsten Glaubensbrüder besinnen und danach auch handeln."



NEUES AUS BONN

Nixon nach Moskau

Das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen beginnt am 27. Juni in Moskau. Präsident Nixons Staatsbesuch in der Sowjetunion wird ungefähr eine Woche dauern.

Tito am 24. Juni in Bonn

Der jugoslawische Staatspräsident Josip Broz-Tito wird vom 24. bis 28. Juni der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch abstatten. Dies verlautete aus halbamtlicher Quelle in Belgrad. Ursprünglich war mit einem früheren Besuchstermin gerechnet worden. Aber Tito mußte sich offenbar dem Drängen seiner Sicherheitsorgane sowie seiner Ärzte beugen. Eine für den 28. Juni geplante Visite Titos in Rumänien dürfte vermutlich auf Anfang Juli verschoben werden.

Warschau will Entschädigungen

Polen sei auf der Grundlage realistischer Vorschläge und der schon erzielten Ubereinkommen zur Fortsetzung der Gespräche mit der Bundesrepublik Deutschland bereit. Das versicherte Außenminister Olszowski in seinem außenpolitischen Rechenschaftsbericht vor dem Warschauer Parlament. Olszowski sprach von „wesentlichen Schwierigkeiten" auf dem Wege der Verständigung, da die Bundesrepublik nicht bereit gewesen sei, Dinge von „großer moralisch politischer Bedeutung" zu erörtern, womit er auf die Entschädigungsfrage anspielte. Die Aussiedlung verschwieg Olszowski in seinem Bericht.

Verschobene Gespräche

Die zweite Runde der Rot-Kreuz-Gespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei, die Fragen der Familienzusammenführung behandeln sollte, wurde verschoben. Die Gespräche werden einem Bericht aus Prag zufolge voraussichtlich erst in der zweiten Juni-Hälfte stattfinden. Die erste Gesprächsrunde hatte im März stattgefunden und nach Angaben des deutschen Delegationschefs Dr. Kurt Wagner „das Tor für weitere fruchtbare Verhandlungen geöffnet", das sich nun vorerst wieder geschlossen hat.

Forderungen an die „DDR"

Niederländische Unternehmen und Privatpersonen haben Forderungen an die „DDR" in Höhe von 415 Millionen Reichsmark geltend gemacht. Wie das Außenministerium in Den Haag mitteilt, sind bis zum Ablauf der Anmeldefrist am 15. März dieses Jahres rund 680 Einzelanträge bei den zuständigen Stellen eingegangen. Im Oktober soll eine holländische Regierungsdelegation in der „DDR" über die Forderungen und ihre Regulierung verhandeln. Die Regierung in Ost-Berlin hatte vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen jegliche Art Wiedergutmachung gegenüber Holland abgelehnt.

Konsens über Deutschland

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Herbert Hupka, forderte die Rückkehr aller im Bundestag vertretenen Parteien zur gemeinsamen Auffassung über den Begriff Deutschland. Auf dem Mitarbeiterkongreß der Landsmannschaft in Bonn erklärte Hupka: „Wir müssen wieder zurückfinden zu einem Konsensus darüber, was wir unter Deutschland zu verstehen haben, wenn wir Politik für Deutschland und nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland betreiben." Er plädierte dafür, das ganze Deutschland zu bewahren und zu behaupten, um im Falle freier Verhandlungen über ganz Deutschland soviel wie möglich davon für das deutsche Volk zu retten. Die deutsche Frage, so meinte Hupka, sei trotz der Ostpolitik der Regierung Scheel/Brandt nach wie vor offen und müsse von Bundesregierung und Opposition auch weiterhin gemeinsam offengehalten werden. Kritisch setzte sich Hupka mit der Ankündigung des Auslaufens der Lastenausgleichsgesetzgebung auseinander, die er als „Faustschlag gegen die soziale Gerechtigkeit" wertete.

Neues Brandt-Buch

In halbseitigen Zeitungsannoncen ist in Jugoslawien vom Belgrader Verlag „Sloboda" (Freiheit) ein Buch über Willy Brandt angekündigt worden. „Willy Brandt — der Mensch vom Rhein" von Dragisa Popovic erscheint im Juni und behandelt laut Ankündigung auch den „Hintergrund" der Spionageaffäre Guillaume.

Polen:

Bleibt es bei Brandts Ostpolitik?

Helmut Schmidt war schon 1966 für Oder-Neiße-Anerkennung

Warschau (hvp) — Während die polnischen Massenmedien unmittelbar nach dem „Kanzlerwechsel" in Bonn in ihren Kommentaren die besorgte Frage artikulierten, ob die neue Bundesregierung Schmidt/Genscher wohl die bisherige Ostpolitik gegenüber Polen fortsetzen werde, wurde wenige Tage später von der gesamten polnischen Presse und von Radio Warschau verkündet, es könne damit gerechnet werden, daß sich bei der „Normalisierungspolitik" keinerlei Veränderungen ergeben. Zur Begründung dieser Ansicht führte die Warschauer Abendzeitung „Express Wieczorny" an, Helmut Schmidt habe sich bereits im Sommer 1966, als er in seiner Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter der SPD die polnische Hauptstadt besucht habe, für „die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland" ausgesprochen.

Zunächst hatte die dem polnischen Außenamt nahestehende Warschauer Tageszeitung erklärt, sie wolle „der Hoffnung Ausdruck geben", Helmut Schmidt werde „die von Willy Brandt eingeleitete Politik" der westdeutsch-polnischen „Normalisierung" fortsetzen. Dem wurde drohend hinzugefügt, daß auf diesem Wege eine „Umkehr" gar nicht möglich sei; weil „niemand" in Bonn das mit einer Kursänderung verbundene außenpolitische Risiko auf sich nehmen könne. Dann bemerkte auch Ryszard Wojna in einem im Partei-Zentralorgan „Trybuna Ludu" veröffentlichten Artikel, es liege in Warschau „eine Äußerung" Helmut Schmidts vor, „die davon zeugt, daß er den moralisch-historischen Aspekt der Beziehungen zwischen unseren Ländern richtig einschätzt". In einer nachfolgenden eigenen redaktionellen Stellungnahme erklärte dieselbe Warschauer Parteizeitung nochmals, es seien „sogar" Äußerungen des neuen Bundeskanzlers bekannt, mit denen er „sozusagen den Kurs seiner Partei bezüglich der Politik der Entspannung und Normalisierung ... vorweggenommen hat". Die Fortsetzung dieser Politik aber sei „die Hauptaufgabe" der Bundesregierung Schmidt/Genscher.

Die Warschauer Gewerkschaftszeitung „Glos Pracy" betonte, „alle Gründe" sprächen für eine Fortsetzung der bisherigen Bonner Ostpolitik, darunter auch die Tatsache, daß der zwischen Volkspolen und der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossene Warschauer Vertrag „bindend" sei. — Auch die für die polnischen Streitkräfte herausgegebene Tageszeitung „Zolnierz Wolnosci" schrieb: „Es gibt kein Anzeichen dafür, daß der Kanzlerwechsel zu einer Änderung der bisher verfolgten Normalisierungspolitik führen wird."

Bemerkenswert an der polnischen Kommentierung des Kanzlerwechsels in Bonn war, daß die Frage der polnischen Reparations- bzw. Kreditforderungen an die Bundesrepublik Deutschland nicht angeschnitten wurde. Nur das „Pax"-Organ „Slowo Powszechne" deutete an, daß in der letzten Regierungszeit Willy Brandts in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland „Schwierigkeiten und Hindernisse aufgetreten" seien, ohne aber die Gründe dafür zu nennen.

Gehört · gelesen · notiert

Tradition soll ein Sprungbrett sein, aber kein Ruhekissen. *Harald Macmillan*

Hätten nicht die neuen Generationen unaufhörlich gegen die ererbten Traditionen revoltiert, würden wir heute noch in Höhlen leben; wenn die Revolte gegen die ererbte Tradition einmal universell würde, werden wir uns wieder in den Höhlen befinden. *Leszek Kolakowski, polnischer Philosoph*

Das Fortschreiten der technischen Mittel ist von einem Prozeß der Entmenschlichung begleitet. Der Fortschritt droht das Ziel zunichte zu machen, das er verwirklichen soll — die Idee des Menschen. *Max Horkheimer*

Was wir Fortschritt nennen, ist oft nur der Tausch eines Ärgernisses gegen ein anderes. *Henry Havelock Ellis*

Kein größerer Irrtum, als zu glauben, daß das zuletzt gesprochene Wort stets das richtigere, jedes später Geschriebene eine Verbesserung des früher Geschriebenen und jede Veränderung ein Fortschritt sei. *Arthur Schopenhauer*

Wir leben heute wirklich im Zeitalter des rasanten Fortschritts, und wer von uns Schriftstellern heute zum Beispiel mit einem utopischen Roman beginnt, weiß nie, ob er ihn morgen nicht als Tatsachenbericht weiterschreiben muß. *Arthur Miller*

Wenn man einem Menschen trauen kann, erübrigt sich ein Vertrag. Wenn man ihm nicht trauen kann, ist ein Vertrag nutzlos *Paul Getty*

Der „umgekehrte Chauvinismus":

Carlo Schmids Klage um mangelnden Patriotismus

Dabei wurden gerade nach 1969 in Bonn die letzten Reste an nationaler Solidarität erstickt

Professor Carlo Schmid, langjähriger Vizepräsident des Deutschen Bundestages, oftmals gefeiert als „großer alter Mann der deutschen Sozialdemokratie", hat anläßlich des 25. Jahrestages des Inkrafttretens des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland — er selbst gehörte seinerzeit zu den „Vätern der Verfassung" — in einem Presse-Interview mehrmals seinem Kummer darüber Ausdruck gegeben, daß die Deutschen heutzutage weithin jener für die Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit ihres freien Gemeinwesens unerläßlichen Gesinnung entbehren, die man anderswo „Patriotismus" zu nennen pflegt. Er erklärte, die Deutschen gerieten zunehmend in Gefahr, ihre nationale Würde zu verlieren und „die Geschichte, aus der jedes Volk seine innere Kraft schöpft, ja sogar das kulturelle Erbe verkümmern zu lassen". Weiterhin beklagt er es, daß „anders als bei den Franzosen unser Nationalbewußtsein verkümmert". Und anknüpfend daran, daß seinen eigenen Ermittlungen die deutsche Jugend in den öffentlichen Schulen höchstens am Rande über das Werden des Deutschen Reiches sowie über Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik unterrichtet werde, fügte er dem abschließend hinzu: „Ich fragte mich, ist es gut, daß wir unsere Vergangenheit verdrängen? Ist es gut, daß es keine echte patriotische Gesinnung bei uns mehr gibt? Ist das nicht ein großer Mangel."

So sehr es Carlo Schmid, dem Gelehrten, Dichter und namhaften Politiker zu danken ist, daß er diese mahnenden Worte gesprochen hat, muß doch darauf hingewiesen werden, daß er es verabsäumt hat, auch nur einige der Gründe dafür anzuzeigen, die für den Verfall des staatsbürgerlichen und nationalen Bewußtseins hierzulande maßgeblich waren und sind. Eine Behebung der eingetretenen Schäden ist nämlich nur möglich, wenn man die Ursachen für die negative Entwicklung der „öffentlichen Meinung" zu Lebensfragen der Nation aufzeigt, die bereits seit Jahren immer mehr um sich greift. Es begann doch damit, daß bereits um die Mitte der fünfziger Jahre Begriffe wie „Patriotismus" und „nationale Solidarität" geradezu „tabusiert" wurden. Wer es wagte, sich zu Heimat und Vaterland zu bekennen, wurde nicht nur bezichtigt, einem „erstarrten Konservatismus" zu huldigen, sondern ihm wurde sogleich unterstellt, er gehöre zur „Reaktion" oder zu jenem „Rechtskartell", das den „Revanchismus" betreibe.

Unter derartigen Anwürfen hatten insbesondere diejenigen mit am schwersten zu leiden, denen das größte Opfer für den verlorenen Krieg abverlangt wurde: Der Verlust der angestammten Heimat. Seit langen Jahren werden die Vertriebenen, ihre Verbände und Sprecher, im geschilderten Sinne in wichtigen Massenmedien — man denke nur an den vor einigen Jahren vom ARD-Fernsehen gebrachten „Kommentar" eines Dieter Gütt zu den Pfingsttreffen der Landsmannschaften der Ostvertriebenen — mit dem Ziel der absoluten Diffamierung angegriffen, beschimpft und verleumdet. Sie wurden von gewissen Publizisten, die der „Kammer für öffentliche Verantwortung" der Evangelischen Kirche in Deutschland nahestanden, der „Unbußfertigkeit" und „Unversöhnlichkeit" bezichtigt, weil sie — diese Ostdeutschen in Westdeutschland — erklärten, Versöhnung zwischen Menschen und Völkern bedinge ein beiderseitiges Entgegenkommen. Und schließlich gingen nicht nur Ämter der Bundesregierung und sozialdemokratisch geführter Länderregierungen gegen Institutionen der Heimatvertriebenen vor, weil diese es wagten, Kriktik an einer Opposition zu üben, die trotz gegenteiliger offizieller Behauptungen auf die Zementierung der Teilung Deutschlands hinauslief.

So wurde denn gerade seit dem „Machtwechsel" in Bonn im Jahre 1969 alles getan, was nur möglich war, um die letzten Reste an Patriotismus und nationaler Solidarität zu ersticken, die es noch in diesem Lande gab. Mehr noch: Es griff jene Erscheinung um sich, die der französische Sozialist und Staatsmann Léon Blum einmal den „umgekehrten Chauvinismus" genannt hat. In seinen Lebenserinnerungen gab er dafür die folgende Definition: Während der Chauvinist nur die Rechte seiner eigenen Nation gelten lasse, die der anderen Völker aber negiere, vertrete der „umgekehrte Chauvinist" die Rechte aller anderen Nationen, mißachte aber die seines eigenen Volkes und Landes.

Man sollte einmal eingehend prüfen, in welchem Ausmaße eine solche fragwürdige Einstellung bei der Ausführung der hochgepriesenen Ostpolitik eine wesentliche Rolle gespielt hat. Zumindest wird man feststellen, daß es sich um eine große Gefahr handelt, der unbedingt entgegengetreten werden muß.

Peter Rutkowski

Wieder Deutschlandkarte im Deutschen Bundestag

Die Fraktion der CDU/CSU hat nach einstimmigem Beschluß im großen Vorraum ihres Fraktionssaals und Vorstandszimmers eine Deutschlandkarte mit den Grenzen von 1937 aufgehängt. Sie dokumentiert damit, daß gemäß der Gemeinsamen Entschließung des Bundestages und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag ihre Arbeit weiterhin die Wiedervereinigung Deutschlands zum Ziel hat und daß Deutschland für sie trotz der Ostverträge in den Grenzen von 1937 fortbesteht. In diesem Raum hat die Partei das Hausrecht, und es ist der Bundestagspräsidentin nicht möglich, die Karte entfernen zu lassen. Alle Versuche, die Bundestagspräsidentin zu bewegen, die alte Deutschlandkarte wieder aufhängen zu lassen, scheiterten.

Letzte Meldung:

Krach in Bonn?

Kabinetts- und Fraktionsspitze uneinig

Bonn — In Sachen „DDR" könnte sich innerhalb der Regierungskoalition eine harte Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der beiden unterschiedlichen Grundmodelle westlicher Ost-Politik, zwischen Falken und Tauben, anbahnen.

Die Vertreter der harten Linie, wozu man Bundeskanzler Schmidt, den Außenminister Genscher und den Berliner Bürgermeister Klaus Schütz zählt, sollen den Standpunkt vertreten, erst müsse die „DDR"-Regierung ihren Umtauschkurs revidieren, bevor das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten verbessert werden könne. Die zweite Gruppe dagegen, zu der Wehner (SPD) und Mischnick (FDP) gehören, sind der Meinung, es würde sich lohnen, diese Frage zu einer Art Gegengeschäft zusammen mit anderen Problemen zu regeln.

In Bonn hält sich das Gerücht, daß Helmut Schmidt noch im Laufe dieses Jahres mit Erich Honecker zusammentreffen werde. Eine Begegnung sei bereits unter Brandt vorgesehen gewesen, jedoch durch den Fall Guillaume verhindert worden.

Ost-Berlin trägt sich mit der Absicht, den Vertreter der Bundesrepublik, Gaus, mit allen militärischen Ehren zu empfangen, um bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens „klar deutlich zu machen, daß wir im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland ein souveräner Staat sind und ein besonderes Verhältnis nur in den Vorstellungen Bonns besteht".



„An diesem meinem ureigenen Werk ändere ich nichts!" — Zeichnung aus „Die Welt"

Das Ostpreußenblatt

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteur: Hugo Wellems
Verantwortlich für den politischen Teil

Stellvertr. Chefredakteur: Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite

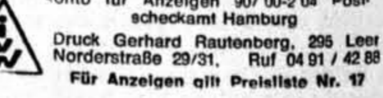
Chef vom Dienst: Hans-Ulrich Stamm
Geschichte, Landeskunde und Aktuelles

Soziales und LAG: Horst Zander
Zugleich Jugend, Heimatkreise, Gruppen

Bonner Redaktion: Clemens J. Neumann

Anzeigen und Vertrieb: Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen - Bezugspreis Inland 4,- DM monatl., Ausland 5,20 DM monatl. Postscheckkonto für den Vertrieb Postscheckamt Hamburg 84 26 2 04 - Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung 2 Hamburg 13, Parkallee 84, Postfach Nr 8047, Telefon 0 40 45 25 41 42, Anrufbeantworter nach Dienstschluß 45 25 41 - Bankkonto Landesbank Hamburg BLZ 200 500 00, Konto-Nr 192 344 - Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung nur wenn Porto beiliegt. Postscheckkonto für Anzeigen 907 00-2 04 Postscheckamt Hamburg



Druck Gerhard Rautenberg, 295 Leer, Norderstraße 29/31, Ruf 04 91 / 42 88

Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 17

Wir trauern um einen aufrechten Preußen

Freiherr von Braun prägte das Profil unserer Landsmannschaft

Der strahlendblaue Himmel eines schönen Frühsommertages wölbte sich über Göttingen, als am vergangenen Donnerstag die Ostpreußen auf dem schönen kleinen Friedhof im Göttinger Vorort Geismar ihrem verstorbenen Sprecher Joachim Freiherr von Braun das letzte Geleit gaben. Aus nah und fern waren sie gekommen, aus München wie aus Schleswig-Holstein, aus Baden-Württemberg und dem Rheinland, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Unter den Trauergästen befanden sich auch Vertreter der Stadt und der Universität Göttingen, Ritter des Johanniterordens neben den Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Ostpreußischen Landesvertretung auch viele Angehörige der Gruppe Göttingen. Die Kapelle an der Kiesseestraße erwies sich als zu klein, um die Versammelten aufzunehmen.

Vor dem mit der schwarzweißen Preußenfahne bedeckten, von zahllosen Kränzen und Blumengebinden umgebenen Sarg des Sprechers gedachte der Präsident des Göttinger Arbeitskreises, Professor Dr. Boris Meissner, des Verstorbenen: „Tief erschüttert stehen wir am Sarge eines unserer Besten, in tiefer Dankbarkeit für alles, was er für unser Gemeinwesen getan hat. 28 Jahre hindurch hat er entscheidenden Anteil an Aufbau und Leitung des Göttinger Arbeitskreises gehabt und in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gewirkt. Was ihn auszeichnete, war seine Treue zur Heimat, die Verbundenheit mit seinen Landsleuten, sein Rechtsbewußtsein und seine preußische Grundhaltung, die die eigene Aufgabe stets als Teil der Verantwortung für das Ganze ansieht. Immer trat er für eine gerechte Grenzregelung und eine beharrliche Außenpolitik ein. Er war ein unbequemer Preuße, der sich mit dem verderbten Zeitgeist nicht abfand und sich in der Sorge um Deutschland verzehrte. Die Erinnerung an ihn wird bei uns nie erlöschen!"

Leise erklang auf der Orgel das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder", ehe stellvertretender Sprecher Harry Poley für die Ostpreußen Abschied nahm von dem, was sterblich ist an Joachim von Braun. Er sagte:

„Ostpreußen, die nach der Vertreibung ihrer Bewohner in der Landsmannschaft fortbestehende preußische Provinz, nimmt in Trauer und Schmerz Abschied von Joachim Freiherr von Braun, unserem Sprecher. Die Landsmannschaft hat in Joachim von Braun mehr verloren, als ihren vom Vertrauen seiner Landsleute in der Führung berufenen ersten Repräsentanten. Er hat, 1966 Reinhold Rehs als stellvertretender Sprecher an die Seite gestellt, das politische Profil unserer Landsmannschaft entscheidend mitgestaltet und geprägt.

Klar und nüchtern hatte er erkannt, daß ideologische Denkkategorien, die das Wunschbild einer vollkommenen Welt entwerfen und die Wirklichkeit nach diesem Bilde zu gestalten suchen, in die Irre führen mußten. Deshalb forderte er unablässig die Rückkehr zu einer Außenpolitik, die auf der Grundlage von Recht und Staatsbewußtsein sich beharrlich an den unabdingbaren Interessen unseres Landes zu orientieren habe.

Den gläubigen Christen hatte es zutiefst verletzt, daß 1962 in dem ‚Tübinger Memorandum der Acht' ausgerechnet aus den Reihen seiner evangelischen Kirche der erste Anstoß zu einer Propagandawelle ausgelöst wurde, die die Rechte der ostdeutschen Mitbürger und die mit dem Völkerrecht in Einklang stehenden Ansprüche des ganzen Deutschland hinwegzuspülen drohte.

Wenn die spätere Denkschrift des Rates der EKD erheblich erschüttert werden konnte, dann war dies im wesentlichen das Verdienst dieses unbestechlichen Streiters für die Wiederherstellung verletzten Rechts.

Freiherr von Braun, durch seine Tätigkeit im Göttinger Arbeitskreis und durch sein publizistisches Wirken in hohem Maße ausgelastet, fiel mit dem Tode von Reinhold Rehs am 6. Dezember 1971 die volle Bürde der Verantwortung für die Landsmannschaft Ostpreußen zu.

Es war die Zeit, in der die Ostdeutschen sich von allen politischen Kräften verlassen fühlten — nach dem 17. Mai 1972. Auch von denen, die im Parlament nicht den Ostverträgen zugestimmt hatten, wurde der Wille zur Staatserhaltung und zur Erfüllung der Obhutspflicht gegenüber allen Bürgern nicht oder kaum ausgesprochen.

In dieser schweren Zeit war der Mann, von dem wir heute Abschied nehmen, uns, die wir mit ihm der Landsmannschaften dienten, Fels in der Brandung und Vorbild. Er war es, der bei klarer Beurteilung der Gefahren der Gegenwart vor der Ostpreußischen Landesvertretung am 2. Dezember 1972 deutlich aussprach, daß das Ende abzusehen sei, wenn wir nur der Erinnerung leben und mit Wehmut im Herzen einer stolzen Vergangenheit gedenken würden. Er zeigte uns damals den anderen, den unbequemeren Weg auf: Sich auch künftig einer politischen Aufgabe verpflichtet zu wissen. Der Aufgabe nämlich, für ganz Deutschland einzustehen und allen Bürgern beispielhaft die notwendige Staatstreue vorzuleben, damit ein Mindestmaß an Selbstverständnis in unserem Lande wieder heimisch werde.

Der Wille hierzu, so hat er uns aufgegeben, muß an Stelle von Resignation und Gleichgültigkeit zur unüberhörbaren Kraft werden. Es gelte, diesen Willen wieder zusammenzufassen, der wie eine Naturgegebenheit besteht und nur vorübergehend betäubt oder geleugnet werden kann.

Von uns gegangen ist eine Persönlichkeit, die zur Geschichte Ostpreußens gehören wird, wie auch immer sich das Geschick unserer Heimat und unseres Vaterlandes gestalten mag. An dieser Gestaltung zum Besten unseres Volkes mitzuwirken, bleibt unser geschichtlicher Auftrag.

Wir trauern um einen aufrechten Preußen, der sich auszeichnete durch Tapferkeit, Redlichkeit und Lauterkeit des durch Leistung und Noblesse bestimmten Charakters. Höchste Anforderungen stellte er zunächst an sich selbst. Sein Beispiel war uns Ansporn, unsere Pflicht zu erfüllen, wie wir sie erkannt hatten.

Die Forderung ‚Mehr sein als scheinen' war in ihm verkörpert. Überschwängliches Pathos lag ihm nicht, Demagogie war ihm fremd.

In der Stunde, in der wir vom Sprecher unserer Landsmannschaft Abschied nehmen müssen, sei ihm Dank gesagt. Dank für seinen von unerschütterlichem Pflichtbewußtsein getragenen Dienst an Ostpreußen und unserem Vaterland, Dank aber auch für seine treue, warmherzige Kameradschaft, in der er zu uns stand.

Joachim Freiherr von Braun hat sich um Ostpreußen verdient gemacht.

Ohne ihn bleibt uns nun die Aufgabe, in unserem Wirken vor seinem Vorbild zu bestehen. Das wollen wir ihm und uns versprechen. Er bleibt im ewigen Leben unser guter Kamerad."

Den letzten Gruß des BdV-Präsidenten Dr. Herbert Czaja MdB, der nordostdeutschen Landsmannschaften und der Pommern sprach Dr. Philipp von Bismarck MdB, Sprecher der Landsmannschaft Pommern. Er erinnerte an die wichtige Position, die Freiherr von Braun im Ständigen Rat der ostdeutschen Landesvertretungen einnahm und nannte ihn einen Weggenossen, auf den man sich verlassen konnte, und einen unermüdlichen Streiter gegen Kleinmut und Resignation, der zum getreuen Eckehart des Staates und des Ringens um das Selbstbestimmungsrecht geworden sei: „Als unbequemer Mahner verdient er unseren Respekt in einer Zeit, die an Mangel an Überzeugung und an Überzeugten leidet. Er wollte nicht gefallen, er lebte immer nach dem Kompaß der Pflicht."

„Ich bin ein Mensch unter Gott" sei die Losung gewesen, unter die Freiherr von Braun sein Leben gestellt hatte, sagte Pfarrer Werner Marienfeld in seiner Traueransprache. „Er wußte, daß Gott uns verpflichtet und durch uns seinen Willen geschehen läßt. Adelsprädikat und Doktortitel waren für ihn keine Privilegien, sondern Verpflichtung. In echter preußischer Tradition fühlte er sich immer als Diener an Staat und Volk. Als gläubiger Christ liebte er seine Kirche trotz ihrer Flecken und Runzeln. Deshalb gehörte es zu seiner besonderen Not, daß diese Kirche über ihr Amt hinaus dem Menschen sagen wollte, wie sie sich politisch einzustellen haben. Hier mußte er protestieren aus Liebe zu seiner Kirche, weil er die großen Gefahren für Kirche und Volk voraussah."

Unter Orgelklang trat die sterbliche Hülle des Sprechers ihren letzten Weg an, geleitet von Mitgliedern der Gemeinschaft Junges Ostpreußen, gefolgt von der Familie und der großen Trauergemeinde. Während Göttinger Jäger ein letztes Halali bliesen, gab Frau Ellen Prengel, die Gattin des nun amtierenden Sprechers Gerhard Prengel, Joachim von Braun als Gruß der Heimat ostpreußische Erde mit ins Grab, die sie selbst von einer Reise mitgebracht hatte.



Während der Trauerfeier. (2. v. r. Harry Poley, daneben Dr. v. Bismarck MdB und Prof. Dr. Meissner)



Ostpreußische Erde als Gruß der Heimat



Die Friedhofskapelle war zu klein



Eine große Trauergemeinde folgte dem Sarg. Rechts Staatssekretär a. D. Hopf und Dr. Heinz-Jörn Zülch



Ein Meer von Kränzen und Blumen ...

Fotos (5) Paul



Andere Meinungen

The Daily Telegraph

Taktik bürokratischen Terrors

London — *„Könnte selbst Kafka die Taktiken bürokratischen Terrors ausreichend schildern, die die Sowjetunion gegen jüdische und andere Opponenten anwendet? Es gibt nur ein Gegenmittel, nämlich die Aufmerksamkeit der so leicht desinteressierten Weltmeinung. Sicherlich wäre es das Richtige, wenn der Westen als Teil der Entspannung oder als Preis für wirtschaftliche Transaktionen auf Gewährung größerer Freiheit innerhalb und außerhalb Rußlands bestehen würde, selbst wenn man sich bei realistischer Einschätzung darüber im klaren sein muß, daß man manchmal vom Kreml nur kleine Konzessionen erhalten kann."*

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Doppelt kassieren!

Hamburg — *„Die Eindringlichkeit, mit der Moskau alten Argumenten in neuer Form Geltung zu schaffen versucht und sich gleichzeitig für die Interessen der „DDR" stark macht, verrät ohne Zweifel etwas von der wachsenden Nervosität der sowjetischen Deutschland-Politik. Irritiert und besorgt über das bisher noch karge ostpolitische Profil der Regierung Schmidt/Genscher und den offensichtlichen Vorrang der deutschen Westpolitik versucht man, möglichst weit vorgeschobene Positionen einzunehmen, um sich für einen neuen Handel zu rüsten. Ebenso wie Erich Honecker jüngst seine Bereitschaft zu Revision des Zwangsumtausches nicht umsonst anbot, fordern auch die Russen einen Preis für schon Bezahltes: das Wohlverhalten im Sinne eines — natürlich von Moskau definierten — Interesses der Sowjetunion und der „DDR" gegen das Funktionieren des Viermächteabkommens. — Die Sowjetunion aber muß wissen, daß sie den jetzt kritisierten Modus der Übernahme von Bundesgesetzen in Berlin im Zusammenhang mit dem Viermächteabkommen ausdrücklich akzeptiert hat; daß sie die Erhaltung und Entwicklung der Bindungen Berlins an den Bund mit unterschrieben hat — und dafür kassierte."*

THE GUARDIAN

Das europäische Debakel

London — *„Angesichts der Tatsache, daß Italien fast bankrott ist, daß Frankreich weiterhin an seiner separatistischen Haltung festhält, daß Großbritannien sich in einer defätistischen und insularen Stimmung befindet, zu deren Beseitigung Labour bisher wenig getan hat, und das Deutschland einen unangemessen hohen Anteil der Lasten trägt, ist Optimismus über die unmittelbare Zukunft Europas nicht am Platze. Wenn die Gemeinschaft wieder in Schwung kommen will, muß sie ihre Bürokratie modernisieren, ihre Verfahrensregeln vereinfachen, ihr Parlament zu einer lebendigen Kraft gestalten und ihre Willenskraft wiedergewinnen. Doch wenn die Gemeinschaft auseinanderbrechen sollte, werden alle ehemaligen Mitglieder Einbußen in ihrem Handel und in ihrem Wohlstand hinnehmen müssen."*

The New York Times

Mansfields Niederlage

New York — *„Die bedeutsame Niederlage für die Vorlage Mansfields, die einen Abzug von 125 000 amerikanischen Soldaten aus Übersee vorsah, ist ein Sieg des gesunden Menschenverstandes. Die Entscheidung des Senats. . . war die Zustimmung zu einer verantwortungsbewußten amerikanischen Weltpolitik und die Ablehnung einseitiger Truppenverminderungen. Die amerikanischen Truppen in Europa stellen die wichtige Grundlage für die militärische und politische Stabilität dieses Kontinents dar. Sie sind die Hauptverbindung zwischen Westeuropas im wesentlichen nichtatomarer Verteidigung und der amerikanischen Nuklearabschreckung. Ohne diese Truppen würde die sowjetische militärische Vorherrschaft, die sich nur wenige Kilometer weiter entfaltet, sehr schnell zu einer politischen Vorherrschaft werden . . ."*

THE FINANCIAL TIMES

Bittersüße Erfolge

London — *„Solange die Koalitionspartner SPD und FDP zusammenhalten, wird es selbst für eine allgemein vereinigte und wirksame Opposition sehr schwierig sein, sie auf Bundesebene von der Macht zu entfernen. . . Die SPD kann jetzt ein wenig aufatmen. Ihre Hoffnung ist es, daß Niedersachsen angesichts der Arbeitsteilung zwischen Schmidt — der der Öffentlichkeit den Eindruck gibt, daß er als Kanzler entschlossen handeln kann — und Brandt, der als Parteichef noch über ein hohes Maß an öffentlicher Unterstützung verfügt, einen Wendepunkt markiert hat. . . Für die CDU sind die gegenwärtigen Erfolge bittersüß. Überall gibt es Anzeichen für eine zunehmende Unterstützung durch die Öffentlichkeit — doch nirgends reicht es ganz aus, um sie aus der Opposition in die Regierung zu befördern."*

US-Diplomatie:

Wo Kissinger keinen Frieden stiften konnte . . .

Das Meisterwerk im Fernen Osten verfällt immer mehr — Nur Teilerfolge im Nahen Osten

Gerüchte jagen zur Zeit durch Washington. Sie besagen: Außenminister Henry Kissinger will zurücktreten. Er ist am Ende seiner körperlichen Kräfte. Er hat als Politiker wohl große Erfolge gehabt, die ihn zum meistbewunderten Politiker der USA machten, aber er hat noch mehr Mißerfolge in der Außenpolitik einstecken müssen. Genannt wird die nicht behobene Misere der NATO, das weiter zerstrittene Europa. Aber es wird auch hingewiesen auf die verzweifelten Versuche, in Vietnam und an der israelisch-syrischen Grenze zum endgültigen Frieden zu kommen. Sodann nennt man China, dessen Verhältnis zu den USA sich immer mehr verschlechtere.

Zum letzteren: Peking ist von Kissinger tatsächlich enttäuscht. Er stellte den Chinesen großes Entgegenkommen in der Lösung der Taiwan- und Kambodscha-Frage in Aussicht. Er gaukelte ihnen beim Nixonbesuch in Peking vor, nach dem Besuch des Präsidenten würden die beiderseitigen Beziehungen spontan und dramatisch bis zur diplomatischen Anerkennung normalisiert werden. (Die USA haben bis jetzt nur erst eine Mission in Peking etabliert!) Und die wirtschaftlichen Beziehungen würden sich großartig entwickeln. Doch die hochgespannten Erwartungen Chinas wurden bald enttäuscht. Letzte Woche forderte Peking die USA kategorisch auf, die fünf Wachposten der Mission nach Amerika zurückzuziehen: Ein Barometer, wie es um die Beziehungen zwischen den USA und China wirklich steht.

Das Ergebnis Kissingerscher Bemühungen in Nahost wurde diese Woche aller Welt sichtbar. Vier Wochen lang pendelte der US-Außenminister täglich zwischen Tel Aviv und Damaskus hin und her. Um die allerkleinste Vereinbarung wurde hart gerungen. Immer wieder hieß es, die Aussichten für den Frieden wachsen. Aber Kissinger hatte die Orientalen unterschätzt in ihrem Haß auf Israel, in ihrer Moskauhörigkeit. Er konnte nur Teilerfolge einhandeln. Und die sind nach Ansicht politischer Kreise in Israel auch nur auf Zeit zu erringen gewesen. Palästinenser, Syrer, Libanesen und Juden werden in absehbarer Zeit nicht zur Ruhe kommen. Obwohl Henry Kissinger, der Judenbengel, wie ihn sein eigener Präsident verächtlich nannte, alle Register seiner diplomatischen Fähigkeiten zog, seine letzte Kraft aufwendete — der große Durchbruch wurde ihm versagt!

Kissinger hatte keine gute Position. Während er zwischen Jerusalem und Damaskus verhandelte, gingen die Kämpfe auf den Golan-Höhen weiter, ja verschärften sich; gab es den grauenhaften Zwischenfall von Maalot und die israelischen Vergeltungsmaßnahmen, die Libanon erleiden mußte. Soweit Verständigung und Versöhnung Grundlagen eines Friedens sind — und letzten Endes können nur sie einen dauerhaften Frieden sichern —, wurde die Basis für Kissinger immer nur schmäler.

Und dann das Thema Vietnam: Hierzu ein Beobachter in Hongkong: Als USA-Außenminister Henry Kissinger über Arabiens Wüsten jettete, unermüdlich an seinem Meisterwerk arbeitend, dem Frieden im Nahen Osten, zerfällt sein Gesellenstück, der Frieden im Fernen Osten, in Vietnam, endgültig. Fünfzehn Monate nach der Unterzeichnung der Waffenstillstandsverträge ist keiner der wesentlichen Punkte mehr in Kraft: Nordvietnam schickt, gegen den Vertrag, Truppen und schwere Waffen in den Süden; Washington rüstet, gegen den Vertrag, die Regierungsarmee des Saigoner Machthabers Thieu mit immer moderneren Waffen aus; die dritte Kraft in Südvietnam, Thieus Opposition, die in einer neuen Koalitionsregierung mitwirken sollte, sitzt, gegen den Vertrag, immer noch im Gefängnis. In den 15 Monaten seit dem 29. Januar 1973, in denen eigentlich die Waffen stillstehen sollten, starben durch Kriegshandlungen mehr Zivilisten und Soldaten, Süd- und Nordvietnamesen als während ihres zehnjährigen Einsatzes amerikanischer Soldaten.

Außer den Amerikanern, die ohne allzugroßen Gesichtsverlust aus dem ohnehin nicht zu gewinnenden Krieg aussteigen wollten, nahm in der Zeit seines Bestehens sowieso niemand den Waffenstillstand ernst. Doch erst jetzt schoben die Betroffenen, die Vietnamesen selbst, auch die Kulissen in die Ecke, die bislang wenigstens einen potjemkinschen Frieden vorgetäuscht hatten: Seit dem 10. Mai funktioniert keine der Kommissionen mehr, die eigentlich den Krieg beenden und die Versöhnung vorbereiten sollten. Die Vietkongoffiziere verließen die Gemeinsame Militärkommission (JMC), die das Leopardenfell — die jeweiligen Einflußbereiche in Südvietnam — festschreiben, die militärischen Fronten entflechten sollte. Kurz vorher hatte Saigon die seit langem in einem Pariser Vorort geführten politischen Gespräche mit dem Vietkong, die zu einer Koalitionsregierung führen sollten, abgebrochen.

Die Agonie der Kommissionen hatte Mitte April begonnen: Nach 411 Tagen Belagerung hatten damals Nordvietnamesen und Vietkong den Regierungsstützpunkt Tong Le Chan nördlich von Saigon überrannt.

Da Thieus Militärs keinen Vietkong-Stützpunkt nehmen konnten, rächten sie sich zu Hause. In Than Son Nut, dem riesigen Militärgelände um den Flughafen der Hauptstadt, hausen seit Januar 1973 in einigen Baracken die Vietkong-Delegierten der JMC und erfreuten sich, laut Waffenstillstandsvertrag, „derselben Privilegien und Immunitäten wie Diplomaten". Das war plötzlich zu Ende. Saigon stellte den Vietkong keine Hubschrauber mehr zu Flügen in ihren Stützpunkt Loc Ninh zur Verfügung, verbot die wöchentliche Pressekonferenz in Than Son Nut, stellte keine Militäreskorte mehr, wenn Vietkong-Offiziere zu Konferenzen in die Stadt fuhren, beendete die Lieferung von Saigoner Zeitungen und kappte die Telefonleitungen. Der Vietkong war isoliert — und stellte deshalb die Mitarbeit in der JMC ein, bis seine diplomatischen Rechte wiederhergestellt sind.

Ohne JMC ist auch das Tun der Internationalen Kommission zur Kontrolle und Überwachung des Waffenstillstands (ICCS) sinnlos geworden, denn diese Friedenswächter aus Ungarn und Polen, aus Iran und Indonesien konnten ihre Berichte nur der JMC übergeben. Nicht, daß sich jetzt viel geändert hätte — in den Monaten ihrer Existenz hat die ICCS von Tausenden von Zwischenfällen nur etwa vier Dutzend untersucht; fast keine einstimmigen Berichte zustandegebracht. Dabei überrennt der Vietkong oft in Divisionsstärke und mit Panzern Regierungsstützpunkte und verbreitert sein Gebiet, in dem heute schon auf südvietnamesischem Boden 500 Kilometer weit von der entmilitarisierten Zone bis 100 Kilometer vor Saigon eine Allwetter-Nachschubstraße führt.

Noch schlimmer als die militärischen Rückschläge trifft Präsident Thieu die Inflation in seinem Land, die seine Bürger entmutigt, die Heimatfront demoralisiert. Im vergangenen Jahr stiegen, nach offiziellen, sicher untertriebenen vietnamesischen Zahlen, die Kosten um 65 Prozent, Januar/Februar dieses Jahres schon wieder um 16 Prozent. Militärisch kann der Krieg in Vietnam noch lange in der Schwebe bleiben. Wird Hunger ihn entscheiden? **A. A.**



Wie ANDERE es sehen:

Das Weiße Haus

Zeichnung aus Kölnische Rundschau

Kirche in Polen:

Gefahr der Konfrontation steigt wieder an

Aleksander Skarzynski abgelöst — Heftige Angriffe des Staates gegen polnische Katholiken

Seit geraumer Zeit steht die Ostpolitik des Vatikans im Kreuzfeuer der Kritik. Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß diese Politik die vom Vatikan erhoffte Verbesserung der Situation der Kirche in den kommunistischen Staaten nicht bringt, sondern vielmehr die Position Moskaus nur stärkt.

In diesem Zusammenhang sind die Ergebnisse der Polenreise des Erzbischofs Casaroli im Februar dieses Jahres interessant. Das erklärte Ziel der Reise war „eine wirkliche und vollständige" Normalisierung zwischen Kirche und Staat. In einer Tischrede betonte Casarolis Gesprächspartner, der polnische Außenminister Olszowski, die Probleme der Normalisierung zwischen Polen und dem Heiligen Stuhl und zwischen Staat und Kirche im Lande könnten unter Wahrung der sozialistischen Prinzipien Polens gelöst werden. In dem gemeinsamen Kommuniqué, das zum Abschluß der Gespräche herausgegeben wurde, erscheinen zwar Worte wie „Entspannung" und „Normalisierung", vergebens jedoch sucht man in dem gesamten Dokument die Erwähnung so fundamentaler Prinzipien wie die der Freiheit und der Menschenrechte.

Die Forderungen, die der polnische Primas, Stefan Kardinal Wyszynski, mit dem Begriff der Normalisierung verbindet, sind deshalb auch weit höher als die des Papstunterhändlers Casaroli. Als Vorbedingung für die Entspannung fordert Wyszynski einen größeren Einfluß der katholischen Kirche im öffentlichen Leben. Die polnischen Bischöfe verlangen darüber hinaus völlige Bekenntnisfreiheit sowie das Recht auf den Bau von mehr Kirchen. Es seien zwar nach Aussagen des polnischen Episkopats 1973 mehr Baugenehmigungen erteilt worden, doch reichten diese bei weitem nicht aus, die Bedürfnisse zu decken.

Die Forderungen der Kirche sind verständlich, wenn man weiß, daß durchschnittlich 65 Prozent der Bevölkerung jeden Sonntag die Kirche besuchen. Ein Drittel aller studierenden Jugendlichen bezeichnet sich als kirchenfreundlich und etwa 70 bis 80 Prozent aller Volksschüler (40 bis 50 Prozent aller Gymnasiasten) nehmen an außerschulischem Religionsunterricht teil. Neben der römisch-katholischen Kirche gibt es in Polen heute noch 30 weitere anerkannte Religionsgemeinschaften, von denen die wichtigsten christlichen im polnischen Ökumenischen Rat zusammengeschlossen sind.

Schon 1973 forderte das polnische Episkopat in einem „Appell an die Nation zur Verteidigung des religiösen Lebens" alle Gläubigen auf, in den Schulen, Universitäten und Behörden für den christlichen Glauben einzutreten, selbst wenn dies für sie leidvolle Konsequenzen habe. „Wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die moralische und religiöse Pflicht, den Glauben, die Kirche Christi, die christliche Moral, unsere Traditionen und die polnische katholische Kultur zu verteidigen."

Die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat haben sich in den letzten Wochen noch verschärft. So wurde kürzlich der als liberal geltende Chef des Amtes für Glaubensfragen, Aleksander Skarzynski, abgelöst. Zu seinem Nachfolger ernannte man den Chefredakteur der Juristenzeitung „Prawo i Zycie", Kazimierz Kakol, der schon wiederholt vor Liberalisierungstendenzen gewarnt hatte.

Ein weiteres Zeichen für die neue Lage war die Äußerung des Politbüromitgliedes Jan Szydlak, der in der Zeitung des polnischen Zentralkomitees „den reaktionärsten Teil des Episkopats" als den Feind Nummer eins des Sozialismus bezeichnete.

Ein besonderer Reibungspunkt zwischen Kirche und Staat ist die Erziehungsreform der Regierung. In den entsprechenden Programmthesen der polnischen KP heißt es: „Die Erziehung der Jugend erfolgt im Entwicklungsprozeß, im Kampf des Neuen gegen das Alte und des Fortschritts gegen die reaktionären Kräfte. . . Die Hauptaufgabe der ideologisch-erzieherischen Einwirkung auf die junge Generation ist die Gestaltung eines sozialistischen gesellschaftlichen Bewußtseins." Hier ist eindeutig die Absicht des Staates zu erkennen: Man läßt die Kirche leben, verweigert ihr aber jeden Einfluß auf das öffentliche Leben. Man wird abwarten müssen, ob Parteichef Gierek auf einen Abschnitt der vorsichtigen Koexistenz jetzt die Konfrontation folgen lassen will.

Ingolf Herrmann



„Oma fliegt wieder auf den ‚Superstar'!" — Zeichnung Szpilki, Warschau

Staatsmänner am Stock

Krankheiten sind Staatsgeheimnis

Europas Staatschefs und Spitzenpolitiker sind nicht die Gesündesten. Es ist aber das Bestreben der Präsidialkanzleien, den Krankheitszustand der führenden Politiker so lange wie möglich zu verschweigen oder zu verharmlosen, um Beunruhigung in der Bevölkerung zu vermeiden und wilde Nachfolgespekulationen zu verhindern. Wohl kaum ein europäisches Staatsoberhaupt würde sich wie der Texaner Lyndon Johnson vor die Pressefotografen stellen und ihnen die gut verheilte Operationsnarbe vorführen.

Die Krankheiten der west- wie osteuropäischen Spitzenpolitiker sind Staatsgeheimnis. Dabei rühren ihre körperlichen Gebrechen meist von dem hohen Alter her; die meisten wurden bereits im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts geboren und sind heute somit gute Endsiebziger. Aus Krankheitsgründen mußte Tito, der 1892 geboren ist, vorigen Herbst und im vorigen Monat eine einmonatige Ruhepause einlegen. Die genaue Art seiner Erkrankung wurde nicht mitgeteilt; verschiedentlich hieß es, daß er einen Schlaganfall erlitten habe. Unbekannt ist bis jetzt auch die Erkrankung des 79jährigen CSSR-Staatspräsidenten Svoboda geblieben, der vor kurzem längere Zeit im Staatssanatorium in Prag lag und seine Amtsgeschäfte bisher noch nicht wieder voll aufnehmen konnte.

Seit Jahren schon ist Spaniens Staatschef Franco ein leidender Mann. Sein Zustand wird als sehr geschwächt beschrieben, Gehen und Sprechen bereiten dem 81jährigen zuweilen große Schwierigkeiten. Wegen Krankheit mußten in diesem Jahr auch schon Breschnew (67) und Papst Paul VI. (76) eine Pause einlegen. Mit einem Rücktritt des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin (70), der ein Nierenleiden hat, wird nach dem nächsten Parteitag im kommenden Jahr gerechnet. Gesundheitliche Gründe hat auch der rumänische Ministerpräsident Maurer für seinen Rücktritt angegeben.

Die Bundesrepublik kannte bisher das Problem eines kranken Staatsoberhauptes nicht. Aber es ist bekannt, daß einer der Gründe, warum der FDP-Vorsitzende Scheel auf den strapaziösen Außenministerposten verzichtete und auf den Sessel des Bundespräsidenten überwechselte, sein durch zwei Nierenstein-Operationen belasteter Gesundheitszustand ist. **Franz Modesto**

Jugoslawien:

Titos Geheimpolizei wieder sehr aktiv

Agentenjäger werden als „verdiente Arbeiter der Staatssicherheit" ausgezeichnet

Belgrad — Was soll ein jugoslawischer Bauer tun, wird er von einem ausländischen Touristen gefragt, wie sein Herdfeuer brenne? Er geht zur Polizei und zeigt den neugierigen Ausländer an. Denn, so begründete das Organ der jugoslawischen Volksarmee, „Front", jetzt diesen Schritt: „Sollte das Gelände, auf dem das Haus dieses Bauern steht, von irgendwelchem militärischem Interesse sein, können Informationen über die Stärke und Richtung des Windes schon wegen der eventuellen Verwendung von Fallschirmjägern, Kampfgiften oder biologischen Kampfmitteln von äußerster Wichtigkeit sein." Für „den Feind", so erklärt „Front", das Organ der jugoslawischen Scharfmacher, seien sogar Angaben über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, den Wasserstand in den Flüssen, den Zustand der Straßen und Wege sowie über die Wetterbedingungen von äußerster Wichtigkeit.



„DDR"-Schriftsteller unter sich: „Mit dieser Kritik wirst du dich ganz schön in die Nesseln setzen!" — „Ich habe schon vorgefühlt. Man hat mir Taubnesseln zugesichert!"

Zeichnung Eulenspiegel, Ost-Berlin

Mit solchen und noch merkwürdigeren Beispielen wird die jugoslawische Bevölkerung gegenwärtig dazu aufgefordert, jedem ausländischen Touristen mit Freundlichkeit, aber verschärfter Wachsamkeit zu begegnen. Im geringsten Verdachtsfalle seien die zuständigen Behörden zu benachrichtigen. Selbst ein harmloses Gespräch am Adriastrande, in dessen Verlauf sich der fremde Partner nach den Verhältnissen im Betrieb erkundige, sei höchst verdächtig.

Mit erheblichem Propagandaaufwand, der tagelang alle anderen Probleme verdrängte, wurde das 30. Jubiläum der jugoslawischen Staatssicherheit gefeiert. Die Belgrader Regierung stiftete zu diesem Anlaß extra eine „Plakette der Sicherheit", die künftig alljährlich an besonders eifrige Agenten- und Spionenjäger verliehen werden soll. Doch schon in diesem Jahr ergoß sich ein fruchtbarer Regen auf Titos Sicherheitspolizisten: Allein in Kroatien wurden über tausend „verdiente Arbeiter der Staatssicherheit" mit Orden und Auszeichnungen beglückt. Derselbe Verlag, der demnächst eine Brandt-Biographie veröffentlichen möchte, gab eine Dokumentation „Durch die Geheimarchive der UDBa" heraus: UDBa war der Vorläufer der heutigen jugoslawischen Staatssicherheit (SDB), der Mitte der sechziger Jahre allerdings einen unwürdigen Tod starb. Denn wie damals auf dem „historischen" 4. Plenum des Zentralkomitees des „Bundes der Kommunisten Jugoslawiens" auf der Adria-Insel Brioni festgestellt wurde, hatte sich die in der Bevölkerung ohnehin verhaßte UDBa schwere Verbrechen geleistet: Völkermord an der nationalen Minderheit der Albaner in Jugoslawien, Torturen in den Gefängnissen, die der Erpressung falscher Aussagen dienten, Vorbereitungen für einen Staatsstreich im Falle eines Todes Titos bis hin zur Installation von Abhöranlagen in den Schlafzimmern des jugoslawischen Marschalls. Damals wurde die UDBa aufgelöst, ihr Chef, Titos Stellvertreter Aleksandar Ranković, in Schimpf und Schande als Feind des Volkes, der Partei und des Staates davongejagt. Erst seine damalige Beseitigung öffnete den im Westen viel gerühmten jugoslawischen Gesellschafts- und Wirtschaftsreformen Tür und Tor. Niemand machte sich mehr strafbar, der die Polizeispitzel Rankovićs nun „Udbaschen" nannte, denn dieser Terminus war zum Schimpfwort geworden.

Wer heute hingegen die zahlreichen Lobeshymnen auf die ehemalige UDBa durchliest, wird kaum noch etwas von den zahllosen Verbrechen dieser Organisation lesen. Vielmehr durchschwingt alle Veröffentlichungen zu diesem Thema ein Ton des Bedauerns darüber, daß man damals so radikal gegen die UDBa vorgegangen war. Die Auflösung der alten UDBa, so heißt es im slowenischen „Delo", habe die besten Schützer des Staates und des Sozialismus „depriminiert", so daß jahrelang der Feind im Lande tun konnte, was er wollte. Nun aber ist die alte UDBa unter dem neuen Namen SDB wieder da, und sie verbringt, so die Belgrader „Politika", „die Tage ohne Ruhe, die Nächte ohne Schlaf".

Eine konkrete Notwendigkeit für eine solche Rastlosigkeit unter Jugoslawiens Staatsschützern gibt es freilich nicht. Freimütig bekennt der Chef der slowenischen Staatssicherheit, daß die Zahl der politischen Verbrechen durchaus normal sei und auch mit konventionellen Methoden bekämpft werden könne. Sein Ministerium in Ljubljana habe es im vergangenen Jahre vor allem mit Leuten zu tun gehabt, die anonyme Briefe schrieben. Und auch die Erfolgsbilanz des Belgrader Bundessekretariats für Innere Angelegenheiten, der die Staatssicherheit im ganzen Lande untersteht, vermag keinen einzigen feindlichen Agenten oder Spion nachzuweisen, dessen man in den letzten Jahren habhaft geworden sei.

Hans Peter Rullmann

China:

Truppen in Asien erheblich verstärkt

45 sowjetische Divisionen stehen an der chinesischen Grenze

London — Die Sowjetführung werde das Ende Maos abwarten, ehe sie den schwelenden Konflikt Moskau—Peking zum Austrag bringen wird, prognostiziert das Londoner „Institute for Strategic Studies". Dieses könne sich auf zweierlei Art vollziehen: 1. im Wege einer ideologischen Versöhnung, wie sie Breschnew noch im August 1970 versucht hatte, als er zur „Wiederherstellung der alten Freundschaft in einer antiimperialistischen Front" anriet, oder 2. im Wege der Subversion, d. h. der Unterwanderung und Spaltung des Pekingregimes durch moskaufreundliche Kräfte.

Militärisch hat sich seit 1967 mancherlei an der 7500-km-Grenze zwischen China und der Sowjetunion getan. Die Sowjets verdreifachten die Zahl ihrer Divisionen in den Wehrbezirken Transbaikal, Fernost sowie in der mongolischen Volksrepublik und verfügen nun (ebenso wie die Chinesen) über 45 Divisionen. 1967 war das Verhältnis der Sowjetdivisionen zu denen der Chinesen noch 15 zu 33, 1968 blieb es mit 15 zu 32 kaum verändert, 1969 kamen sechs sowjetische Divisionen hinzu und verschoben das Kräfteverhältnis auf 21 zu 32, 1970 schoben die Sowjets abermals neun Divisionen nach und erhöhten ihr Potential auf 30 zu 32, 1971 gingen beide Seiten mit je 33 Divisionen auf Pari, 1972 vollzogen die Sowjets einen Schub von 11 zusätzlichen Divisionen, denen die Chinesen sieben weitere Divisionen entgegensetzten, so daß es nun 44 zu 40 stand, 1973 schließlich rundete man beiderseits auf je 45 Divisionen auf.

Wichtig ist bei dieser Betrachtung, daß die Sowjets ihre Verstärkungen nicht etwa zu Lasten ihres Truppenpotentials in Osteuropa vorgenommen haben, sondern für Fernost eigens neue Divisionen schufen. China seinerseits massierte seine zur Sowjetgrenze vorgeschobenen Kader auf die Militärregionen Sinkiang, Peking und Shenyang, wo auch die Schwerpunkte des atomaren Aufbaus liegen. Die Chinesen vertrauen auf die Schlagkraft ihrer Menschenmassen in Nordostchina, die der zweifellos überlegenen sowjetischen Feuerkraft im entscheidenden Endkampf Mann gegen Mann entgegengeworfen werden könnten. Die Erfolgschancen eines sowjetischen Präventivschlages gegen Chinas industrielle Herzkammer werden überdies von Tag zu Tag geringer eingeschätzt, nachdem die Chinesen auf dem Gebiete der Mittel- und Langstreckenraketen in den letzten Jahren mächtig an Boden gewonnen haben.

Den sowjetischen Freundschaftsbeteuerungen (z. B. der Einladung zu einem Treffen auf höchster Ebene vom Juni 1973) hat Peking bislang starren Widerstand und Mißtrauen entgegengesetzt. Das ist unverändert der Kurs Maos und Tschou Enlais. Aber beide leben nicht ewig.

Außerdem kommt jetzt die indische Nuklear-Komponente ins fernöstliche Kräftefeld und verursacht wichtige Verschiebungen. Daß der indische Kernversuch nur friedlichen Zwecken dient, kauft niemand in der Welt den Machthabern in Delhi gutgläubig ab. Schon hat Kanada seinen Kernmaterialnachschub für den mit seiner Hilfe errichteten indischen Forschungsreaktor von Trombay gestoppt, weil Plutonium auch ohne weiteres für Bombenproduktion verwendbar ist.

Ob der US-Senat in Kürze die 1,5 Mrd. Dollar IDA-Hilfen storniert oder das Weltbank-Hilfskonsortium von 13 westlichen Gläubigerstaaten bei seiner Sitzung in Paris den Indern „Handschellen" anlegt, — es hilft alles nichts mehr: der Atomgeist ist aus der Flasche und lebt sein eigenes Leben.

Die Weltstrategie gegenüber Asien und innerhalb Asiens bedarf neuer Überlegungen. Der dortige Krisenherd verfügt jetzt über scharfgemachte Zünder.

Portugal:

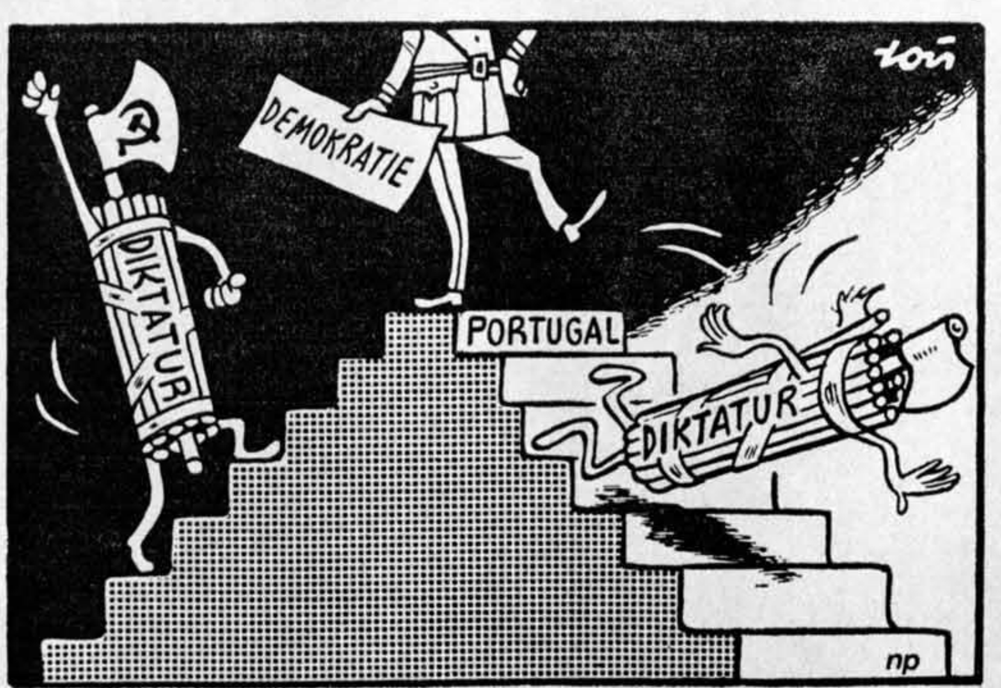
Schwenken die Generale nach links?

Kommunisten und Sozialisten gegen ein Verbleiben in der NATO

Lissabon — Portugal wird vorerst nicht die NATO verlassen und bereitet sich auf eine Annäherung an die EG vor. Dies erklärten hohe Militärs der „Junta für nationale Rettung" und Sprecher der politischen Gruppen, die die provisorische Regierung stellen. Das neue Portugal steht links. Daran ließen Parteiführer und Militärs keinen Zweifel. — Die „Front Freies Portugal", Kommunisten und Sozialisten, aber auch die linksbürgerlichen Gruppen halten auf Sicht ein Verbleiben in der NATO nicht für sinnvoll, weil durch die erhöhten Militärausgaben der Wirtschaft zu viel Substanz entzogen werde. Allerdings stelle sich die Frage erst, wenn im Dezember erstmals seit 48 Jahren der Wähler frei entschieden hat und eine Regierung gewählt ist, die sich auf eine solide parlamentarische Mehrheit stützt. — Mit der EG seien bereits Kontakte im Gange. Portugal wünscht vor allem technische und finanzielle Hilfe, die besonders von London, Bonn, den Beneluxstaaten und Skandinavien zugesagt wurde.

Ein weiteres Anliegen, das positiv beschieden werden dürfte, besteht in der verstärkten Aufnahme portugiesischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Länder der EG, um das vom wirtschaftlichen Ruin bedrohte Land zu retten und damit die junge Demokratie zu konsolidieren. — KP-Politbüromitglied José Magro, der 21 Jahre inhaftiert war, versicherte, seine Partei werde eine parlamentarische Demokratie stützen und sich klar zum Grundsatz einer westlichen Verhältnissen entsprechenden Staatsform bekennen.

Was den Krieg in Afrika angeht, streben die Militärs langfristig eine Bereinigung an. Wenn sie die Selbstbestimmung versprechen, so bedeutet dies auch, daß die Afrikaner die Unabhängigkeit wählen können. Die Lissabonner Generalität, von Haus aus konservativ, weiß, daß wesentliche Teile des Offizierskorps und die gesamte Öffentlichkeit den Kolonialkrieg ablehnen. Als einzig gangbarer Ausweg wird die verstärkte Hinwendung Portugals zu Europa genannt. — Die ebenfalls in der Regierung sitzenden Sozialisten erklären, daß sie gegen jede militärische Blockpolitik sind. Sie plädieren für Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem im Sinne der KSZE-Konferenz. **Pablo J. Lavalle**



Hinter Ihnen steht einer . . .

Zeichnung np

Polen:

Wohnungsnot wenig gemildert

Besonders junge Ehepaare betroffen

Warschau — Die erst im letzten Jahrzehnt angelaufene Förderung für den Bau privater Eigenheime hat in der Volksrepublik Polen die Wohnungsnot nur wenig gemildert. Der Ehrgeiz des Staates und die Finanzen reichten nicht aus. Deshalb wurden der Privatinitiative gewisse Freiheiten zugestanden. Der Kauf von Bauland und der Bezug von Baumaterialien durch Privatpersonen wurde erleichtert. Früher errichtete Schwarzbauten im Umkreis der Städte wurden nachträglich genehmigt. Leidtragende der Versäumnisse sind die jungen Eheleute, die oft jahrelang auf Zuteilung einer Wohnung warten müssen, wenn sie sich nicht selbst helfen können.

Manche Heime stellen die Betriebe, andere die Wohnungsämter der Gemeinden in Neubauten oder aus dem vorhandenen Bestand, wenn sie durch Tod oder Umzug frei werden. Aber 60 Prozent der Jungverheirateten klopfen vergeblich bei den Ämtern an. Die Hälfte dieser Paare lebt vorläufig bei ihren Eltern, während sich die übrigen Eheleute eine Mietwohnung suchen. Mietwohnungen sind verhältnismäßig teuer und nur für Doppelverdiener erschwinglich. In Warschau lebt jedes dritte Ehepaar in Untermiete. Diese Situation wird unerträglich, sobald Kinder geboren werden. Nach einer Umfrage unter Jungehen werden anfänglich zwei Kinder gewünscht. Nur selten werden aber Geburten im ersten oder zweiten Ehejahr registriert, weil Kinder unter solchen Wohnverhältnissen nicht erwünscht sind. Es bleibt bei einem Kind oder man verzichtet auf Nachwuchs. Diese Haltung erklärt den starken Geburtenschwund im früher kinderfreundlichen Polen.

Die Parteiführung will den jungen Ehen mehr als bisher helfen. Noch in diesem Jahrzehnt soll das Wohnungsdefizit bis auf ein erträgliches Maß abgebaut und in den achtziger Jahren jede Familie eine ihrer Kopfzahl angemessene Wohnfläche besitzen. Zwar werden weitere Kindergärten errichtet, doch will das Regime diese Vorschulen nicht zur Regel machen, damit die Kleinkinder bis zum Schulalter in der Obhut der Eltern bleiben. Der Staat wendet den Eltern erhöhte Finanzhilfen zu, wie auch Mütterurlaub und erleichterte Arbeit im Beruf längst eingeführt sind. **Nicolaus Bertram**

Unser täglich Brot

Die Auswahl unter mehr als zweihundert Sorten ist nicht leicht

Nichts schmeckte so gut wie das Brot, das Mutter zu Hause selbst gebacken hat. Die großen, gemauerten Steinöfen hielten die Glut. Und nach den großen Brotlaiben wurde noch die Platte mit Fladen eingeschoben, der in der Nachglut gebacken wurde. Als Kinder warteten wir immer schon darauf, daß Mutter eines der großen Laibe anschnitt, solange das Brot noch warm war; Duft und Geschmack waren unvergleichlich.

Es gibt heute eine Reihe von Großbäckereien, die Mutters Backmethode übernommen haben. Statt des Leitungswassers nimmt man Quellwasser. Erfahrene Meister mengen den Teig und backen die Laibe — wie es Mutter tat — im großen Steinofen. Natürlich hat dieses Brot seinen Preis. Für Familien mit mehreren Kindern ist es heute kaum möglich, täglich Spezialbrot in Scheiben zu kaufen.

Aber die Auswahl ist so groß, daß auch die sparsame Hausfrau, die das Brot im Stück kauft, die richtigen Sorten für ihre Familie finden kann. Tatsächlich sind es über zweihundert Brotsorten und über tausend Sorten Feingebäck, die bei uns täglich über den Ladentisch gehen. In den rund 38 000 Back-Betrieben mit einem Jahresumsatz von zwölf Milliarden Mark und 20 400 Beschäftigten gibt man sich Mühe, den Wünschen des Verbrauchers nachzukommen und ein möglichst breites Angebot in die Geschäfte zu bringen.

Zum Vergleich: in Frankreich, das als Mekka der Feinschmecker bekannt ist, sind es nicht mehr als rund fünfzig Brotsorten, unter denen man wählen kann. Da wir gerade bei den Zahlen sind — jeder Bundesbürger verzehrt im Jahr rund siebzig Kilogramm Brot, wenn man den Bundesdurchschnitt nimmt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hält das Brot auch heute noch für unser wichtigstes Nahrungsmittel. Die meisten Käufer bevorzugen ein kräftig schmeckendes Brot mit entsprechender Kruste. Rund achtzig Prozent aller Backwaren kommen nicht vom Band, wie viele meinen, sondern werden von Hand gefertigt. Diese Zahlen wurden auf der neunten internationalen Bäckerei-Fachausstellung in Düsseldorf bekannt, bei der Aussteller aus fünfzehn Ländern die gute Zusammenarbeit mit der Zulieferindustrie und die laufende Verbesserung ihrer Produkte unter Beweis stellen wollten.

Eine negative Erscheinung, die in unserer Zeit nicht nur dies wichtige Nahrungsmittel betrifft, sind die Preissteigerungen, und zwar für das Kleingebäck, das mehr Handarbeit erfordert, noch stärker als beim Brot. Auch das Handwerk bedauert diese Entwicklung. Der Hausfrau selbst kann nur geraten werden, das Angebot genau zu prüfen und sich einmal selbst auszurechnen, welche Brotsorten am preisgünstigsten angeboten werden; aber auch, welche davon für die Gesundheit der Familie am wichtigsten sind.

Nach den neuesten Erkenntnissen der Ernährungswissenschaft tun wir Gutes für die Gesundheit, wenn wir das Brot aus vollem Korn oder ein knuspriges Bauernbrot bevorzugen, das den Zähnen genügend Arbeit gibt. Weißbrot, Brötchen, Hörnchen oder Kümmelstangen — um nur einiges aus dem großen Angebot zu nennen — sollten nur ab und zu, nicht täglich auf den Tisch kommen. Einmal sind sie relativ teuer und belasten unsere Haushaltskasse, zum anderen sind sie der Gesundheit nicht so zuträglich wie die vorher genannten Sorten.

Das früher so häufig bevorzugte weiche und pappige Brot sollte in frischem Zustand möglichst selten auf den Tisch kommen; Kuchen sollte wieder — wie früher — festlichen Tagen oder einer Kaffeerunde mit Freunden vorbehalten bleiben.

Den Bäckern bereitet auch die Tatsache Sorge, daß es sehr schwer geworden ist, Nachwuchs für dieses Handwerk zu bekommen. Eine gezielte Werbung soll diesem Übelstand abhelfen.

Unser tägliches Brot sollte auch bei unseren Kindern und Enkeln wieder zu einem Nahrungsmittel werden, das man nicht so nebenher in den Papierkorb auf dem Schulhof wirft, wenn man durch Süßigkeiten und allerlei Schleckereien übersättigt ist. Es liegt an den Eltern, vor allem an der Mutter, schon dem heranwachsenden Kind darzutun, daß wir es nicht als selbstverständlich hinnehmen sollten, soviel essen zu dürfen, wie wir mögen. Kinder, die Zeiten des Hungers nicht kennengelernt haben, nehmen das alles als selbstverständlich; aber wir sollten ihnen vielleicht einmal sagen, daß Millionen von Menschen, darunter auch Kinder, in aller Welt auch heute noch nicht das tägliche Brot haben, daß sie buchstäblich Hunger leiden, vielleicht verhungern müssen. Vielleicht nehmen auch die Kinder unserer Wohlstandsgesellschaft die Scheibe Brot nicht als selbstverständlich; vielleicht lernen sie den Sinn der Bitte verstehen: Unser täglich Brot gib uns heute.

Helga Beck



So war es früher zu Hause: Junge Frau von der Kurischen Nehrung beim Brotbacken
Foto Loeffler/Bavaria

Schlechte Zähne — schwächere Schulleistungen?

Kinder mit ungepflegter Mundhöhle erbringen offensichtlich auch mangelhafte schulische Leistungen. Bei einer Untersuchung an 505 Kindern im Alter von 11 bis 15 Jahren — aus verschiesen sich die Schulleistungen der Kinder mit denen Schularten und Sozialschichten — erwieschlechten Gebissen um 0,44 Notengrade geringer als die der Kinder mit guten Zähnen.

Mit einem neuen Gaumenspaltsauger können Kinder, die mit Lippen-, Kiefer- oder Gaumenmißbildungen zur Welt kommen, fast normal trinken. Der Sauger besteht aus einem großen flachen Saugkörper, der mit einem Weithalsunterteil verbunden ist. Für Kinder über anderthalb Jahren gibt es in der gleichen Serie auch einen Kieferformer.

Im Kampf gegen die Parodontose, unter der vor allem ältere Menschen leiden — etwa 90 Prozent der über 35jährigen weisen solche Schäden auf — soll eine „Pille" eingesetzt werden, die Zahnfleischblutungen oder -erkrankungen bessern oder sogar heilen kann. Bei einem größeren Test wurden 63 Prozent der Behandelten völlig und 23 Prozent weitgehend geheilt. Besonders auffällig war die rasche Rückbildung von Zahnfleischblutungen und -entzündungen sowie das Aufhören von Schmerzen.

Hab ich auch diesmal nichts vergessen?

Kleine Liste der wichtigsten Dinge vor Antritt einer Reise — Zusammengestellt von Lenore Wittke

Die Nervosität vor einer Reise sollte einen nicht dazu verleiten, schon drei Wochen vorher zu packen, dafür aber die wichtigsten Dinge zu vergessen. Zwar kann man mit Geld fast alles auch woanders erstehen, doch ist es nicht ärgerlich, wenn man am Urlaubsort angekommen feststellt, daß der Badeanzug oder die Mückensalbe zu Hause liegengeblieben sind?

Hier ist eine Liste der wichtigsten Dinge in Stichworten, an die Sie denken sollten — ob Sie nun ins Ausland oder in ein deutsches Urlaubsgebiet fahren:

Bargeld, Reise- oder Devisenschecks, Scheckheft und Scheckkarte, Brieftasche, Personalausweis, Reisepaß, Führerschein, Reiseführer (Hotelnachweis), Sprachlexikon für Ausland, Hausschlüssel, Kofferschlüssel, Schreibzeug, Lektüre, Fotoapparat, Ersatzfilme, Blitzlicht, Lesebrille, Sonnenbrille, Nähzeug, Schere, Sicherheitsnadeln, Schuhputzzeug, Waschmittel (Tube), evtl. Luftmatratze oder Liegestühle, Reisedecke.

Für den Kulturbeutel: Zahnpasta und -bürste, Handtuch, Waschlappen, Nagelbürste und -schere, Seife, Kamm und Bürste, Sonnenschutzmittel, Deomittel, Hautcreme; nach Bedarf Lockenwickler oder Lockenschere, Kosmetika, Handspiegel, Haarspray.

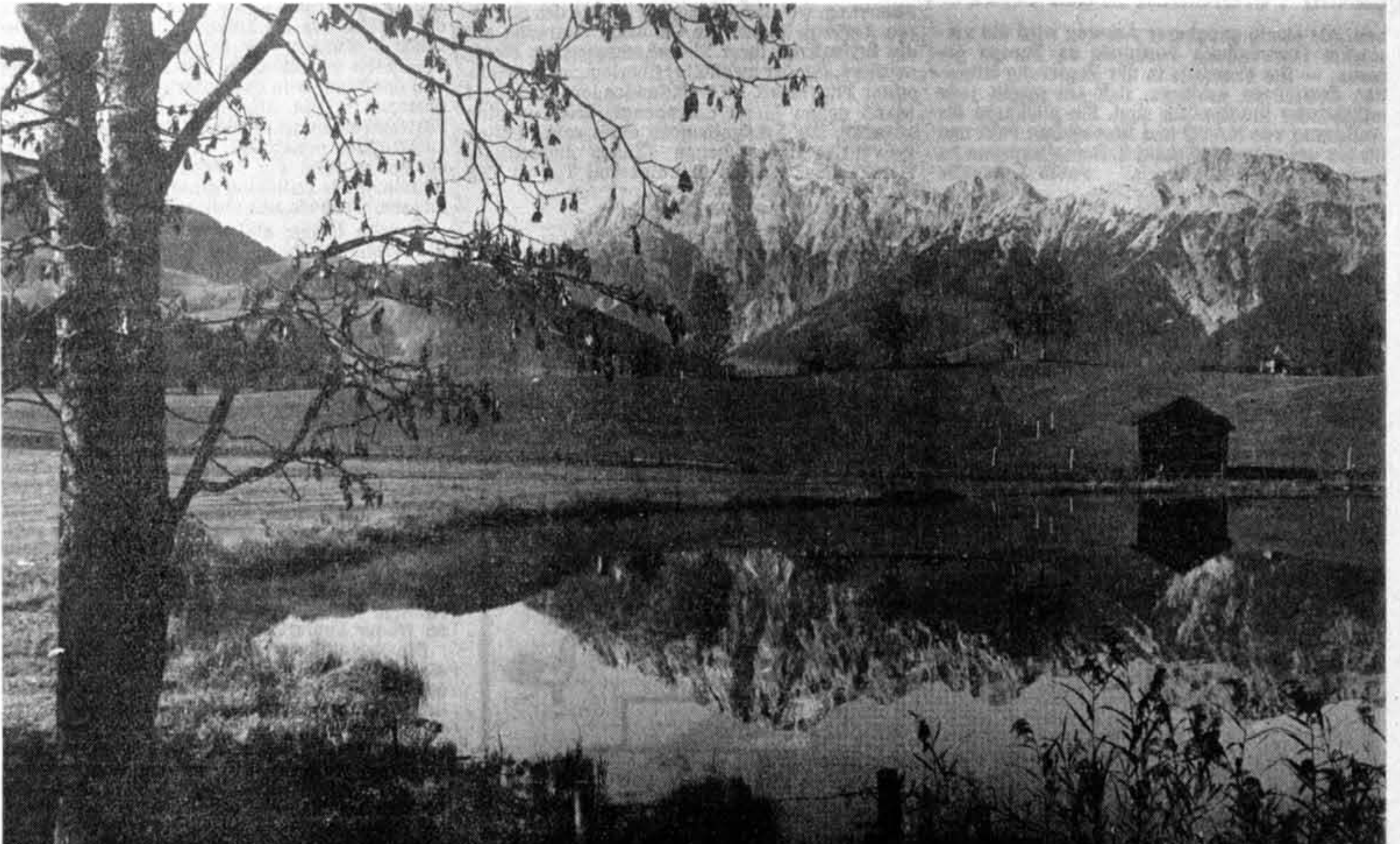
Denken Sie an die Medikamente, die Sie immer benötigen, aber auch an Schmerztabletten, Abführmittel, Medikamente gegen Reisekrankheit und Insektenstiche. — Für das Auto: Autopapiere, Führerschein, Reserve-Autoschlüssel, grüne Versicherungskarte (nicht in EG-Ländern), Straßenkarten, Verbandskasten, Benzingutscheine (beim ADAC erhältlich).

Sollten Sie mit Bahn, Flugzeug oder ähnlichen Verkehrsmitteln unterwegs sein, dann denken Sie daran, Ihr Gepäck deutlich zu kennzeichnen, denn Koffer sehen sich oft sehr ähnlich. Da helfen bunte Klebestreifen. Wichtig sind auch Adressenschilder, die es jetzt als Selbstkleber gibt.

Sollten Sie irgendwo den Zoll passieren, führen Sie keine verschnürten oder verklebten Pakete mit sich: das gibt längere Wartezeiten bei der Kontrolle.

Wichtige Reiseunterlagen wie Paß, Personalausweis, Flug- oder Fahrschein, Hotelgutschein, Schecks und Scheck-Karten sollten Sie immer getrennt in ihrem Gepäck aufbewahren.

Führen Sie Paß und Ausweiskarte mit, tragen Sie auch diese getrennt: einen Ausweis bekommt man schnell wieder; einen provisorischen Reisepaß kann man im Ausland mit einem Personalausweis beim deutschen Konsulat erhalten. — Denken Sie an die Krankenversicherung im Ausland (fragen Sie bei Ihrer Krankenkasse nach) und an eine Versicherung Ihres Reisegepäcks! Man erspart sich viel Scherereien, wenn man an all diese wichtigen Dinge schon rechtzeitig vor Reiseantritt denkt.



Land der Sehnsucht für ein paar Ferienwochen ist für viele Menschen das Salzburger Land mit seiner majestätischen Bergkulisse — hier der kleine Ritzensee bei Saalfelden
Foto LVA Salzburg

Wer kennt Herbert Bergmann?

Erzählung nach einer wahren Begebenheit · Von Eberhard Adrew

Ostpreußen, Spätsommer 1944: Über dem unendlich weiten Land lag, von der Grenze im Süden bis an die Küsten des Frischen und Kurischen Haffs, eine unwirkliche Stille, die nicht in die lebensfrohe Erntezeit passen wollte. Am sommerklaren Himmel tauchten immer häufiger russische Luftaufklärer auf. Sie zogen, unerreichbar für die Heimatflak, ihre gerade Bahn von Ost nach West. Über der Weichsel kehrten sie meistens um; selten flogen sie zu den Feldflugplätzen zurück, ohne einen Abschiedsgruß zu hinterlassen; anfangs warfen sie Flugblätter, brüderliche Grüße vom großen Stalin, später sausten Bomben auf die nichtsahnenden Städte nieder. Die Menschen schwiegen, sahen sich an, als spürten sie, daß die unheimlich brummenden Metallvögel Vorboten kommender schrecklicher Ereignisse waren.

Auch im Osten des Deutschen Reiches hatten die braunen Machthaber die Daumenschrauben fester angezogen. Auf Befehl von Gauleiter Koch war ein letztes Aufgebot, alte Männer und Kinder, zum Volkssturm eingerückt. Überall in den Städten und Dörfern knatterten plötzlich Gewehrsalven, explodierten Übungspanzerfäuste, um genauso plötzlich wieder zu verstummen. Hinter den Fenstern verfolgten scheu und ängstlich Frauen das Treiben: der Volkssturm übte für das letzte Gefecht mit der Roten Armee, deren Geschütze und Panzer gegen die Tore des Reiches donnerten.

*

Seit Tagen zogen endlose Trecks volksdeutscher Flüchtlinge aus Polen durch die Provinz. Zottelige Pferdchen zogen die Wagen, die mit der letzten Habe beladen waren. Menschen und Tiere litten unter der brütenden spätsommerlichen Hitze.

Ein Treck hatte das Städtchen Neidenburg im Süden Ostpreußens erreicht. Vor einer Kolonialwarenhandlung in der Hindenburgstraße kam die Wagen- und Menschenschlange immer wieder ins Stocken. Im Laden der Mutter stand der sechzehnjährige Herbert Bergmann hinter der altmodischen Tonbank und schenkte Waldmeisterlimonade an die hereindrängenden Flüchtlinge aus; zwischendurch schleppte er viele Eimer Wasser für die Pferde vor die Ladentür.

Der Junge war erst vor wenigen Tagen aus dem Wehrertüchtigungslager nach Hause gekommen. Den Gestellungsbefehl hatte er schon in der Tasche; er sollte als Flakhelfer in Pillau eingesetzt werden.

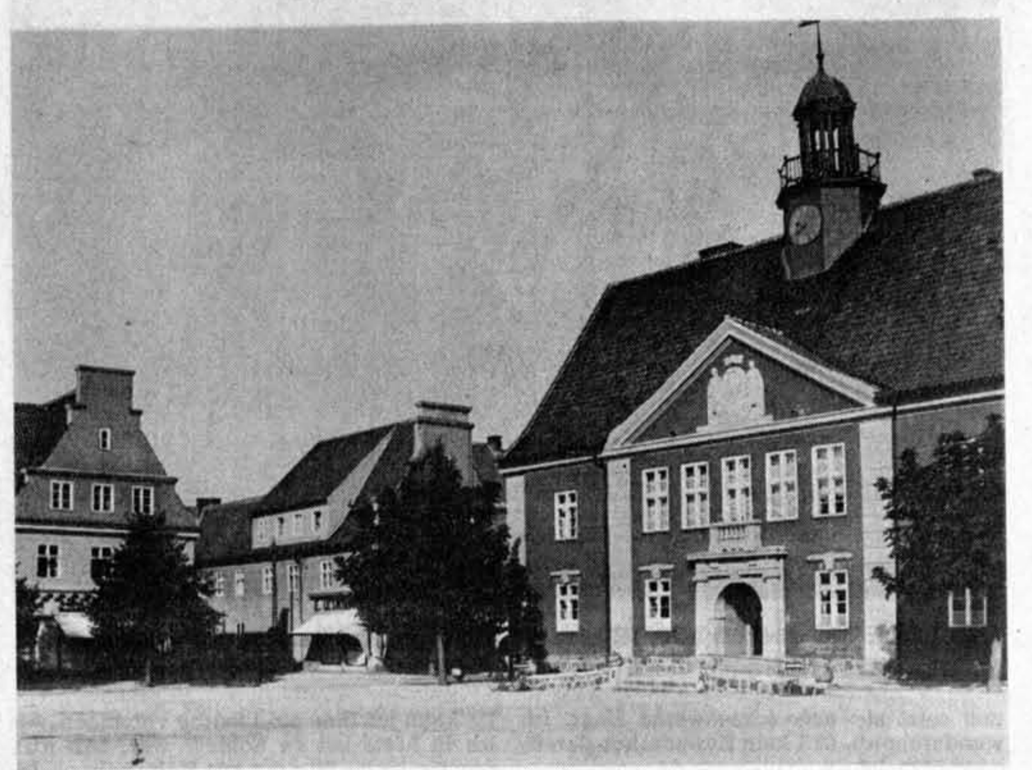
Anna Bergmann, die verwitwete Mutter, fühlte, daß Herbert die Abreise hinauszuzögern versuchte. Gern hätte sie den Sohn geholfen, ihn in Mädchenkleider gesteckt oder zu Freunden aufs Land geschickt. Doch — wem konnte man noch trauen? Bis Ostpreußen waren Gerüchte von drakonischen Strafmaßnahmen vorgedrungen, die man gegen „Volksschädlinge" verhängt hatte. Und dann die ständigen Aufrufe der Führung: Männer und Frauen, bis zur letzten Patrone, bis zum letzten Blutstropfen... Heimaterde... Entscheidungsschlacht im Osten...

Anna Bergmann hatte Angst.

Das Schicksal nahm seinen Lauf. Herbert Mütter rannten den Bahnsteig entlang, neben dem anrollenden Zug, als wollten sie ihn zurückhalten. Anna Bergmann wußte nicht, daß sie ihren Sohn nicht wiedersehen würde.

*

Im November 1944 kam noch einmal ein Lebenszeichen von Herbert: ein Feldpost-



Neidenburg ist der Ausgangspunkt unserer Erzählung: Hier das Rathaus am Markt

Foto Schöning

Bergmann saß im Zug, der ihn und viele seiner Altersgenossen zum Einsatzort bringen sollte.

Versorgt mit letzten mütterlichen Ratschlägen und mit heimlichen Zigarettenpäckchen ausgestattet, gingen die Jungen auf eine ungewisse Reise. In jenen Tagen gab es herzzerreißende Abschiedsszenen: Wer sie sah, wird sie nie vergessen.

Die Jungen winkten zum Abschied; die

brief; bange Fragen nach Mutter und Schwester, nach dem Verbleib von Freunden, und für die Schwester, deren Mann im Feld stand, und die oft ein Opfer des Spotts der Flegeljahre des Bruders gewesen war, ein Porträtfoto. In Postkartengröße: ein ernstes Jungengesicht, klare, fast männliche Augen, die zu fragen schienen: sehen wir uns wieder? Auf der Rückseite eine Widmung: „Für meine Schwester — zum ewigen Andenken." Geschrieben in einer eckigen, steilen Handschrift.

Gleich nach Weihnachten mußten Anna Bergmann und die Tochter mit ihren zwei kleinen Kindern fliehen. Tiefflieger hatten das Städtchen unter Beschuß genommen. Die Stadt brannte. Die Flammen tauchten den nächtlichen Winterhimmel in glutrotes Licht — wie ein bengalisches Feuer.

Anna Bergmann, Tochter und Enkelkinder kamen nicht weit. In Heilsberg wurden sie von den Russen überrollt; sie überstanden den unmenschlichen Ansturm, die wilden Siegesfeiern der Soldateska am 8. Mai 1945, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation. Eine Typhuswelle rollte über die Überlebenden dahin. Am 8. Juni, dem Geburtstag des Sohnes, begräbt Anna Bergmann ihre Tochter in einem selbstgezimmerten Sarg. Allein stand sie da, mit zwei kleinen Kindern. Im Sommer 1945 übernahmen die Polen das Regiment, trieben die deutsche Restbevölkerung zusammen, jagten sie aufs Land, zum Ernteeinsatz. Anna Bergmann durfte mit den Enkelkindern ausreisen.

Abschied am Grab der Tochter. In Allenstein setzte sich der Zug des Elends in Richtung Westen in Bewegung; unterwegs Plünderungen, Schikanen der Polen, die sich für selbsterlittenes Unrecht — an den Falschen — rächen. Nach zwei Wochen langer Fahrt im Güterwagen, im beginnenden Winter, über Thorn, Frankfurt an der Oder und Berlin, landete Anna Bergmann mit den Enkelkindern in einem Lager in Mecklenburg. Über den Suchdienst stöberte sie ihren Bruder im sächsischen Zwickau auf, suchte mit ihm gemeinsam nach weiteren Angehörigen und gelangte schließlich — über das Flüchtlingslager Friedland — im Sommer 1946 in den Westen, nach Niedersachsen. Ein alltägliches Vertriebenenschicksal jener Jahre.

*

Anna Bergmann sucht ihren Sohn! Sie setzt eine Papierlawine in Bewegung: Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, kirchlicher Suchdienst, Vermißtenstelle für Wehrmachtsangehörige, Vertriebenenkartei: nichts — immer wieder nichts: Keine Spur von Herbert!

Hoffnung kommt auf, als Anna Bergmann einen ehemaligen Kameraden des Sohnes, findet. Umsonst; der Mann schreibt, behutsam auf Schlimmeres vorbereitend, daß er nach einem Heimaturlaub nicht mehr zur Einheit nach Pillau zurückgefahren sei. Das war im November 1944. Auch er habe nach dem Krieg Kameraden gesucht, jedoch niemanden gefunden; die ganze Einheit sei verschollen: Vielleicht an der Ostsee... Untergang der Gustloff... Bange Gedanken erfüllen das Herz der Mutter.

Fortsetzung folgt

Hedwig Bienkowski-Andersson

Siebenschläfer und ein Liebeslied

Schneckenwetter. Regen, Regen seit Wochen! Der Siebenschläfer ist schuld daran. „Susannchen, wie geht's dir?" „Gut" strahlt sie. „Aber es regnet doch?" „Schad't ja nichts!"

Die Kinder spielen und freuen sich doch. Sie machen es wie der wilde Mohn, der sich den Sommer nicht vergrämen läßt. Der Regen ist der zierlichen Pflanze sogar gut bekommen. Sie hat sich reich verzweigt und hängt voller Knospen. Und durch die Ritzen ihrer aufplatzenden Kelchblätter lacht die leuchtendste Farbe, die es gibt.

Vom Siebenschläfertag wissen der Mohn und die Kinder nichts.

*

Zum Fluß in den Wiesen lenke ich meine Schritte. Da gibt's gute Kieswege, weil vor dem hohen Waldhang der schöne Sportplatz liegt. Aber nur ab und zu am Sonntag wird hier Fußball gespielt; an den Wochentagen bin ich ungestört, allein.

Viele Schnecken sind unterwegs; man muß aufpassen, daß man sie nicht zertritt. Es ist ihr liebstes Reisewetter. Sie kutschieren stolz — mit hochgereckten Hörnerchen, wie Paukenschläger — auf den nassen Wegen und um die Plützen herum.

Ich hebe gern eine Weinbergschnecke auf und betrachte ihr schönes, gewundenes Mahagonigehäuse; feinste Intarsienarbeit, die gelbbraunen Kreise! Die Fühler hat sie sofort eingezogen, wie umgestülpte Fingerlinge. Vom Kopf bis zur Schleppe nichts als Fuß. Armes Schneckchen, du bist doch so schlecht zu Fuß. Aber sonst ist alles dran oder besser drin. In der Spitze der Spindel liegt die Leber.

Während ich das Häuschen mit Anhängsel zwischen den Fingern halte, denke ich: ‚Arme' Schnecke? Ein Kunstwerk besitzt sie; ihr Haus ist das älteste Modell einer Wendeltreppe. Wie viele Gelehrte haben sich darüber den Kopf zerbrechen müssen, was der Natur seit Jahrmillionen gelungen ist!

Ich setze mein Spielzeug in die Wiese, aus der Gefahrenzone des Weges, wo doch manchmal ein Bulldogfahrzeug vorüberrattert. Ein Weilchen kann ich den Schirm schließen, obwohl es diesig ist und dunkle Wolken am Himmel hängen.

Der Fluß ist hoch angeschwollen, rauscht sein gleichmäßiges, ernstes Lied. Was erzählt er uns unaufhörlich? Er ist voll von Erlebnissen, die er auf seinem weiten Weg gesammelt hat; sein Mund quillt davon über. Er hat eine schöne Sprache. Gern stehe ich auf der einsamen Brücke und höre ihm zu. Ich begleite ihn ein Stück, bis der Weg lehmig wird und voller Pfützen steht. Dann kehre ich um.

Vom Feld kommt mir ein Mann entgegen, groß, ein wenig gebeugt, mit einem kräftigen Stock. Beim Näherkommen erkenne ich den alten Densing. Ich habe ihn öfter im Gelände beim Roden von Strauchwerk angetroffen, habe gestaunt, was der alte Hüne noch leisten kann.

Wieder fängt es an zu regnen. Der Barhäuptige holt aus seiner Tasche ein graues Knäuel, groß wie ein Kinderfäustchen, entfaltet es wie ein Zauberer zu einer Mütze und setzt sie aufs schneeweiße Haar. Ich wundere mich, daß kein Zylinderhut daraus geworden ist.



Nach gutem Tau wird der Himmel blau ... heißt eine alte Bauernregel Foto Uta Petzold

An der Brücke, die zum Dorf führt, begegnen wir uns. Ich gehe gern ein Stückchen mit alten Menschen. Oft führt es zu einem Erlebnis, wenn wir ins Plaudern kommen.

„Na, guten Tag, Frau Lehrer!"

Er verwechselt mich immer mit meiner Schwester. Ich lasse ihm den Willen — warum Streit anfangen?

„Gehn Sie auch spazieren? Ich tu das für die Gesundheit, auch das Sägen und Holzhacken."

Er ist gesprächig und gewandt; man merkt, daß er in der Jugend weit herumgekommen ist und Umgang gelernt hat. Er war Straßenbahnschaffner in Frankfurt.

Mitten auf der Brücke bleibe ich stehen. „Ich höre so gern das Rauschen", sage ich, schreie ich; denn der Weißhaarige ist so schwerhörig, daß er die Hand als Schallfänger ans Ohr halten muß.

„Lesen kann ich noch ohne Brill', aber ich hör nur, was ich nicht hören soll, sagen sie zu Haus!"

„Rauschen", das war das Stichwort.

„So, Sie hören den Fluß gern rauschen? Da kann ich Ihne ein Liedche vorsingen. Als ich in Metz bei de Soldate war, hab ich's von de junge Bursche aus Köln gelernt. Ich mußt' die Zither dazu spiele." Mit taktierenden Handbewegungen fängt er an zu singen:

Einst ging ich spazieren am Donaustrand.
Ein schlafendes Mädchen am Ufer ich fand.
Es lag so herrlich ins Gras gestreckt;
der schneeweiße Busen war halb nur bedeckt.

Und als das Mädchen vom Schlafe erwacht,
da haben wir beide uns angelacht
und küßten und herzten uns gar sehr
und hörten das Rauschen der Donau nicht mehr ...

Soldatenlieder sind recht herzhaft. Siebenschläfer und ein Liebeslied — wie wilder Mohn! denke ich und sage:

„Das muß ich mir aufschreiben. Ich liebe Gedichte, schreibe selbst welche."

„Ja?", fragt er erstaunt, „dann lasse Sie doch mal eins höre!"

Ich möchte ihm den Gefallen tun, und weil wir noch auf der Brücke stehen, deklamiere ich mein Flußgedicht, das an dieser Stelle entstanden ist:

Deine stille Brücke,
Fluß, ist oft mein Ziel.
Rausch mir deine Fugen,
zeig dein Strudelspiel.

Deinen, meinen Tagen
Keine Wiederkehr —
laß uns weiterziehen,
jeder in sein Meer!

„Scheen!" murmelt er, obwohl ich merke, daß er nur wenig verstanden hat. Gegen die Lautstärke des Flusses komme ich nicht an. Und es ist auch gut so. Das Gedicht scheint mir jetzt nicht herzupassen.

Plaudernd haben wir den Fluß hinter uns gelassen und kommen zu dem leerstehenden Bahnwärterhäuschen. Unter dem Vordach stehen wir im Trocknen; ich kann den Schirm an den verrosteten Türdrücker hängen. Aus der Westentasche kramt er zwei Bleistifte hervor. Als Papier findet er in seinem Portemonnaie eine alte, sorgfältig zusammengefaltete Quittung unserer Zeitung.

„Da könne Sie sich mein Liedche aufschreibe", sagt er.

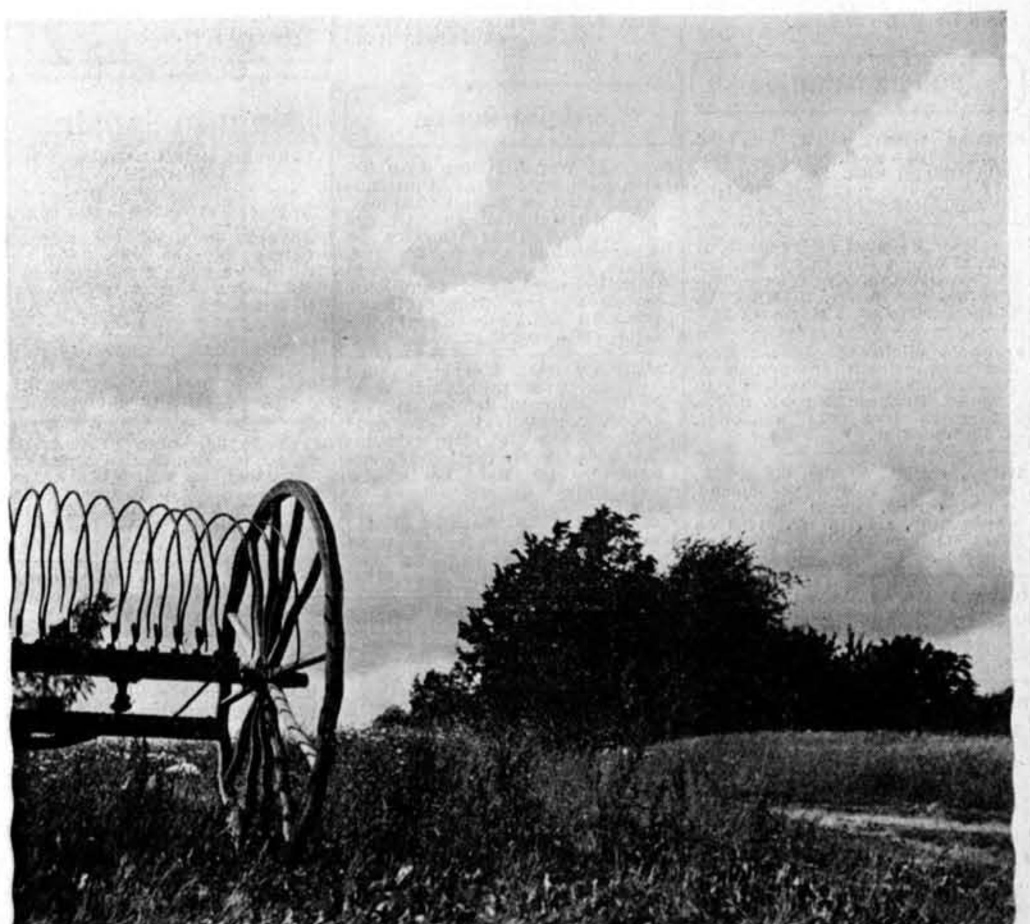
Auf dem Balken, der die Holzständer verbindet, versuche ich zu schreiben. Er ist keine ideale Unterlage; das Holz hat zu viele Altersrisse. Auch mit dem ersten Bleistift klappt es nicht. Drücke ich seine Spitze auf das Papier, kommt am oberen Ende die Mine heraus.

Wie ein Lehrer steht der Alte hinter mir, guckt neugierig zu. „Könne Sie stenographiere?" fragt er. Nein, das kann ich leider nicht; ich schreibe auch nur mit zwei Fingern Schreibmaschine. Inzwischen hat er den zweiten Bleistift angespitzt. Mit dem geht es besser, und interessiert verfolgt er mit seinen hellblauen Augen, was ich schnell und abgekürzt auf die Ränder der Quittung hinkritzele. Der Alte hat Humor; beim Diktieren schmunzelt er. Er läßt sich durchaus nicht stören, als ein vorbeigehender Bauer einen verwunderten Blick auf die Szene wirft und vielleicht ein paar Worte des Textes erhascht.

„Wie alt sind Sie eigentlich, Herr Densing?" frage ich ihn, als wir weitergehen und ich das Liebesgedicht in meiner Manteltasche verschwinden lasse.

„Fünfundachtzig Joahr", erwidert er, als ob es gar nichts wäre. Und als wir ins Dorf kommen:

„Wie die alle gucke, als sei wir mitsamm' spazieregegange. Mir is' egal, laß sie denke, was sie wolle!"



Einsamer Feldweg im Kreis Mohrungen zur Sommerzeit Foto H. Bobrowski

Robert Masermann

Es war die Zeit um die Sonnenwende

Wir hatten eine der Schlafdecken vor dem Zelteingang ausgebreitet und uns darauf ausgestreckt. Der Abend war längst in eine lichte Dämmerung übergegangen. Glühwürmchen taumelten im seligen Hochzeitsreigen durch das Halbdunkel, während ein seidenweicher, kaum fühlbarer Luftzug die Schwüle der Nacht etwas milderte.

„Wie schön doch die Welt und das Leben ist!", sagte Semjan plötzlich so leise, als spräche er zu sich selbst. Dann, etwas lauter, stellte er die Frage: „Warum kann nicht immer Frieden sein? Warum nur muß es immer wieder Kriege geben mit Toten in einsamen, vergessenen Gräbern?"

Ich wußte sofort, was ihn zu dieser Frage veranlaßte. Wir waren an diesem Tage in der Einsamkeit der masurischen Landschaft auf einen von Gras und Unkraut überwucherten Grabhügel gestoßen, dicht am Wegesrand und kaum noch als solcher erkennbar. Nur ein noch leidlich gut erhaltenes Kreuz aus jungen Birkenstämmen und *ein daneben liegender, stark durchrosteter* Stahlhelm verrieten, daß es sich um ein Soldatengrab aus dem Ersten Weltkrieg handelte. Eine festgenagelte Holztafel, von einem verwelkten Feldblumenkranz umrahmt, trug eine halbverblaßte Inschrift. Doch als wir nähertraten, lasen wir statt erwarteter Namen oder Daten eine seltsame Mahnung:

O Wanderer, weile. Bete für mich.
Bald kommt ein andrer. Betet für dich.

*Wir hatten dann unsere Rucksäcke abge*nommen und uns neben den Grabhügel gesetzt. Und ich hatte Semjan an einen anderen Spruch erinnert, der im Kantinenraum unserer Kaserne hing, über den wir bei frivolen Reden und unheiligen Liedern oft Witze gerissen hatten und der sich nun hier in diesem einsamen Grab so tragisch vollendete:

Tadelt nicht die Taten der Soldaten,
die da sterben sollen.
Laßt sie tuen, was sie wollen.
Laßt sie trinken, laßt sie küssen —
Wer weiß, wie bald sie sterben müssen.

Semjan war nun, Stunden danach, mit seinen Gedanken dorthin zurückgekehrt. Ich ließ seine Fragen unbeantwortet, und wir lagen noch lange schweigend nebeneinander. Am Nordhimmel stand ein fahlgrüner Lichtstreifen, der langsam ostwärts zog. Es war die Zeit der Sonnenwende.

Es war damals unsere letzte gemeinsame Wandertour durch die südostpreußische Landschaft gewesen. Bald darauf raste wieder der Krieg durch die Lande und trennte uns für immer. Semjan kehrte nie heim; *er blieb vermißt, verschollen.*

Jahrzehnte sind inzwischen vergangen, und es ist wieder die Zeit der Sonnenwende, *Zeit der hellen Nächte, von denen Agnes* Miegel schrieb, daß sie die Toten nicht schlafen lassen. Und ich denke — wie so oft zur Sommerszeit — an jenes einsame Grab in der masurischen Heide und zugleich an Semjan, meinen besten Freund, dem man vielleicht auch irgendwo eine solche Ruhestätte bereitet hat. Wer weiß das schon. Tröstlich bei dieser Ungewißheit allein der Gedanke, *daß auch das verwesende Heidegrab eines* gefallenen Soldaten ein Stückchen gottgeweihter Erde ist.

Joseph Mühlberger

Geist und Aufgabe der Künstlergilde

Aus der Abschiedsansprache

Die Künstlergilde hat in Eßlingen begonnen und ihre Heimat gefunden. Das beruht auf dem urbanen Geist der Stadt, der fern jedem Provinzialismus ist. Etwas von dieser Wahlverwandtschaft spricht auch aus der Beziehung der Heimatvertriebenen zur schwäbischen Landschaft mit.

Wie sehr die Künstlergilde mit dieser Stadt verbunden gesehen wird, beweist, daß das Eßlingen gewidmete Merian-Heft nahezu drei Seiten der Künstlergilde eingeräumt hat. In dem Beitrag „Der Stein des Sisyphos" werden Fragen und Probleme angeschnitten, die auch die Künstlergilde bewegen, die alles andere als eine starr ausgerichtete Organisation sein möchte. Die Künstlergilde selbst ist sich dessen bewußt, daß sie wie alles vom Menschen aus seiner Zeit Geschaffene, wie der Mensch selbst, eine zeitliche Grenze hat. Und der Stein des Sisyphos? Nicht nur die Heimatvertriebenen wälzen ihn; welcher Sterbliche hätte sich mit ihm nicht abzumühen?

Die Künstlergilde wirkt nicht im Sinne einer Restauration, auch nicht im Sinne eines Stehenbleibens und des Musealen, schon gar nicht im Sinne von Sentiment oder Ressentiment, auch nicht in einer isolierenden Abschließung. Sie will zum Ganzen die Erfahrungen beitragen, die „drüben" gesammelt wurden. Deren sind auf dem Gebiet der Künste und Forschungen viele, was die alljährliche Verleihung der Georg-Dehio-Preise an Wissenschaftlicher und Publizisten beweist. Dazu treten andere, lebendige Erfahrungen, die in den Künsten und Wissenschaften ihren mitprägenden Niederschlag fanden und finden, nicht zuletzt die Erfahrungen, die aus dem Zusammenleben mit den slawischen Nachbarn gewonnen wurden.

Man „bewältigt" und „bereinigt" die Vergangenheit nicht, indem man sie auslöschen oder ungeschehen machen möchte; das wäre lediglich eine gefahrvolle Verdrängung. Man gewinnt keine Zukunft durch Überspringen der Gegenwart. Man erreicht nicht viel, wenn man die Wirklichkeit übersieht oder negiert. Man kann die Wirklichkeit nicht überlisten oder über sie hinweg den Sprung zu Begriffen machen. Auch mit Begriffen läßt sich trefflich streiten, aus ihnen ein System bereiten, doch die Wirklichkeit ist da und fordert uns. Das Menschliche besteht nicht nur aus Gedanken und Taten, sondern auch aus Leben und Gefühlen. Die bejahte und lebendige Wirklichkeit verhindert, daß der Mensch nur zum Teil einer anonymen Masse werde oder sich ins blutleere Abstrakte verliere. Zu der Wirklichkeit des Menschen gehört seine Vereinzelung, sein einmaliges So-Sein und die Achtung davor. Gehört auch das Land seiner Herkunft, das, was das schwer belastete Wort Heimat bedeutet.

Von den handfesten, dennoch subtilen Dingen der ethischen Forschung abschweifend, sind Heimat und Heimatliches schwer umschreibbar, wie der Geruch eines Hauses, die Farbe einer Blüte, der Geschmack einer Frucht, wie das Elementare überhaupt. Der neue Bundespräsident, ein Mann des öffentlichen Handelns und Wirkens, hat bekannt, welches formende Element seine Heimat für ihn wurde, „das Paradies des kleinbäuerlichen Landes", das „wunderbare Kindheitsidyll" im Dorf seiner Großeltern. Heimat ist mit der inneren Gestaltung des Menschen verbunden — wir sprechen, so sagte Thomas Mann, auch im Hochdeutschen den sublimierten Dialekt unserer Väter mit. Vor allem die Dichter wissen darum.

In seinem Brief an das Comité de la Cooperation Intellectuelle, das 1935 in Nizza tagte, spricht Thomas Mann von Heimat und Volk als „von lauter alten und frommen Dingen" gegenüber dem „Massengeist von rummelhafter Modernität". In Franz Kafkas zweitem Oktavheft findet sich diese Eintragung, eine Parabel: „Endlich gelang es unseren Truppen, beim Südtor in die Stadt einzubrechen. Meine Abteilung lagerte in einem Vorstadtgarten unter halb verbrannten Kirschbäumen und wartete auf Befehle. Als wir aber den hohen Ton der Trompeten vom Südtor hörten, konnte uns nichts mehr halten. Mit den Waffen, die jeder zunächst faßte, ohne Ordnung, den Arm um den Kameraden geschlungen, ‚Kahira Kahira', unseren Feldruf, heulend, trabten wir in langen Reihen durch die Sümpfe zur Stadt.

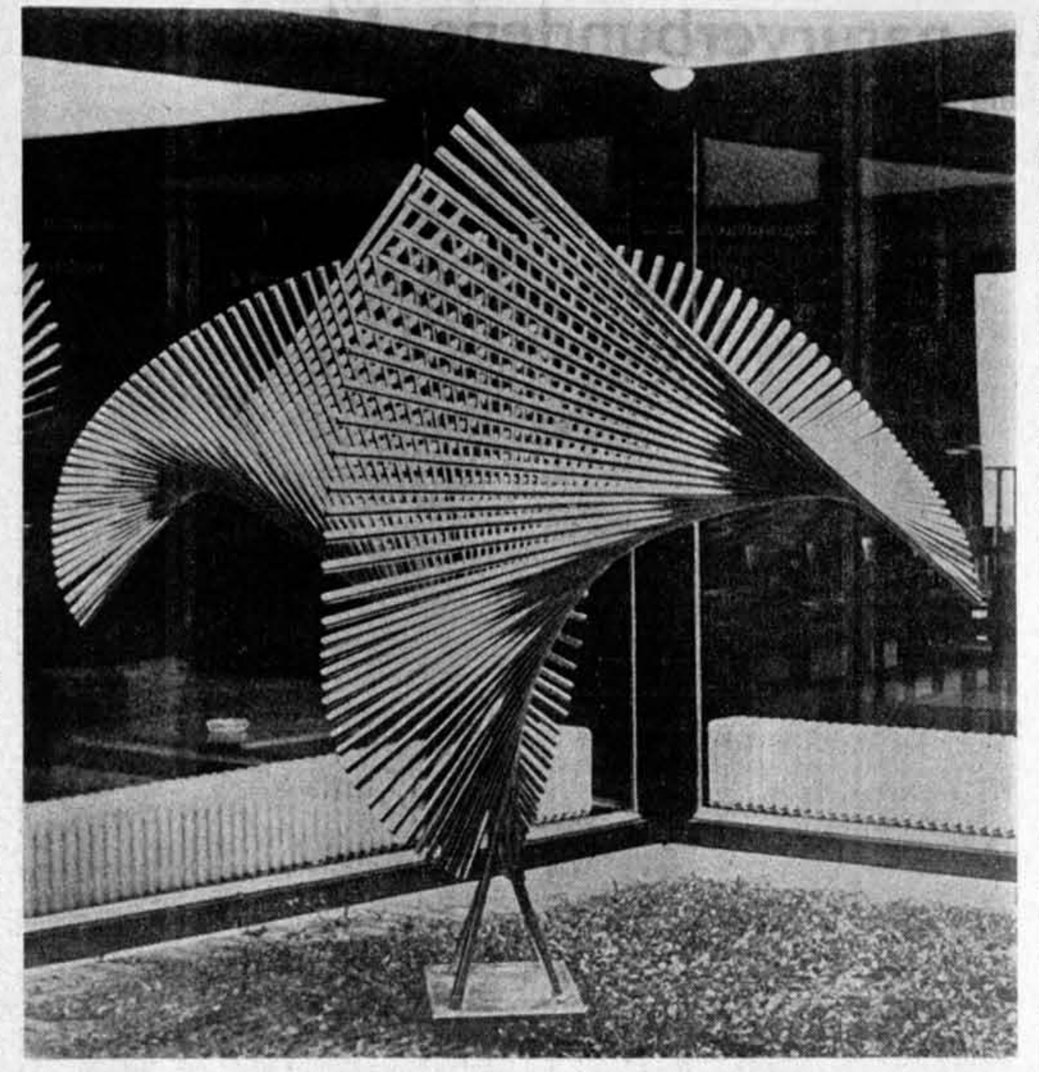
Am Südtor fanden wir schon nur Leichen und gelben Rauch, der über dem Boden schwelte und alles verdeckte. Aber wir wollten nicht nur Nachzügler sein und wendeten uns gleich in enge Nebengassen, die bisher vom Kampf verschont geblieben waren. Die erste Haustür zerbarst unter meiner Hacke, so wild drängten wir in den Flur ein, daß wir uns erst umeinanderdrehten. Ein Alter kam uns aus einem langen leeren Gang entgegen. Sonderbarer Alter — er hatte Flügel. Breit ausgespannte Flügel, am Außenrand höher als er selbst.

‚Er hat Flügel', rief ich meinen Kameraden zu, und wir Vorderen wichen etwas zurück, soweit es die hinteren Nachdrängenden erlaubten.

‚Ihr wundert euch', sagte der Alte, ‚wir alle haben Flügel, aber sie haben uns nichts genützt, und könnten wir sie uns abreißen, wir täten es.'

‚Warum seid ihr nicht fortgeflogen?' fragte ich.

‚Aus unserer Stadt hätten wir fortfliegen sollen? Die Heimat verlassen? Die Toten und die Götter?'"



Aus der Jahresausstellung der Künstlergilde ‚Plastik und Objekte' in der Ostdeutschen Galerie Regensburg zeigen wir die ‚Komposition Salzhausen' von Karl Heinz Engelin. Der Künstler, 1924 in Memel geboren, lebt heute in Hamburg. Die Ausstellung ist bis zum 7. Juli in Regensburg zu sehen

Dem Imperativ des Schönen folgen

Wolfgang Schwarz: Eßlinger Begegnung 1974 — Prof. Hubatsch und I. Gundermann ausgezeichnet

Daß „Leben kein Still-Leben" ist, dieses Kokoschka-Wort fiel zwar erst am Schluß. Doch schon bei Beginn der diesjährigen Eßlinger Begegnung gab es einen spürbaren Ruck in Richtung Mobilität. Die Veranstaltungsfolge (17. bis 20. Mai) begann mit einem Konzert im Weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart, wobei der Johann-Wenzel-Stamitz-Preis an den Komponisten Wolfgang Hildemann und die Ehrengaben an Eberhard Wenzel und Wolfgang Wiemer verliehen und die Preisträger durch Werkproben vorgestellt wurden.

Bei der von Musik umrahmten Festsitzung am folgenden Tag im Alten Rathaus in Eßlingen wurden die Georg-Dehio-Preise an Professor Dr. Walther Hubatsch und Hans Diplich, die Ehrengaben an Dr. Iselin Gundermann und Josef Lanz verliehen.

Der ernste und gute Geist, der die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste beseelte, trug auch die anderen Veranstaltungen, den Vorleseabend aus dem neuen Buch der Künstlergilde mit Satiren „Die Kehrseite des Mondes", den Besuch im Deutschen Literaturarchiv in Marburg und die Ausstellung „Wien 1900", durch die Dr. Zeller führte. Die Ausstellung zeigte Lithographien zeitgenössischer Künstler, Werke von Klaus Kugler und Horst Sokele und, aus Anlaß des Erscheinens des Buches „Der Vorhang hob sich nicht mehr" von Wilhelm Formann, Beispiele aus dem ostdeutschen Theaterarchiv der Künstlergilde. Während der Begegnung tagten und diskutierten die Fachgruppen. Bei den Neuwahlen wurden Dr. Ernst Schremmer als Geschäftsführer wiedergewählt, Heribert Losert übernimmt auf Vorschlag des bisherigen Vorsitzenden, Josef Mühlberger, dessen Aufgabe. Ein Maler tritt damit an die Stelle des Dichters.

Auch er, Losert, von ähnlichem Spürsinn für das „Andere", den Nachbarn, wie Mühlberger, aber als bildender Künstler vielleicht noch mehr als der Schriftsteller heutzutage in Experimentelles „verstrickt" und also offen für alles Junge, Neue. Heribert Losert wird gewiß — selbst Neuland-Sucher unter den bedeutenden Koloristen der Gegenwart — der Künstlergilde neue Wege und Wirklichkeiten erschließen. Seine erstaunliche Membrane für alles Aufbrechende ist eine Gewähr dafür, daß auch in der Eßlinger Sektion des Künstlerischen das Leben kein „Still-Leben" bleibt.

Peter Huchel: ein Name, an den sich die gleiche Erwartung knüpft. Bekannt wurde in Eßlingen, daß dieser aus dem Osten nach dem Westen gewanderte große Lyriker den diesjährigen Andreas-Gryphius-Preis erhält. Nicht daß er sich — wie Mühlberger und Losert — in die Gilde integrierte. Doch seine Auszeichnung kommt einem Programm gleich. Peter Huchel repräsentiert Kontinuierliches in der augenblicklichen deutschen Kulturlandschaft, er ist der unbeirrte Fortsetzer eines Gedicht-Typs, in dem sich alte und neue Harmonie mischen — zu einer „Mitte", die den gefürchteten „Verlust der Mitte" aufhebt.

Und hierin lebt auch die Künstlergilde fort, ohne selbstredend ihrer Nachwuchssorgen enthoben zu sein. Sie gehört zu den „Mitte"-suchenden Kulturkräften in unserer auf Extreme auslaufenden Kulturepoche. Sowohl stilistisch wie im Menschen- und Gesellschaftsverständnis.

Bei der Verleihung der diesjährigen Georg-Dehio-Preise sprach Karl Heinz Gehrmann die Laudatio auf Diplich, Hubatsch, Frau Gundermann und Lanz. Einer von ihnen, Hans Diplich, Volkskundler aus Siebenbürgen, bestätigte einen Gedanken, der auch bei dem Namen Peter Huchel auftrat, indem er in einer Studie über die Bauernbarockformen von Syrmien bis zur Rheinpfalz mit dem Vorherrschen des Rundbogens Friedrich Schiller in einem Brief an Theodor Körner zitierte: Kunst sei nicht Sache der Erfahrung, sondern Imperativ des Schönen. Man könnte es auf die Kultur und ihre Pflege anwenden und sagen: am besten wird Kultur gepflegt, fortgesetzt, wenn am gehorsamsten diesem „Imperativ des Schönen" gefolgt wird. Huchel folgt ihm in seiner Lyrik. Die Volkskünstler, die unbekannten Erbauer der Bauernbarockhäuser, folgten ihm auch. So braucht auch heute, wenn es um die Fortführung einer Kultur geht, nur diesem „Imperativ des Schönen" gefolgt zu werden. Wer aber verkörpert ihn einprägsamer als die Künstler?

Eßlinger Begegnung 1974 also: Bekenntnis zur Kunst als Fortführerin von Kultur der Vergangenheit in die Zukunft. Bemühung um „Mitte" im Spannungsfeld der Extremkräfte. Suche nach Neu-Horizonten im Wandererfeld zeitgenössischer Dichter, Maler, Grafiker, Musiker, Denker und Deuter.



Die Werke des Ostpreußen Lovis Corinth erfreuen sich reger Nachfrage auf dem internationalen Kunstmarkt. Hier ein Beispiel aus seinem Schaffen, eine Wiedergabe des Gemäldes ‚Lüneburger Heide' aus dem Jahre 1908

Ein Refugium für naturverbundene Menschen

Erinnerung an die alte Dorfsiedlung Schalau – Von Hans-Georg Tautorat

Wer für die Reise von Ragnit nach Tilsit den Postbus wählte, der erlebte im Verlaufe der Reichsstraße 132 die großzügige und reizvolle Landschaft des Baltischen Höhenrückens. Ungefähr auf halber Wegstrecke passierte er die alte Dorfsiedlung Schalau, den älteren Landsleuten noch unter dem Namen Paskalwen vertraut. Hatte man die Kuppe der Straßensteigung in Höhe des Remonteamtes Neuhof-Ragnit erreicht, so grüßten den Reisenden die zwischen Äckern, Wiesen und sanften Höhen eingebetteten Anwesen. Mit seinen zum Teil betagten Wohnhäusern, Stallungen und Speichern, aber auch neuzeitlichen Siedlungshäusern, den wuchtigen Laubbäumen und der reichen Zahl schmucker Vorgärten, machte das Dorf einen freundlichen Eindruck.

Der vor der Vertreibung ungefähr 500 Seelen zählende Ort war die Heimat alter Bauerngeschlechter. Schlanke und große Gestalten mit markanten Schädeln, schmalen Nasen und scharf geschnittenen Gesichtern gehörten zu diesem Menschenschlag, der in seinem Wesen ruhig, aber tatkräftig war und in dem die Liebe zur heimatlichen Scholle noch ungebrochen lebendig vorherrschte.

Ursprünglich und elementar wie der Stein, die Bäume und das Wasser war diese Landschaft, die ihresgleichen suchte. Es gab kein besseres Refugium für naturverbundene Menschen. Vom Schalauer Schloßberg wanderte das Auge. Ständig wechselnd waren die Eindrücke. Die romantischen Schluchten bei Neuhof-Ragnit bildeten den effektvollen Widerpart zum Memeldelta, das sich in seiner ganzen Lieblichkeit vor einem öffnete. Die Stromwiesen mit ihren glitzernden Flächen der Teiche und Altwasser der Memel, in denen sich das faszinierende Spiel von Licht und Schatten der niedrig ziehenden Wolken spiegelte, grüßten herauf. Der schräg aufragende Bergrücken des Rombinus stemmte sich gegen das Ufer des Stromes. Eingebettet in das satte Grün die zum Wiesenvorwerk gehörenden Gebäude. Darüber und über die ebenfalls mit blinkendem Wasser belebten Wiesen in Übermemel ging der Blick auf die fernen bewaldeten Hügelgruppen des Willkischker Höhenzuges, die sich leicht, wie schwebend, zusammenordneten.

Auch vom Willmannberg bei Girschunen konnte man die ungewöhnliche Mannigfaltigkeit landschaftlicher Formen bewundern. Wohin auch das Auge blickte, eine hügelige Welt, durch die sich in vielen Windungen malerisch die Tilge schlängelte. Dazwischen lagen die bäuerlichen Anwesen mit ihren verschiedenfarbigen Dächern



Von den ältesten Bewohnern

wie bunte Beete in einem Garten. Weite Kornfelder und große Ackerflächen, blühende Hecken und umzäunte Weideplätze dehnten sich hier aus. Wunderbar, dieses Wechselspiel der Natur.

Wenden wir den Blick zurück in die Geschichte, so können wir die ersten Hinweise auf menschliches Dasein in dieser Gegend überlieferten Grabbeigaben entnehmen. Im Heimatmuseum zu Tilsit war neben Funden aus Tilsit, Willkischken und vom Rombinus eine entartete Bootaxt zu sehen, die aus Schalau stammte. Sie wurde der Jüngeren Steinzeit zugeordnet, in der sich der Übergang von Jäger- und Nomadentum zu Ackerbau und Viehzucht vollzog. Daraus ist zu schließen, daß schon den Menschen dieser Zeitperiode das Gebiet am Memelstrom kein unbekanntes Land gewesen sein kann. Gräberfeldfunde wurden dann aus der Älteren



Gutshaus des Remonteamtes Schalau

Fotos (2) Archiv Tautorat

Völkerwanderungszeit bekannt, die mit der Sammlung Gisevius in das Prussia-Museum zu Königsberg gelangten. Seit der Jüngeren Völkerwanderungszeit bis in die spätheidnische Zeit ist in Schalau ein Friedhof als durchgehend belegt festgestellt worden.

Mit der Eroberung des Gebietes beiderseits der unteren Memel, der alten Landschaft Schalauen durch den Deutschen Orden im 13. Jahrhundert ging die Unterwerfung der dort ansässigen Bewohner einher. Es war dies der Schalauerstamm, der der prußischen Urbevölkerung zugeordnet wird.

Es ist ein verbreiteter Irrtum zu glauben, daß die Bewohner dieses Landes dabei ausgerottet wurden. Im Gegenteil, der Orden blieb im eigenen Interesse um das Wohl der Urbevölkerung bemüht, auf deren Hilfe er beim Aufbau des Landes letztlich nicht verzichten konnte. Die vielen Landverschreibungen des Ordens an Schalauer legen noch heute Zeugnis davon ab. Die Verleihungsurkunden — sogenannte Handfesten — sind in einer Vielzahl erhalten, ebenso die Namen der Belehnten.

Seine Operationslinien sicherte der Orden durch rasch angelegte Holz-Erde-Befestigungen, die in späteren Jahren durch feste Anlagen ersetzt wurden. Unter ihrem Schutz siedelte er die Bevölkerung an. So erbaute der Orden im Jahre 1289 an Stelle der zerstörten Prußenfeste Raganita die Burg Landeshut, auf die später der Name Ragnit überging und die als Hauptstützpunkt der wichtigen Memellinie ein Bollwerk gegen die Litauer darstellte.

Im Jahre 1293 errichtete der Orden dann die Schalauerburg (Castrum Scalowitarum) auf dem Schloßberg (Skalwe, Skalwenberg) in Schalau. Diese Burg war für den Orden wohl weniger von strategischer Bedeutung. Sie hatte auch nicht direkt den Charakter einer Fliehburg, sondern muß mehr als „Wohnburg" für die unterworfenen und bekehrten Landesbewohner, die Schalauer, angesehen werden. Nach C. Engel (1938) wird sie als „viereckige Bergburg" im Zusammenfluß mehrerer Schluchten bestimmt. Als datierendes Moment für die Ordenszeit ergibt sich allerdings nur die viereckige Grundform der Anlage, da Grabungen an der Stelle nicht mehr vorgenommen wurden.

Wenn auch die Mehrzahl der Schalauer im 16. Jahrhundert in einer geschlossenen Siedlung vor den Ordenshäusern Ragnit und Tilsit wohnte, so hören wir von einem Dorf des Namens „Schalbin" erstmalig im Jahre 1507. Aus dem überlieferten ordenszeitlichen Urkundenmaterial können wir entnehmen, daß den Einwohnern dieser schaulauischen Niederlassung im Jahre 1517 eine Wiese verschrieben wurde, welche sie „von anbeginn erster besetzung" in ihrem Besitz gehabt haben. Diese Wiese lag südlich der Memel in Höhe von „Cracanischken" (Krakonischken) und grenzte an das Wiesenterrain der vor dem Ragniter Hause ansässigen Schalauer.

Ab 1545 wird neben dem alten Namen „Schalbin" auch die mit der Vorsilbe „Pa" versehene Namensform „Pascalben" gebraucht, aus der sich dann der Name Paskalwen entwickelte, den das Dorf bis zu seiner Umbenennung in Schalau im Jahre 1938 geführt hat.

Daß das Dorf ursprünglich eine litauische Gründung war, ergibt sich, wie Mortensen nachweist, aus dem Namen der Einwohner, welche die Steueranlage von 1539 überliefert. Neben christlichen Namen tauchen dort Namen mit litauischem Gepräge auf, z. B. Jacubus Scapuleitis, Mathus Bocdan, Stanis Jutczus, Austineitis, Jorgis und Miczus.

Ein beherrschendes Element in dieser reizvollen Landschaft bildete zu unserer Zeit das Heeres-Remonteamt Neuhof-Ragnit, das zu den größten Remonteämtern Ostpreußens gehörte. Neben dem Hauptgut Neuhof-Ragnit umfaßte es die Vorwerke Klein-Neuhof, Girschunen, Damnitzhof (Gudgallen), Kraken (Krakonischken), Heidenanger (Bambe) und Schalau. Von den 1500 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche entfielen etwa 900 Hektar auf Ackerland und 600 Hektar auf Wiesen, die ungefähr zur Hälfte im großen Memelbogen zwischen Georgenhof und Ragnit lagen.

Rank von Gestalt, mit langen, schlanken Beinen, breiter Brust, schön geschwungenem Hals und zierlichem Kopf, in idealer Verbindung mit Zähigkeit, Härte, Ausdauer und Genügsamkeit, verkörperte das ostpreußische Warmblut Adel und Schönheit. Nur jahrzehntelange Erfahrung, nur die Tierliebe und Pferdeleidenschaft der ostpreußischen Gutsbesitzer, Bauern und Züchter konnten solch herrliche Geschöpfe in fortgesetzter Reinheit sichern. In der Welt gab es dergleichen kein zweites Mal.

Paradies der Pferde

So nimmt es nicht Wunder, daß diesem Pferdetypus nicht nur im In- und Ausland ein reges Interesse entgegengebracht wurde, sondern der gute Ruf dieses Pferdes weckte auch das ganz besondere Interesse des Militärs.

Von Remontekommissionen wurden auf Gütern und Remontemärkten von Zeit zu Zeit die besten der vorgestellten dreijährigen Pferde angekauft und den Remonteämtern zur Pflege und Vorbereitung für den Militärdienst übergeben. Wie im Hauptgut fand auch im Vorwerk Schalau in dieser Vorbereitungszeit die Durchseuchung statt, und es erfolgte die Gewöhnung an die Gemeinschaft mit anderen Pferden. Darüber hinaus wurde die körperliche Entwicklung gefördert durch gleichmäßige Fütterung, Bewegung der Pferde in eigens dafür hergerichteten Bewegungsbahnen, Abhärtung und regelmäßige Hufpflege. Ein Viertel der aufgekauften Pferde stand im Remonteamt Neuhof-Ragnit und den dazugehörenden Vorwerken.

Kurz nach der auf dem Remonteamt stattgefundenen Remontemusterung, bei der schon über die Verwendung des Pferdes entschieden wurde, begann die Verteilung der Pferde auf die einzelnen Truppenteile. Alljährlich im Sommer hieß es dann Abschied nehmen, wenn die Kommandos verschiedener Reiterregimenter aus der Provinz und aus dem Reich kamen, um die Remonten abzuholen.

Der Mittelpunkt der hervorragenden ostpreußischen Pferdezucht, das Hauptgestüt Trakehnen, eine weiträumige Musteranlage, in der viele Hunderte schönster Tiere mit rührender Sorgsamkeit gewartet und gepflegt wurden, existiert nicht mehr. Über die Kriegswirren hinweg ist es jedoch gelungen, den Trakehner in der Bundesrepublik zu erhalten. Der Trakehner Verband ist heute eine Vereinigung, die das züchterische Kulturgut der Heimat verwaltet. Das Gut Rantzau, ein gepachtetes, gesundes, wirtschaftliches Unternehmen, hat mit einigen anderen Gestüten und privaten Züchtern die Aufgabe übernommen, der Gesamtheit der ostpreußischen Pferdezucht in Westdeutschland zu dienen.



Remonten in der Bewegungsbahn vor den Ställen

Der erste Tag war der wärmste

Das Wetter im Mai 1974 in Ostpreußen

Der Mai — ein halbes Winterei" — solche und ähnliche Sprüche wie auch „der Mai zum Wonnemond erkoren, hat den Reif noch hinter den Ohren" dämpfen die Erwartungen etwas, die man vom schönsten Monat des Jahres hat. Witterungsmäßig ist er natürlich nicht ganz einheitlich, und „erst in der Mitte des Mai ist der Winter vorbei". Trotz allem — Mai —, das bedeutet Vogelgezwitscher und Blütenduft, grüne Birken und blühenden Flieder. Er ist der Monat all jener, die sich in der Hast ihres Alltags etwas Romantik bewahrt haben, die beim Schlag der Nachtigall ins Träumen kommen oder bei einem Spaziergang im Mondschein unter duftenden Akazien...

Das dominierende Luftdruckgebilde zum Monatsanfang war ein umfangreiches Tief über Südeuropa mit mehreren Kernen über dem Schwarzen Meer, Jugoslawien, Ungarn und den Balearen. Hiervon ausgehend erstreckte sich von Ungarn über Schlesien, Norddeutschland und England hinweg eine Tiefdruckrinne bis zu einem Sturmwirbel südlich von Grönland. Zwischen diesen Tiefkomplexen und einem Hoch über Skandinavien herrschte in Ostpreußen eine warme Südostströmung, der Himmel war heiter und die Mittagstemperaturen lagen bei 20 Grad. Tags darauf wurde auch unsere Heimat von dem sich nordwärts vorlagernden Tiefdrucksystem erfaßt und es traten die ersten Schauer auf. Die kalte Seite des Tiefs setzte sich am 3. und 4. durch und die Temperatur fiel merklich auf 13 bzw. 11 Grad zurück.

Statt der erhofften Wetterbesserung bahnte sich am 4. erneut eine Wetterlage an, die nichts Gutes verheißen sollte. Von Frankreich kommend, hatte ein Tief von 995 Millibar Süddeutschland erreicht und nahm nun Kurs Nordost. Würde es über Danzig ziehen, käme man in den Genuß warmer Balkanluft, anderfalls würde sich skandinavische Kaltluft durchsetzen. Und so war es auch, denn das Hoch über Fennoskandien machte keine Anstalten zurückzuweichen und lenkte das Tief östlich an Ostpreußen vorbei. Folge war eine Verstärkung des Druckgradienten, d. h. die Linien gleichen Druckes oder Isobaren wurden zusammengedrängt, mit starkem Auffrischen des Windes aus Nordost und Kaltluftzufuhr. So traten am 5. bei einer Höchsttemperatur von 5 Grad in der hochreichenden labil geschichteten Kaltluft Gewitter auf. Auch in den folgenden Tagen kletterten die Mittagstemperaturen nicht über 5 Grad und bei böigem Nordostwind war es trüb und regnerisch. Endlich nach 5 Tagen verlor das Tief seine Wirksamkeit und bei immer noch starker Bewölkung erreichte die Mittagserwärmung immerhin 10 Grad.

Am 11. trat dann ein gänzlicher Wetterumschwung ein. Druckanstieg über Skandinavien war das erste Indiz. Und mit dem Druckanstieg und der Ausweitung des Hochs ging parallel einher ein Bewölkungsrückgang. Die Tage sind infolgedessen überwiegend sonnig, nur kleine Schönwetterkumuli bedecken den Himmel, aber dennoch recht kühl. Ostpreußen liegt nämlich auf der kalten Seite des Hochs unter einer Strömung aus nördlichen Richtungen und dabei wirkt die noch kalte Ostsee dämpfend auf die Temperaturen ein. Sie kommen daher über Werte zwischen 15 und 17 Grad nicht hinaus.

Nach 10 Tagen wird auch diese stabile Hochdruckwetterlage am 21. beendet. Diesmal ist es ein vom Atlantik über Südnorwegen nach Osten vorstoßendes Tief, dem das gealterte Hoch keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermag. Der Druck fällt kräftig, Regen setzt ein und die Temperatur sinkt wieder auf 10 Grad zurück — kein verheißungsvoller Beginn für den Eintritt in die letzte Maidekade. In der eingeleiteten Westwindzirkulation bleibt es vielmehr auch in den folgenden Tagen meist stark bewölkt, es kommt immer wieder zu einzelnen Regenfällen oder Schauern und die Höchstwerte der Temperaturen schwanken um Werte von 12 Grad. Nur der letzte Tag des Monats läßt wieder den Mai in das allgemeine Bewußtsein rücken. Ein Zwischenhoch beschert einen sonnigen Tag, aber mit 17 Grad vermag die Thermometersäule nicht den Wert vom 1. Mai zu erreichen, der somit auch zum wärmsten Tag des Monats werden sollte.

Zieht man ein Fazit, so müßte der Mai in der Gunst der Landwirtschaft sehr hoch einzureihen sein, erfüllte er doch ganz die in der folgenden eine gute Ernte: „Mai kühl und naß, füllt dem Bauernregel dargelegten Voraussetzungen für Bauer Scheun und Faß!"

Wolfgang Thüne

Drei Bürgermeister an der Spitze

Die Vereinigung der drei Städte Königsberg vor 250 Jahren – Von Professor Dr. Fritz Gause †

In den ersten Jahrhunderten seines Bestehens war Königsberg keine einheitliche Stadt, sondern ein sehr kompliziertes Gebilde. Am Anfang stand der landesherrliche Teil, die Burg mit der vor ihr liegenden Burgfreiheit. Sie unterstand unmittelbar dem Landesherrn, dem Orden, später dem Herzog und dem König, ihren Behörden und Gerichten. Der zweite Faktor war die Kirche, d. h. der Bischof von Samland und sein Domkapitel im östlichen Drittel der Kneiphofinsel um den Dom herum. Der eigentlich kommunale Teil zerfiel wieder in drei einzelne Städte, die Altstadt auf dem rechten Pregelufer, den kleinen Löbenicht ostwärts der Altstadt, aber ohne Anteil am Fluß, den Kneiphof auf der mittleren Insel. Sowohl die Burg wie die drei Städte hatten ihre Freiheiten, die als eine Art Vororte zu ihnen gehörten, doch eine gewisse Selbständigkeit in der Gerichtsbarkeit genossen. Zur Burg gehörten der Tragheim, der Alte Roßgarten, die Neue Sorge und der Sackheim, zum Löbenicht nur der Anger, zur Altstadt der Steindamm, der Neue Roßgarten und die Laak, zum Kneiphof die Vordere und die Hintere Vorstadt sowie der Haberberg.

Drei Verwaltungen

Sowohl die Burg wie die drei Städte waren für sich befestigt, hatten ihre eigene Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Finanzgebarung, jede verfocht eigene Interessen gegen die Nachbarn. Man stritt um Gerechtsame und Abgaben, Straßen und Brücken und Märkte. Zwar war der ganze Bereich seit etwa 1630 von einer gemeinsamen Umwallung umschlossen; aber ein Gemeinschaftsbewußtsein wuchs innerhalb dieser Befestigung doch nur sehr langsam. Von dem Freiheitssinn eines hanseatischen Bürgertums, der bei den Stadtgründungen Pate gestanden hatte, war nicht mehr viel geblieben. Der mit dem Großen Kurfürsten beginnende staatliche Absolutismus hatte ihn gebrochen, aber er hatte dieses Schicksal selbst heraufbeschworen, da er zu kleinlichem Eigennutz entartet war. Es gab nur wenige Ratsherren, die ihrer Stadt wirklich dienten, die meisten wollten an ihr verdienen. Der Buntscheckigkeit der Verwaltung und Rechtsprechung entsprach ein Wirrwarr in der Finanzwirtschaft. Es gab so viele Kassen, und bei den Einnahmen und Ausgaben herrschte solche Willkür, daß niemand recht zu sagen wußte, wie viele regelmäßige Einnahmen, wie viele Ausgaben und vor allem wie viele Schulden die Städte hatten. Der schwerfällige Verwaltungsapparat schleppte sich mühsam weiter, doch wollte sich niemand ernsthaft von ihm trennen. Viele Mißbräuche waren zu lieben Gewohnheiten geworden.

Da die Magistrate von sich aus keine Kraft zu Reformen aufbrachten, mußte der König eingreifen. Friedrich Wilhelm I., dem sparsamen Haushalter, waren diese Zustände ein Greuel. Er mußte sie ändern und tat es mit der Kraft seiner königlichen Autorität. Was er tat, würde man heute als Rationalisierung bezeichnen.

Ausgangspunkt für die Reform war das Finanzwesen, d. h. die Sanierung der Verwaltung. Schon 1718 hatte der König eine Untersuchung des „Rathäuslichen Wesens" angeordnet, und 1722 setzte er, da diese nicht vorankam, eine Kommission unter dem Vorsitz des Oberburggrafen Dietrich v. Tettau ein, der auch Vertreter der städtischen Räte, der Kaufleute und Mälzenbräuer angehörten. Sie hatte gegen die passive Resistenz aller derer anzukämpfen, die von einer Aufdeckung der Mißstände finanzielle Nachteile zu befürchten hatten. Als die städtischen Räte den König baten, keine „gefährlichen Veränderungen" vorzunehmen, und ihm einige tausend Taler, die noch vorhandene städtische Artillerie und städtischen Grundbesitz anboten, falls er auf Reformen verzichtete, antwortete dieser empört, die Herren sollten nicht vergessen, daß sie nur „Administratores der rathäuslichen und gemeinen Stadt Mittel, Geschützes und Dörfer" seien, „denen weder dergleichen Offerten noch Anfragen zu tun gebühret". Die Räte lenkten sofort ein und baten, die königliche Ungnade in Gnade zu verwandeln. Aus diesem Briefwechsel wird deutlich, daß es in Königsberg nicht nur um eine Finanzreform ging, sondern um eine neue Staatsmoral. Hatten die Räte die städtischen Finanzen fast wie ihre Privatangelegenheit betrachtet, so machte der König ihnen klar, daß das, was sie taten oder zu tun vorhatten, Korruption und Mißbrauch öffentlichen Eigentums zu privaten Zwecken war.

Der König greift ein

Inzwischen hatte Friedrich Wilhelm I. den entscheidenden Schritt zur Reform schon getan, indem er 1723 die Aufsicht über die Städte der ständischen Regierung entzog und der neu gebildeten königlichen Kriegs- und Domänenkammer übertrug. Wenige Tage nach der Konstituierung der Kammer setzte er eine neue Kommission ein, die unter dem Vorsitz des Kammerpräsidenten Johann Friedrich v. Lesgewang nicht nur die Mißstände untersuchen, sondern einen Plan ausarbeiten sollte, „wie dem Publico zum Besten die Vielheit der Jurisdiktionen aufgehoben und die Rathäuser kombiniert, auch die überflüssige Zahl der Rats- und Gerichtspersonen retranchiret werden könne".

Die Kommission hatte für ihre Arbeit zwei Vorbilder, die Vereinigung der fünf Berliner Städte Berlin, Cölln, Dorotheenstadt, Friedrichsstadt und Friedrichswerder 1709 und das soeben, am 18. März 1722, erlassene „Rathäusliche Reglement" für Stettin. Ein Regierungsrat Joachim Albrecht v. Laurens, der in der Stettiner Kommission mitgearbeitet hatte und das Vertrauen des Königs genoß, entwarf das Rathäusliche Reglement für Königsberg. Die Kommission prüfte zunächst die Finanzen der drei Städte, fand an den Rechnungen viel zu tadeln und ermittelte die Schulden auf 18 549 Taler Kapital und 23 531 Taler an nicht gezahlten Gehältern. Friedrich Wilhelm I. entschloß sich, die Schulden zu bezahlen, die Kapitalschulden ganz, die nicht gezahlten Gehälter allerdings nur zu einem Viertel. Dann stellte die Kommission den ersten Jahresetat für die vereinigten drei Städte auf, der 33 502 Taler an Einnahmen und 28 045 Taler an Ausgaben vorsah. Die letzte und wichtigste Antwort war ein „Plan des combinierten Königsbergischen Magistrats und des jedem Membro zuzuteilenden Amtes". Die Verkündigung der neuen Stadtverfassung am 28. August 1724 war ein feierlicher Akt.



Das Kneiphöfische Rathaus war bis 1926 Sitz der Stadtverwaltung — Foto Rudolph

Auf dem Altstädtischen Rathaus, wo bisher alle gemeinsamen Angelegenheiten der drei Städte behandelt worden waren, verlas der altstädtische Bürgermeister Zacharias Hesse den alten Magistraten das neue Reglement und beendete damit eine Epoche der Geschichte Königsbergs. Im Kneiphöfischen Rathaus verkündete der Kammerpräsident v. Lesgewang die Kombinierung der drei Städte zu einem Stadtmagistrat und gab die Namen der neuen Stadträte bekannt. Dann fuhren Lesgewang, die drei Bürgermeister und der Oberrichter Hieronymus Grube zum altstädtischen Rathaus und konstituierten dort das neue Stadtgericht.

An der Spitze des Magistrats standen fortan drei Bürgermeister; die alte Dreiteilung der Stadt wurde insofern weiter berücksichtigt, als jede Stadt einen Bürgermeister stellte. Dirigierender Bürgermeister der Gesamtstadt sollte der angesehene Großkaufmann und Kneiphöfische Bürgermeister Christoph Ägidius Negelein werden, der das Vertrauen des Königs genoß, doch verzichtete dieser auf das Amt. So wurde Hesse der erste Königsberger Oberbürgermeister; er war zugleich Hofgerichtsadvokat und Professor an der Universität. Der Magistrat war so reichlich besetzt, daß Friedrich der Große bei einer späteren abermaligen Reform sagen konnte, daß von den Stadträten „eine ganze Provinz mit weise Ratschläge überströmt werden" könne. Es gab 16 ordentliche Stadträte, die auch Senatoren genannt wurden, und 6 senatores supernumerarii, dazu 4 Kreisrichter; Justiz und Verwaltung waren damals noch nicht getrennt. Von den Stadträten waren fünf Professoren, und mehrere standen als Räte in anderen Kollegien im königlichen Dienst. Die Großbürger und Kaufleute, die bisher den städtischen Rat gebildet hatten, waren in der Minderzahl. Der wichtigste Mann der Verwaltung war und blieb der Stadtsekretär Melchior Lübeck und sein Nachfolger Heinrich Bartsch waren gelehrte Männer und große Bücherfreunde und führten die Tradition der gelehrten Stadtschreiber in guter Weise weiter.

Infolge der Vereinigung der drei Städte mußten auch die Rathäuser anders genutzt werden als bisher. Der Magistrat bezog das Kneiphöfsche Rathaus; es blieb die Zentrale der Stadtverwaltung bis zum Jahre 1926. In das altstädtische Rathaus kam das Stadtgericht (bis 1879). Das löbenichtsche Rathaus wurde vermietet. Die Stadtkämmerei bezog den kneiphöfschen, später den altstädtischen Junkerhof.

Die Gesamtstadt erhielt den Titel Königlich Preußische Haupt- und Residenzstadt Königsberg und ein neues Wappen, das die Wappen der drei alten Städte unter dem Schutz des preußischen Adlers mit der Herzogskrone auf dem Kopf und der Königskrone unter den Initialen Friedrich Wilhelms auf der Brust vereinigte. Es war zunächst nur als Siegel im Gebrauch und wurde erst 1906 als Stadtwappen amtlich eingeführt.

Die Gesamtstadt Königsberg umfaßte nur die drei alten Städte mit ihren Freiheiten. Das Schloß und die königlichen Freiheiten blieben außerhalb. Sie kamen erst mit der Städteordnung von 1809 zur Gesamtstadt. Nur die Jurisdiktion wurde auf die ganze Stadt ausgedehnt. Dem aus 14 Schöffen und dem Stadtrichter bestehenden Stadtgericht unterstanden sämtliche Freiheiten, doch blieb das oberburggräfliche Amt mit eingeschränkten Befugnissen bestehen, und die Freiheiten behielten insofern eine gewisse eigene Gerichtsbarkeit, als sie in vier Kreise eingeteilt wurden, die je einem Kreisrichter aus der Zahl der außerordentlichen Stadträte unterstanden. Hatte bisher jede Stadt ihren eigenen Galgen gehabt, so wurden durch die Zusammenlegung der Gerichte zwei Galgen überflüssig. Bestehen blieb nur der löbenichtsche Galgen vor dem Roßgärter Tor. Der Straßenname „Am Hochgericht" erinnerte bis 1945 daran.

Verschärfte Dienstaufsicht

Die Finanzgebarung der Stadt wurde zwar gestrafft und die Dienstaufsicht verschärft, doch blieb eine Vielzahl von Kassen nebeneinander bestehen. Eine Stadthauptkasse wurde erst 1814 eingerichtet.

Mit dem 28. August 1724 begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte Königsbergs. Manche Einrichtungen, die seit der Gründung der Stadt bestanden hatten, hörten auf; aber es waren wohl nur wenige, die dem Vergangenen nachtrauerten. Die alte Bürgerfreiheit war durch Mißbrauch entartet, und die neue Zeit brachte zwar weniger Freiheit, aber auch weniger Mißbrauch. Sie brachte Pflichttreue, Gerechtigkeit, Fleiß, Ordnung und Sparsamkeit für jedermann, Tugenden, die das Fundament des preußischen Staates bildeten. Freilich wurde die Beseitigung der patrizischen Cliquenwirtschaft erkauft mit einer scharfen, oft lästigen Kontrolle durch die staatlichen Behörden, deren Anordnungen der Magistrat auszuführen hatte; aber man wußte, daß die Kontrollen nicht Schikane waren, sondern dem gemeinen Besten dienten. Die Bürgerschaft ging durch eine harte Schule, aber am Ende begann eine neue Epoche bürgerlicher Selbstverwaltung mit der Städteordnung, die am 19. November 1808 in Königsberg verkündet wurde.

*

(Aus „Der redliche Ostpreuße" 1974, Verlag Gerhard Rautenberg, Leer)



Zeugen Königsberger Kaufmannsgeistes: Alte Speicher am Hundegatt — Foto Zangemeister

Flüchtlinge:

Künftig keine Verrechnung mehr

Jetzt Überweisung von Unterhaltszahlungen und Zahlungen aus Sperrguthaben in der „DDR"

Bonn — Die mit der „DDR" geschlossenen Transferverbindungen sind am 14. Mai im Bundesgesetzblatt bekanntgemacht worden. Ergänzend dazu teilt das Bundesministerium der Finanzen mit:

Die Vereinbarung über den Transfer von **Unterhaltszahlungen** dient der Vereinfachung und der Beschleunigung von Zahlungen aus der Bundesrepublik Deutschland in die „Deutsche Demokratische Republik" und aus der „Deutschen Demokratischen Republik" in die Bundesrepublik Deutschland. Damit entfällt das bisherige komplizierte Verrechnungsverfahren zwischen den Jugendämtern der Bundesrepublik und den Referaten Jugendhilfe der „DDR". In Zukunft können Unterhaltszahlungen über die örtlichen Geld- und Kreditinstitute erfolgen. Der zu transferierende (zu überweisende) Betrag wird von den Geld- und Kreditinstituten an die Deutsche Bundesbank und von dort über die Staatsbank der „DDR" an den Begünstigten weitergeleitet. Dem Begünstigten wird der transferierte Betrag in gleicher Höhe in Mark der „DDR" gutgebracht.

Entsprechendes gilt für Zahlungen aus der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland. Unterhaltszahlungen können grundsätzlich in Höhe der familienrechtlich begründeten Verpflichtungen transferiert werden. Gegenüber minderjährigen Unterhaltsberechtigten gilt dies ohne Einschränkung; bei volljährigen Unterhaltsberechtigten bedarf es — soweit nicht Gerichtsentscheidungen vorliegen — einer Prüfung der Voraussetzungen des Unterhaltsanspruchs.

Außer Unterhaltszahlungen können gemäß der Vereinbarung auch bestimmte Schadenersatzzahlungen, die aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen unmittelbar an den Verletzten oder dessen Hinterbliebene zu leisten sind, transferiert werden.

Gemäß der Vereinbarung über den Transfer aus **Sperrguthaben** können erstmals Überweisungen auch aus der „DDR" in die Bundesrepublik erfolgen.

Entsprechend dem Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag mußten vorrangig soziale Gesichtspunkte beachtet werden. Vorgesehen sind Überweisungen in beiden Richtungen bis zu 200 DM (bzw. Mark der „DDR") monatlich, sofern die Einkünfte des Kontoinhabers vorwiegend aus einer Altersversorgung, einer Invaliditätsrente und/oder aus Sozialhilfen bestehen. Minderjährige Vollwaisen können in gleicher Höhe über ihnen zustehende Sperrguthaben verfügen.

Das Gesamtvolumen des Transfers kann im ersten Jahr der Geltung der Vereinbarung nicht mehr als 30 Millionen DM bzw. Mark der „DDR" betragen; insgesamt können die Überweisungen aus dem einen Staat nicht höher sein als die Überweisungen aus dem anderen Staat.

Nicht unter die Vereinbarung fallen in der „DDR" bestehende Grundstückskonten, die aus Grundstückserträgen (z. B. Miete oder Pacht) herrühren; gleiches gilt für Konten, die aufgrund von „DDR"-Bestimmungen beschlagnahmt oder enteignet sind oder unter staatlicher Zwangsverwaltung stehen; dieser Komplex konnte wegen der unterschiedlichen Rechtsposition zu Vermögensfragen nicht geregelt werden.

Als Faustregel kann vorerst gelten: Personen, die legal von der „DDR" in das Bundesgebiet bzw. nach West-Berlin verzogen und heute Rentner und Pensionäre sind, sollten einen Antrag stellen, sofern in der „DDR" noch Konten — außer Grundstückssperrkonten — bestehen.

Die Transferaufträge werden bei den örtlichen Geld- und Kreditinstituten zu stellen sein. Der Kontoinhaber wird zum Nachweis seiner Transferberechtigung zu versichern haben, daß seine Einkünfte vorwiegend aus einer Altersversorgung usw. bestehen.

Die Aufträge werden von der Deutschen Bundesbank über die Staatsbank der „DDR" an das kontoführende Geld- und Kreditinstitut der „DDR" weitergeleitet, soweit es das eröffnete Transfervolumen gestattet. Die Überweisung wird dann vom kontoführenden Institut in der „DDR" im Rahmen des jeweils verfügbaren Guthabens veranlaßt. Der Kontoinhaber in der Bundesrepublik erhält den transferierten Betrag in gleicher Höhe in Deutscher Mark.

Entsprechendes gilt für den Transfer von Zahlungen aus Guthaben in der Bundesrepublik in die „DDR".

Das neue Verfahren für den Transfer von Unterhaltszahlungen und Zahlungen aus Sperrguthaben wurde ab 1. Juni eröffnet. Der Text der Vereinbarungen ist im Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 24 Seite 621 veröffentlicht.

Das Bundesfinanzministerium beabsichtigt die Herausgabe eines Merkblatts, das nähere Einzelheiten enthalten wird. Das Merkblatt sowie die für den Transferauftrag erforderlichen Formulare werden nach Fertigstellung über die Geld- und Kreditinstitute erhältlich sein.

Zusätzliche Informationen können zu gegebener Zeit die Geld- und Kreditinstitute sowie die zuständigen Landeszentralbanken oder deren Zweigstellen erteilen.

Walter Haack

Lastenausgleich:

Hauptentschädigung erhöhen!

Minimalforderung — Soziale Vertriebenenpolitik der Opposition

Bonn — Zur psychologischen Vergangenheitsbewältigung in unserem Lande gehört es auch, die Probleme der Vertriebenen als politische Aufgabe der Vergangenheit abzudrängen. Sie passen nicht zum Bild der „Lebensqualität". Von „Lebensqualität" wird man aber erst sprechen können, wenn alle Menschen in unserem Lande eine „Lebensgrundlage" haben. Viele Vertriebene haben diese Lebensgrundlage immer noch nicht. Daß es bei den Vertriebenen und Flüchtlingen nicht zu palästinensischen Verhältnissen gekommen ist, ist dem Leistungssystem des Lastenausgleichs zu danken. Das bisherige Volumen von 90 Mrd. DM ist aber nur teilweise den unmittelbar Geschädigten zugute gekommen: der Anteil der Hauptentschädigung beträgt nur rund 19 Mrd. DM. 70 Mrd. DM wurden zur Förderung des Wohnungsbaus, der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Industrie zum Wiederaufbau verwendet, kamen also der Allgemeinheit zugute.

Die sozialen Probleme der Vertriebenen werden erst dann als einigermaßen bewältigt angesehen werden können, wenn folgende Regelungen erreicht sind:

1. Die Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe und Entschädigungsrente) müssen zu einer echten Altersversorgung ausgebaut werden. Dabei ist eine Anhebung des Rentenniveaus außerhalb der jährlichen Anpassung dringend erforderlich. Die geltenden Anrechnungsbestimmungen müssen verbessert werden, das heißt, daß sonstige Einkünfte, zum Beispiel aus Sozialversicherungsrenten, in einem geringeren Maße als bisher anzurechnen sind.

2. Die Hauptentschädigung muß zumindest für die Vertriebenen, denen auf Grund ihres Alters wegen der Ostverträge die Aussicht auf Erlangung von Schadenersatz von den Schädigern genommen ist, kräftig erhöht werden. Man muß endlich dem Gedanken nahe treten, daß die öffentliche Hand gegen Abtretung der Ansprüche eine echte Entschädigung vornimmt. Die jetzige Regierungskoalition hat bei ihrem Vermögensbildungskonzept, das einem „Lastenausgleich" von der Abgabenseite her nahe kommt, nicht daran gedacht, daß — sofern man diese Regelung bejaht — hier die Möglichkeit gegeben wäre, vorweg diejenigen, die unverschuldet Vermögen verloren haben, zu entschädigen. Auch wenn man im Sinne des Lastenausgleichs die Leistungen als Ausgleich der entgangenen Nutzungsmöglichkeiten ansieht, klafft noch eine erhebliche Lücke: Einem Nutzungsverlust von insgesamt 280 Mrd. DM bis 1973 steht eine Entschädigung von 19 Mrd. DM gegenüber! Dabei ist die ständige Entwertung der Hauptentschädigung durch die Preis- und Kostenentwicklung noch nicht in Rechnung gestellt.

Zur Zeit droht die Gefahr, daß die Vertriebenen endgültig auf eine Erhöhung der Hauptentschädigung deshalb verzichten müssen, weil die geplante — und zu begrüßende — Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge mit den Vertriebenen zu Lasten des Ausgleichsfonds gehen soll.

Eingliederung der Landwirte

3. Die Stichtagsregelungen im Lastenausgleich müssen harmonisiert werden. Es ist nicht einzusehen, warum jemand von der Entschädigung ausgeschlossen sein soll, der nach dem Stichtag des 31. Dezember 1964 seinen Aufenthalt im Bundesgebiet genommen hat oder dessen Erblasser nach diesem Stichtag in Mitteldeutschland verstorben ist.

4. Das 1969 beschlossene Programm zur Eingliederung der Landwirte durch Schaffung von jährlich 4000 landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstellen bis 1974 ist nicht zeitgerecht erfüllt worden. Die Absicht, die dadurch entstandenen Mittelüberschüsse auf den Wohnungsbau zu übertragen, haben die CDU/CSU-Mitglieder in der letzten Sitzung des Kontrollausschusses beim Bundesausgleichsamt vereiteln können.

5. In der allgemeinen Rentenversicherung müssen die Vertriebenen insofern gleichgestellt werden, als die nur glaubhaft gemachten Beitrags- und Beschäftigungszeiten voll berücksichtigt werden bei der Rentenberechnung. Den ehemals Selbständigen müßten aus dem Lastenausgleich Darlehen gewährt werden, damit sie freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nachentrichten können. Hierzu ist auch ein Gesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg vor, der jedoch von der Bundesregierung voraussichtlich abgelehnt werden wird.

Dies sind Minimalforderungen, die die CDU/CSU im Interesse einer sozialen und nationalen Gerechtigkeit für die Vertriebenen vertritt.

Dr. Fritz Wittman MdB

Gesetz 131 GG:

Ungerechtigkeiten und Härten

Appell des Kyffhäuser-Soldatenbundes an die Bundesregierung

Rotenburg (Wümme) — Die Jahreshauptversammlung des Deutschen Soldatenbundes Kyffhäuser (DSBK), dem zahlreiche Ostpreußen angehören, hat am vergangenen Wochenende in zwei einstimmig angenommenen Resolutionen zur Kriegsfolgegesetzgebung und Wiedergutmachung sowie zur Frage der Grundfreiheiten für alle Deutschen Stellung genommen.

Die erste Entschließung befaßt sich mit dem Beschluß der Bundesregierung, der am 6. März dem Innenausschuß des Bundestages unterbreitet wurde, 30 Jahre nach Kriegsende keine weiteren Maßnahmen auf den Gebieten des Kriegsfolgesetzes und der Wiedergutmachung mehr zu treffen. Der Innenausschuß hat von dieser Entscheidung lediglich Kenntnis genommen.

Da bei der Verabschiedung der 4. Novelle zum Gesetz gemäß Artikel 131 GG im Jahre 1965 alle Fraktionen des Bundestages die Notwendigkeit weiterer Verbesserungen anerkannt und in den folgenden Jahren entsprechende Anträge gestellt haben, hat der obige Beschluß der Bundesregierung bei den Mitgliedern der für diese Personengruppe wirkenden Verbände die Glaubwürdigkeit der Regierungsparteien erschüttert. Die Entschließung weist ferner darauf hin, daß der Beschluß der Bundesregierung auch dem von der Koalitionsregierung im Februar 1971 vorgelegten sogenannten Härtebericht, in dem die Härten aufgezeigt werden, widerspricht.

Der DSBK appelliert deshalb in dieser Resolution nachdrücklich an die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode, durch eine Novelle zum Gesetz gemäß Artikel 131 GG mit gebotener Dringlichkeit die größten Ungerechtigkeiten und Härten zu beseitigen. In einer weiteren Entschließung stellt sich die Bundesversammlung des DSBK hinter eine Resolution des Bundes der Mitteldeutschen, in der die Fraktionen des Bundestages und die Bundesregierung aufgefordert werden, sich mit allen politischen Mitteln für die Verwirklichung der menschlichen Grundfreiheiten in der „DDR" einzusetzen.

Mit großer Sorge, so wird ausgeführt, beobachteten die Menschen im geteilten Deutschland, wie sich die „DDR"-Regierung vor aller Welt als Hüterin der Menschenrechte ausgebe, in Wirklichkeit aber den Bürgern in der „DDR" fundamentale Freiheitsrechte vorenthalte. Die Enttäuschung darüber, daß die Bundesregierung diesen Tatbestand noch nicht der „DDR"-Regierung als vertragswidriges Verhalten notifiziert habe, wachse ständig.

Die zunehmend unüberhörbaren Rufe der Wortführer freiheitlicher Bewegungen aus dem Osten forderten uns auf, mutig gegen Gewalt und Unterdrückung zu protestieren und nicht nachgiebig zu sein, wo schärfere politische Mittel wirksam eingesetzt werden könnten. Solche Mittel seien:

1. die beharrliche Aufforderung an die „DDR"-Regierung, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, die sie mit dem Beitritt zur UNO und zu dem internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte übernommen habe —

2. das ständige Bemühen der Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland, auf der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) zusammen mit den Ländern der freien Welt an der Forderung nach „freier Bewegung für Menschen, Ideen und Informationen in ganz Europa" entgegen dem Druck Moskaus, festzuhalten —

3. die nachhaltige Bereitschaft der Bundesregierung, alle politischen Möglichkeiten zu nutzen, der weiteren Entwicklung in den Vereinten Nationen neue Impulse zu geben mit dem Ziel, die Durchsetzung der Menschenrechte international zu sichern —

4. die vernehmliche Unterstützung einer weltweiten Organisation des Willens zur Verwirklichung der Menschenrechte, wozu die Luzerner Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung in Europa kürzlich ein Signal gesetzt habe.

Die Resolution schließt mit der Feststellung, daß es ohne Herstellung menschlicher Grundfreiheiten in ganz Deutschland und in ganz Europa keine Entspannung und keinen dauerhaften Frieden geben könne und ruft alle Deutschen auf, sich für diese humanen Ziele im Interesse der Menschen nachhaltig einzusetzen.

F. D. K.

Bestätigungen

Wer kann bestätigen, daß Fritz Otto Ebert, aus Königsberg, Kanzlerstraße 2, von etwa 1918 bis 1921 bei einer Eisenhandelsfirma, deren Name nicht bekannt ist (der Lehrherr hieß Sebrasse und wohnte in der Dinterstraße 1), als Lehrling beschäftigt gewesen ist? Anschließend hat er bei seinem Vater, Friedrich Ebert, Königsberg, Sattlergasse 9/10, gearbeitet.

Wer kann bestätigen, daß Helmut Gerhardt, aus Tilsit, Clausiusstraße 11, vom 1. Juni bis 30. September 1932 als Drogist in einem Drogeriebetrieb in der Nähe von Potsdam (Name des Arbeitgebers ist nicht mehr bekannt) tätig gewesen ist?

Wer kann bestätigen, daß die orthopädische Klinik in Allenstein, Fischergasse 1, nach Kriegsausbruch eine Zeitlang als Lazarett genutzt wurde?

Wer kann bestätigen, daß Martha Kutz, verehel. Czesla, aus Angerburg, Wiesenstraße 12, vom 1. Juli 1927 bis 31. März 1929 als Hausmädchen bei Familie Gustav Görke, Perlswalde, Kreis Angerburg, beschäftigt gewesen ist? In erster Linie wird Gerhard Schidauski, aus Perlswalde, gesucht.

Wer kann die nachstehend aufgeführten Arbeitsverhältnisse des Fritz Naujoks, geb. 1912 in Naujehnen, Kreis Goldap, bestätigen? 1. Oktober 1927 bis September 1929 Schmiedelehrling in Rapude, Jesziorken, Kreis Goldap; 1. Oktober 1929 bis 31. März 1933 und vom 2. November 1934 bis 18. August 1939 beim Remonteamt Vorwerk Wolken, Kr. Angerburg, als Geselle; 1. April 1933 bis 31. Oktober 1934 Wehrdienst.

Wer kann bestätigen, daß Rosemarie Schultzki, verehelichte Stuhrmann, geb. 18. November 1907, aus Klotainen, Kreis Heilsberg, von 1922 bis 1930 wie folgt beschäftigt gewesen ist? Gärtnermeister Ott, Heilsberg; Landwirt Prothmann, Blankensee, Kreis Heilsberg; Landwirt Schmidt, Roggenhausen, Kreis Heilsberg.

Wer kann bestätigen, daß Lieselotte Susa, verehelichte Kriehn, zuletzt wohnhaft gewesen in Pr.-Eylau, von Sommer 1943 bis Ende Februar 1945 von der Kreisbauernschaft Pr.-Eylau als Milchviehkontrollassistentin in der Umgebung von Pr.-Eylau beschäftigt wurde?

Zuschriften erbittet die Geschäftsführung der Landsmannschaft Ostpreußen, Abteilung Suchdienst, 2 Hamburg 13, Postfach 8047.

Auskunft wird erbeten über ...

... die Gebrüder Richard, Franz und Willi Borchert, aus Weidehnen, Kr. Fischhausen, oder Marie Borchert, verehelichte Neumann, aus Königsberg-Juditten. Die Genannten werden in einer Rentenangelegenheit als Zeugen gesucht.

... Bernhard Kempa, geb. 28. November 1928, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg. Er wurde im März 1945 zusammen mit Josef Kretschmann und Bauer Emil Putzich von den Sowjets aus Raschung, Gutshof v. Platten, Kreis Rößel, verschleppt und ist zuletzt im April 1945 im Sammellager Pr.-Eylau gesehen worden.

... Ralf Pempelfort, geb. 13. Dezember 1927, Schüler der Burgschule Königsberg. 1944 wurde er als Luftwaffenhelfer eingesetzt und am 18. Januar 1945 zum Kriegsdienst, 1. Ausb.-Komp., Gren.-Ersatz- und Ausbildungs-Bat. 1 in Braunsberg, Moltkekaserne, eingezogen. Sein Komp.-Chef war Leutnant Mohr. Er lag mit noch 16 ostpreußischen Kameraden in der Moltkekaserne und wurde dann höchstwahrscheinlich im Kampfkessel Balga-Heiligenbeil eingesetzt.

... Gertrud Schellung, geb. 1921, aus Wehlau. Es könnte möglich sein, daß sie verheiratet ist und einen anderen Namen trägt.

... Wer kennt Direktor Sebrasse, aus Königsberg, Dinterstraße 1, und kann Auskunft geben, bei welcher Eisenhandelsfirma er beschäftigt gewesen ist?

... Theodor Thiel, Oberstraßenmeister i. R., aus Heilsberg, Norkusstraße — Seeburger Chaussee, Haus gegenüber Landwirt Ziemen. Er wohnte im Hause seines Sohnes Konrad Thiel und gab die letzte Nachricht im März 1945 aus Heilsberg.

Zuschriften erbittet die Geschäftsführung der Landsmannschaft Ostpreußen, Abteilung Suchdienst, 2 Hamburg 13, Postfach 8047.

Recht im Alltag

Neues aus der Rechtsprechung

Kinderzuschuß muß an den Bezieher einer Erwerbsfähigkeitsrente auch dann weitergezahlt werden, wenn das über 18 Jahre alte Kind seine Ausbildung (hier wegen Schwangerschaft) für einige Monate unterbricht und auf die Unterhaltshilfeleistung durch den Vater weiterhin angewiesen ist. Der Kinderzuschuß dient nach einem Urteil des Bundessozialgerichts ja gerade dazu, dem Rentner die Unterhaltsleistung zu ermöglichen (BSG — RKn 34/71).

Zum Ärztlichen Notdienst können auch die sonst nicht zur Behandlung von Krankenkassenpatienten zugelassenen Mediziner herangezogen werden. Diese Regelung bedeutet keine Verletzung des Grundgesetzes (BSG — 6 RK a 30/73).

Der Zweimaster »Peyser Bulle II«

Hannes Gerber baute eigenhändig eine seegehende Jacht – In Lötzen lernte er Bootsbau

Nicht nur die erstaunlichen Energieleistungen von zwei Ostpreußen haben mich fasziniert, sondern auch die seltsamen Parallelen, die sich hier zeigen. Beide Männer waren aktive Offiziere, beide sind leidenschaftlich am Segeln und Eissegeln interessiert, beide haben noch in sehr reifem Alter Leistungen vollbracht, die auch jugendlicher Elan nur höchst selten schaffen dürfte. Daher gehören sie auch beide beim Ostpreußenblatt unter einen Hut — das heißt, auf eine Seite der Zeitung. **Markus Joachim Tidick**

Einen niedlichen kleinen Zweiliter-Kanister, TÜV-geprüft und mit hochprozentiger, aber dennoch trinkbarer Flüssigkeit gefüllt — schickte man ihm. Dieser Kanister war beklebt mit passenden, unfeinen Sprüchen wie:

Der Kapitän sei stets betrunken.
Daß Gott den Nüchternen erhört,
das ist erlogen und erstunken.
Meist ist es nämlich umgekehrt.

Oder:

Ein Bulle aus Peyse, im Wasser versteckt —
können Kühe gut schwimmen?
Wird da jetzt gedeckt?

Anlaß für solche und noch mehr Scherze war die Tatsache, daß zum zweiten Male ein Schiff, eine Segeljacht, auf den Namen „Peyser Bulle" getauft wurde. Um es den Lesern in Erinnerung zu rufen: der Peyser Bulle war ein Seezeichen im Frischen Haff, vor dem Dorf Peyse und am Anfang der Fischhauser Bucht gelegen. Als das zuständige Wasserstraßenamt einmal die Überholung dieses Seezeichens in den alljährlichen Ausgaben aufführte, kam vom Rechnungshof die Rückfrage, warum das Dorf Peyse sich einen Bullen halte, warum dieser angestrichen werden müsse, und wenn schon — warum mit roter Farbe...

So etwas — wie sagt man heute: background — sollten wir geben, ehe wir auf den Erbauer, Eigner und Kapitän des Schiffes zu sprechen kommen, auf Hannes Gerber. Ich muß vorausschicken, daß ich diesen Menschen seit langem kenne, daß er schon auf dem Kurischen Haff und in Angerburg einer meiner härtesten Eissegler-Gegner war. Von solchen Leuten weiß man ziemlich viel. Aber ich will — das bin ich seiner liebenswerten und hochsee-erfahrenen Frau Ruth schuldig (sie kocht immer Kaffee, wenn ich mal vorbeikomme) — nicht in seinem sogenannten Intimleben herumstochern.

Aber nun mal ernst: Johannes Gerber lernte in Lötzen Bootsbau, wurde dann bei den Pionieren aktiv, beendete sein militärisches Dasein mit dem doch recht stolzen Dienstgrad eines Oberstleutnants, hat aber nie die einst erlernten Fähigkeiten vergessen. Und er begann — weil sich sein Sinn auf die weite See richtete — vor mehreren Jahren, ein Boot zu bauen.

Daran baute er drei Jahre. Er baute allerdings noch ein zweites nebenbei, um die eigenen Kosten zu senken. Und in dem Schuppen arbeitete er zeitweise mit Gasmaske, weil er mit einem stinkenden und räuchernden Ölofen heizen mußte. Jeder Besucher zog sich schnell zurück — weil er keine Gasmaske hatte — aber er bewunderte den Hannes. Der freilich fiel immer mehr vom Fleisch, wie man so schön sagt, und als er noch dazu schwor, sich nicht mehr bis zur Beendigung des Baues zu rasieren, da wurde aus ihm — so möchte ich sagen — ein Gespenst aus Energie, Knochen und Haaren.

Na schön, das ist alles fast vergessen, Hannes hat das Boot ein paar Jahre auf See gesegelt und es dann verkauft, um sich ein neues zu bauen, an dem er nun seit dreieinhalb Jahren gebastelt hat.

Ich glaube nicht, daß irgend jemand — außer den wirklichen Fachleuten — ermessen kann, was es bedeutet, ganz allein eine seegehende Jacht von 9,60 Meter Länge und rund drei Meter Breite zu bauen, noch dazu in einem Schuppen, in dem rundherum nur ein Meter Platz ist und in dem das Dach so niedrig liegt, daß man den Kopf einziehen muß, wenn man an Bord steigen will. Hannes hat das Schiff über Kopf geplankt, das heißt mit dem Kiel nach oben. Dann mußte es aus dem engen Futteral des Schuppens herausgezogen, draußen umgedreht und wieder hineingebracht werden, damit der Innenausbau und die Aufbauten gemacht werden konnten. Alles allein, bis auf das Umdrehen draußen. Und wenn man Hannes fragt, was denn wohl das Schwierigste bei dieser Ein-Mann-Arbeit war, dann ist das nicht das Fehlen weiterer Hände beim Zupacken, Leimen usw. gewesen, sondern das Fehlen der Hand, die einem im rechten Augenblick etwas zureicht.

Na, Schwamm drüber, Schwamm drüber, die hierbei aufgebrachte Energie ist jedenfalls sagenhaft. Auch Einzelteile, Beschläge aus Niro zum Beispiel, die reiche Leute mit leichter Hand kaufen, hat Gerber selbst fabriziert, wenn er auch diesmal — im Gegensatz zum vorigen Boot — darauf verzichtete, auch noch Intarsien-Arbeiten auf den Schottwänden anzubringen. Dafür aber wurde das ganze Schiff mit Kunststoff überzogen, die Farbe ist leuchtend blau. Deck und Innenausbau aus Teakholz, das er günstig von einer Firma erhielt, die ein großes Passagierschiff abgewrackt hatte. Als das Schiff schon in Schilksee im Wasser lag, waren Hannes und Fritzchen — das ist sein Sohn Friedrich — immer noch dabei, harte Drahtspleiße zu machen und an allen Ecken die gelungene Arbeit zu vollenden. Die Taufe auf den Namen „Peyser Bulle II" konnte erst später erfolgen.



Ehe das Schiff in See gehen kann, gibt es noch eine Menge Arbeit an Bord — Sohn Friedrich hilft dem Vater

Nun liegt da eine stolze Ketsch, das heißt ein Zweimaster, der von Hannes Gerber selbst konstruiert und so gebaut ist, daß er auch von einem Mann gesegelt werden kann. Das Schiff ist stark genug, um auf allen Weltmeeren zu laufen, und wenn es einen Sommer auf der Ostsee hinter sich hat, wird es wohl den Kurs auf fernere Ziele abstecken. Vielleicht nach Süden, vielleicht aber auch — weil Frau Ruth daran mehr interessiert ist — nach Norden, zu dem aufregenden Felsenrevier Islands.

Wohin auch immer, „Peyser Bulle": Mast- und Schotbruch!



Die stolze Zweimastjacht nach dem Stapellauf im Jachthafen von Kiel-Schilksee



Wieder stolzer Kapitän, aber noch in Arbeitsplünnen: Hannes Gerber. Fotos Tidick

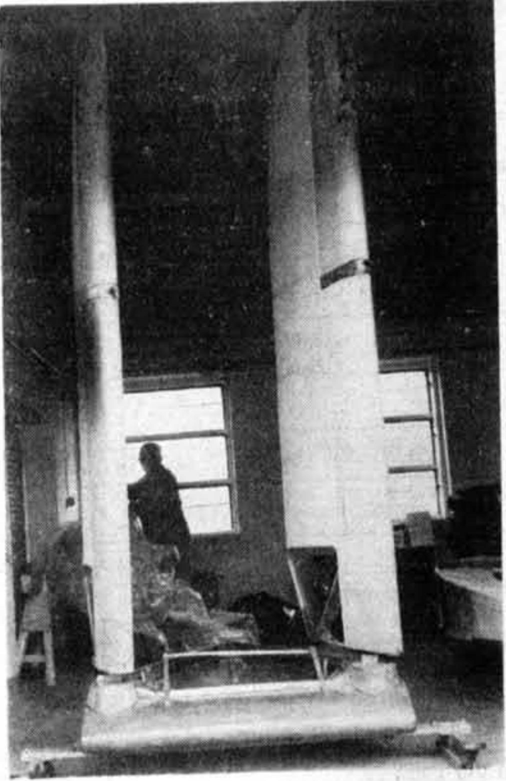
Die »Ostpreußen-Störche« von Segeberg

Der achtzigjährige Detlev Storch und seine Eisjacht – Auf engstem Raume selbst gebaut

Es war einmal ein Mann, der tauchte bei den deutschen Eissegelmeisterschaften in Angerburg mit einer Eisjacht auf, die zwei Profilsegel hatte. Profilsegel heißt, daß so ein Fahrzeug statt des üblichen Tuchsegels eine Art Flugzeug-Tragfläche trägt. Der Mann war Detlev Storch, Sohn des bekannten Kunstmalers Prof. Karl Storch, als aktiver Offizier damals Kommandant des Seefliegerhorstes Neutief auf der Frischen Nehrung. Er und sein Bruder, der auch Karl heißt, wie der Vater — und ebenfalls erfolgreicher Maler ist wie sein Vater — die beiden Storchensöhne also waren stets am Segeln und Eissegeln interessiert und sehr experimentierfreudig. Auch von Karl Storch junior stammen originelle Konstruktionen.

Detlev Storch war weder der erste noch der einzige, der mit starren Segeln in Angerburg aufkreuzte; es gab mehrere solcher Schlitten, alle nach anderen Konstruktionsprinzipien gebaut. Aber dies soll ja kein Kolleg über Eisjacht-Konstruktionen werden. Nutznießer der hochmodernen und nur in Estland und Deutschland vorangetriebenen Entwicklung sind ohnehin schließlich nur die Russen geworden, die alle Vorbilder bei uns fanden und danach eine ganze Flotte superschneller Eisjachten mit starren Flächen bauten.

Nein, es geht hier um etwas ganz anderes. Detlev Storch nämlich, vor kurzem achtzig Jahre alt geworden, hat jetzt noch einmal eine Eisjacht mit eigener Hand gebaut — natürlich mit zwei Profilsegeln, wie damals. Aber damals hatte er die bestens ausgerüsteten Werkstätten des Seefliegerhorstes zur Verfügung; heute baut er mehr oder minder allein in der kleinen Werkstatt, die er sich in Bad Segeberg eingerichtet hat. Wenn man fragt, woher ein ehemals aktiver Offizier diese handwerklichen Talente hat, dann erfährt man, daß Detlev Storch zunächst Schiffbau studierte und sein Praktikum bei der Kaiserlichen Werft in Danzig absolvierte. Einiges an Praxis hat er da wohl mitbekommen, obwohl er das Studium abbrach und Soldat wurde, und obwohl auf der Kaiserlichen sicher nicht die Rede von der Flugzeugbauweise war, die für die eleganten Profilsegel gebraucht wird. Erstaunlich ist, daß ein Mann von achtzig Jahren noch die Absicht hat, die ersten Fahrten mit dieser Eisjacht zu machen — den Segeberger See hat er ja fast vor der Tür.



Auf engstem Raum baute Detlev Storch diese schnittige Eisjacht — eine Kleinausgabe der schon in der Heimat verwendeten Konstruktion

Detlev Storch

Aber erstaunlich ist auch schon sein Aufbau nach dem Krieg. Die Storchenfamilie in Segeberg besteht aus Vater Detlev, Frau Käthe und den beiden Söhnen Detlev (46) und Klaus (45). Als der Vater Ende 1946 aus der Gefangenschaft kam, begann er Geld zu verdienen mit kunstgewerblichen Arbeiten aus Messing und Holz — noch heute hängen eindrucksvolle Beweise dieser Kunstfertigkeit im eigenen Wohnzimmer. Dann begann man Fahrräder zu reparieren, dann Motorräder, dann Autos. Zu dem heutigen Betrieb, der den Söhnen ganz übertragen wurde, gehören außer der Werkstatt zwei Tankstellen und die Vertretung von zwei großen Autofirmen.

Aber auch die Söhne segeln; alle drei „Störche", so könnte man sagen, gehören zu den Stützen des örtlichen Segelvereins. Mit den Fahrzeugen ihres Betriebs transportieren sie die Boote zum und vom See. Detlev Storch baut so nebenbei auch noch Boote um, und wer im Club ein Wehwehchen mit seinem Kahn hat, der kommt nicht selten zunächst einmal zu Storch. Der wird schon helfen — so denkt man.

Ja, das ist so in aller Kürze die Storch-Story. Ich muß gestehen, daß mir die Kürze besonders schwergefallen ist, man möchte, wenn man solch einen Mann schon so lange kennt, nur zu gerne immer mehr erzählen. Aber man möchte auch noch etwas anderes, wenn man ihn jetzt besucht hat: mit Achtzig noch so unternehmungslustig sein wie er...

Wir gratulieren...

zum 95. Geburtstag

Gnass, Otto, aus Preußisch-Eylau, jetzt 3 Essen-Steele-Horst, Horster Straße 33, am 24. Juni

Ostrika, Johann, aus Pillau II, Fischerstraße, jetzt 303 Walsrode, Quintusstraße 33, am 24. Juni

Unger, Friedrich, aus Gut Rohden, Kreis Bartenstein, jetzt 43 Essen-Borbeck, Schölerpfad 156 (bei Familie Gerwinski, am 28. Juni

zum 94. Geburtstag

Skarzinski, Anna, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt 2345 Hohenwestedt, Rendsburger Straße 45, am 30. Juni

zum 90. Geburtstag

Slorzinski, Anna, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt 463 Bochum, Herner Straße 8, am 29. Juni

zum 89. Geburtstag

Krenczek, Martha, geb. Kutrieb, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt 763 Lahr (Schwarzwald), Bismarckstraße 9, Altersheim, am 28. Juni

Messerschmidt, Minna, verw. Dembski, aus Lyck, jetzt 46 Lütgendortmund, Harpener Hellweg 427, am 27. Juni

Oswald, Magdalena aus Masehnen, Kreis Angerburg, jetzt 625 Limburg (Lahn), Flüchtlingsdienst, am 27. Juni

zum 88. Geburtstag

Mannke, Heinrich, aus Königsberg, Tragheimer Pulverstraße 42, jetzt 244 Oldenburg, Kurzer Kamp 15, am 26. Juni

Spitzki, Berta, geb. Schwede, aus Güldenboden, Kreis Mohrungen, jetzt bei ihrer Tochter Erna Gröhner, 3151 Peine-Dungelbeck, Am Anger 109, am 19. Juni

zum 87. Geburtstag

Ehlert, Bruno, Postmeister, aus Pillau I, jetzt 2 Hamburg 13, Oberstraße 18 a, am 30. Juni

Jäkel, Ella, geb. Felchner, aus Angerburg, jetzt 43 Essen, De-Wolf-Straße 16, am 30. Juni

zum 86. Geburtstag

Beister Helene, aus Tilsit, Bismarckstraße 15, jetzt 2 Hamburg 26, Horner Weg 29 d, am 26. Juni

Hofer, Gustav, aus Weidenfließ bei Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, zu erreichen über seine Tochter Elsbeth Schiller, geb. Hofer, 4152 St. Hubert bei Kempen, Bartzheide 25, am 28 Juni

Pawellek, Karl, aus Ruttkau, Kreis Ortelsburg, jetzt 213 Rotenburg (Wümme), Rönnebrocksweg 26, am 14. Juni

Torrek, Fritz, aus Pillau II, Fort Stiehle, jetzt 2355 Wankendorf, am 30. Juni

zum 85. Geburtstag

Buksa, Regina, geb Kowalzik, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt 5 Köln 91, Gremberger Straße 239, am 29. Juni

Krüger, Luise, geb. Walpuski, aus Erben, Kr. Ortelsburg, jetzt 5 Köln 41, Sülzgürtel 12, am 26. Juni

Lill, Fritz, aus Grasberg, Kreis Goldap, jetzt 428 Borken-Gemen 1, Ostlandstraße 34, am 19. Juni

Littek, Marie, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, jetzt 565 Solingen, Sperlingsweg 23, am 27. Juni

Weiß, Anna, geb. Ritter, aus Gembalken, Kreis Angerburg, jetzt 6407 Schlitz (Hessen), An der Kirche 5, am 27. Juni

zum 84. Geburtstag

Baudeck, Ida, aus Pillau I, Lotsenstraße 6, jetzt 237 Rendsburg, Am Seekenbek 14, am 25. Juni

Gotzheim, Peter, aus Gilgenau, Kreis Ortelsburg, jetzt 4421 Legden, Kreis Ahaus, Schlesierstraße 28, am 29. Juni

zum 83. Geburtstag

Böhm, Hermann, aus Tapiau, jetzt 402 Mettmann, Lönsweg 55, am 28. Juni

Goetz, Johann, aus Groß-Wilmsdorf, Kr. Mohrungen, jetzt 3251 Hachmühlen, In der Sandkuhle 23, am 24. Juni

Madevka, Max, aus Lyck, jetzt 422 Dinslaken, Weststraße 55, am 28. Juni

Rohde, Auguste, aus Lyck, jetzt 3016 Seelze, Südstraße 14, am 27. Juni

Wedel, Helene, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt 8542 Roth, Altersheim, am 30. Juni

zum 82. Geburtstag

Brandt, Paul, aus Neudims, Kreis Rößel, jetzt 871 Kitzingen (Main), Mainbernheimer Straße 33, am 25. Juni

Fabian, Emma, geb. Alff, aus Marinovo, Kr. Strelno, und Zinten, Brotbänkenstraße 23, jetzt 1 Berlin 42, Bacharacher Straße 17/19 (bei Thews), am 14. Juni

Schwikowski, Friedrich, aus Angerburg, jetzt 483 Gütersloh, Hofbreda 29, am 28. Juni

zum 81. Geburtstag

Bollin, Otto, aus Hanswalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt 23 Kiel 1, Krummbogen 82, Henry-Dunand-Heim, am 28. Juni

Eder, Otto, aus Grenzen, Groß-Sodehnen, Kreis Stallupönen/Ebenrode, jetzt 6201 Auringen, Feldbergstraße 19, am 27. Juni

Funk, Johanna, aus Wittgirren, Kreis Tilsit, Memelland, jetzt 7401 Nehren, Hauptstraße 21, am 15. Juni

Kumstel, Emil, Hauptmann i. R., aus Krönau, Kreis Preußisch-Holland, jetzt 224 Heide, Amrumer Straße 3, am 17. Juni

Marten, Albert, aus Tilsit, Deutsche Straße 33/34, jetzt 6831 Brühl, Jahnstraße 5, am 27. Juni

Müller, Henriette, aus Bergensee, Kreis Angerburg, jetzt 208 Nordende über Pinneberg, Dorfstraße 161, am 30. Juni

Pichotka, Hertha, geb. Kelch, aus Angerburg, jetzt 2353 Nortorf, Timm-Kröger-Straße 17 I, am 26. Juni

Sanio, Edith, aus Königsberg, Samlandweg 45, jetzt 1 Berlin 46, Halbauerweg 1, am 26. Juni

zum 80. Geburtstag

Albin, Erna, geb. Scharowski, aus Angerburg, jetzt 224 Heide, Waldschlößchenstraße 1 b, am 24. Juni

Dargel, Friedrich, aus Masuren, Kreis Treuburg, jetzt 4796 Salzkotten, Ketteler Straße 30, am 30. Juni

Dingkuhn, Fritz, aus Klein-Pruschillen, Kreis Gumbinnen, jetzt 2 Hamburg 72, Blakshoern 23, am 26. Juni

Führer, Horst, aus Bergental, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt 2327 Malente, Lütjenburger Straße 95, am 22. Juni

Holzlehner, Fritz, Ortsvertreter, Talken, Kreis Lyck, jetzt 6509 Albig, Neugasse 25, am 26. Juni

Hoyer, Anna, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt 1 Berlin 62, Hauptstraße 16 a, am 25. Juni

Janz, Anna, geb. Wohlgemuth, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, jetzt 4811 Leopoldshöhe, Milser Heide 188, am 22. Juni

Jelonnek, Marie, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt 3523 Grevenstein, Hellestraße 194, am 28. Juni

Klein, Martha, aus Allenstein, jetzt 1 Berlin 42, Schaffhausener Straße 49, am 24. Juni

Kopatz, Johanna, aus Ortelsburg, Wendorffstraße 3, jetzt 5202 Hennef 1, Dondorf 15, am 15. Juni

Lettau, Fritz, Bäckermeister, aus Königsberg, Krausallee 82, jetzt 3 Hannover, Friedenauer Straße 42, am 20. Juni

Matzko, Otto, Justizbeamter i. R., aus Lyck, General-Busse-Straße 12, jetzt 75 Karlsruhe 41, Pfinzstr. 12, am 22. Juni

Saager, Käthe, geb. Lange, aus Ostseebad Cranz, jetzt 5275 Bergneustadt, Friedhofstraße 15, am 29. Juni

Stulgies, Johanna, geb. Eidinger, aus Benkheim, Kreis Angerburg, jetzt 405 Mönchengladbach, Albertungsstraße 56, am 25. Juni

zum 75. Geburtstag

Blankenstein, Paul, aus Seestadt Pillau, jetzt 2 Hamburg 20, Schedestraße 37, am 25. Juni

Buchholtz, Hans-Georg, Rektor a. D. und Schriftsteller, aus Lötzen, j. 2082 Uetersen, Gerhart-Hauptmann-Straße 1 a

Czisso, Emilie, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt 7128 Lauffen, Weinstraße 1, am 27. Juni

Girod, Fritz, Landwirt, aus Massaunen, Kreis Bartenstein, jetzt 2308 Preetz, Land Kasterdorferklinten, am 18. Juni

Grenz, Arthur, aus Engelstein, Kreis Angerburg, jetzt 46 Dortmund, Robert-Koch-Straße, am 29. Juni

Grunau, Bruno, aus Brohseitschen, Kreis Angerapp, jetzt 303 Walsrode, Alter Postweg 19, am 16. Juni

Jobske, Luise, geb. Zantopf, aus Ortelsburg, jetzt 2 Hamburg 63, Woermannsweg 12, am 26. Juni

Klatt, Paul, aus Angerburg, Neue Marktstraße 2, jetzt 6112 Groß-Zimmern, Beethovenstr. 35, am 17. Juni

Knappke, Edward, aus Franzdorf, Insterburg und Haselberg, jetzt 4793 Büren, Aftestraße 17, am 24. Juni

Korupkat, Emma, geb. Mertschat, aus Luschen, Kreis Gumbinnen, j. 3091 Groß-Häuslingen, am 18. Juni

Salewski, Dr. Wilhelm, aus Charlottenhof, Kreis Angerburg, jetzt 4 Düsseldorf 12, Pfeifferstraße 54, am 27. Juni

Schrul, Maria, geb. Perro, aus Rehsau, Kreis Angerburg, jetzt 565 Solingen-Weyer, Ringstraße 8, am 23. Juni

Stoschus, Otto, aus Hermannlöhlen, Kreis Heydekrug, jetzt 233 Eckernförde, Weidenstraße 12, am 29. Juni

Wilde v. Wildemann, Wilhelm, aus Königsberg, jetzt 863 Coburg, Schleifanger 8, am 16. Juni

Zenthöfer, Ida, geb. Esselun, aus Kindschen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt 6331 Leun, Weilburger Straße 13, am 16. Juni

Zoch, Friedrich, aus Mingstimmen, Kreis Gumbinnen, jetzt zu erreichen über Ewald Zoch, 2 Hamburg-Wistedt, am 27. Juni

zum 70. Geburtstag

Adelsberger, Prof. Dr. Udo, aus Königsberg, (Berlin, Braunschweig), jetzt 6903 Neckargemünd, Am Kastanienberg 37, am 7. Juni

Ansel, Elisabeth, geb. Stumies, aus Anmuth, Kreis Elchniederung, jetzt 7 Stuttgart 30, Triebweg 109, am 11. Juni

Brandt, Emma, geb. Retzko, aus Soltmahnen, Kreis Angerburg, jetzt 4401 Ostbevern, Bezirk Münster, Kirschesch 3, am 27. Juni

Fischer, Lisbeth, aus Pillau-Kaddighaken, jetzt 2822 Schwanewede, Samlandweg 7, am 30. Juni

Knorr, Erna, geb. Machowius, aus Klein-Erlenfließ bei Liebenfelde, jetzt 28 Bremen, Heinrich-Hertz-Straße 32, am 21. Juni

Ludorf, Frieda, geb. Markowsky, aus Ortelsburg, jetzt 23 Kiel, Fockstraße 7—9

Plorin, Helene, geb. Kaminski, Witwe des Dr. med. Anton Plorin aus Domnau, jetzt 2 Hamburg 61, Wagrier Weg 16, am 30. Juni

Scheschonka Reinhard, Wäschereibesitzer aus Allenstein, Liebstädter Straße 45, jetzt 219 Cuxhaven, Drangstweg 34, am 3. Juni

Schidlowski, Josef, aus Pröbbernau, Kr. Elbing, jetzt 51 Aachen, Heerlener Straße 24, am 30. Juni

Schwarzien, Marie Luise, aus Pillau II, Tannenbergstraße 23, jetzt 23 Kiel 14, Döbersdorfer Straße 22, am 24. Juni

Sieg, Ernst, aus Buddern, Kreis Angerburg, jetzt 504 Brühl, Bezirk Köln, Theodor-Körner-Straße 27, am 28. Juni

Stark, Otto, aus Ortelsburg, jetzt 24 Lübeck, Fischergrube 57/59, am 26. Juni

zur Diamantenen Hochzeit

Maluck, Josef und Frau Helene, geb. Borchert, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, jetzt 3338 Schöningen, Am Salzbach 3, am 29. Juni

zur Beförderung

Liedtke, Volker-D. (Regierungs-Oberamtmann i. R. Heinrich Liedtke und Frau Hildegard, geb. Krause, aus Königsberg, Herzogsacker, jetzt 2056 Neuschönningstedt, Kirschenweg 13), ist zum Oberregierungsrat befördert worden

zum Abitur

Androleit, Ines (Arno Androleit und Ingelore, geb. Karsubke, aus Tapiau und Königsberg, jetzt 885 Donauwörth, Dietrichstraße 22), am Gymnasium in Donauwörth

Axmann, Michael (Rektor Willi Axmann und Frau Toni, geb. Bialojan, aus Lyck, Hindenburgstraße, jetzt 49 Herford, Ortsieker Weg), am Ravensberger Gymnasium in Herford

Komutzki Edelgard (Henry Komutzki und Frau Hanna, geb. Sudau, aus Mandtkeim, Kreis Samland), jetzt 8132 Tutzing, Lange Straße 6

Kühl, Andrea (Kfz-Meister Fritz Kühl und Frau Charlotte, geb. Possekel, aus Rauschen, Kreis Samland), jetzt 2322 Lütjenburg, Auf dem Kamp 51, am Gymnasium in Lütjenburg

Matschuck, Esther (Ewald Matschuck und Frau Edith, geb. Gehrmann, aus Tilsit-Splitter, jetzt 42 Oberhausen 12, Sandstraße 10)

Matt, Barbara (Armin Matt und Frau Alexandra, geb. Dyck, aus Kreuzburg, Kreis Preußisch-Eylau und Halberstadt), jetzt 6084 Gernsheim, Lindenstraße 18, am Gymnasium Gernsheim

Plüntsch, Barbara (Kaufmann Paul Plüntsch und Frau Magdalene Plüntsch, geb. Zink, aus Rügenwalde-Bad/Pommern und Königsberg, Batockistr. 6, 3548 Arolsen/Walderk, Parkstr. 24), am Christian-Rauch-Gymnasium in Arolsen

Raffel, Jutta (Baumeister Heinz Raffel und Frau Edith, geb. Seidler, aus Bergfriede, Kreis Osterode, jetzt 6057 Dietzenbach-Steinberg, Ringstraße 4), am Albert-Schweitzer-Gymnasium in Offenbach (Main).

---neues vom sport---

Der in Ostpreußen geborene Fußballspieler Manfred Schäfer (30), nach Australien als Junge ausgewandert, dort als Milchmann tätig und Vorstopper der Nationalmannschaft mit 43 Länderspielen, gab einen Tip für die Spiele Australiens in einer Gruppe mit beiden deutschen Mannschaften wie folgt: „Australien gewinnt gegen Chile, spielt unentschieden gegen die mitteldeutsche Elf und hat gegen die Bundesrepublik nur eine hauchdünne Chance, wenn eine Stunde lang kein Tor eingesteckt werden muß." Schäfers Teilnahme war noch sehr fraglich, da die zugesagten etwa 7000,— DM für den Vertreter des Milchmannes in Sydney nicht gleich überwiesen worden waren. In unseren Zeitungen war zu lesen, daß Schäfer in Ostpreußen, aber auch in Hamburg, Bremen und sogar in Mannheim geboren wurde.

Ein Tor entschied den Aufstieg in die Fußball-Bundesliga. Eintracht Braunschweig, im Vorjahr ausgeschieden, schaffte den Aufstieg, weil Nürnberg gegen Saarbrücken im letzten Spiel nur ein 2:2 schaffte. Exnationalspieler Klaus Gerwien (33), aus Lyck, der 14 Jahre in Braunschweig gespielt hatte, ist als Amateur zum Landesligisten VfB Peine übergesiedelt. Der zweite Bundesligaaufsteiger ist Tennis-Borussia Berlin.

Als Ehrengeschenk erhielt Fußball-Bundestrainer Schön vom Ex-Zehnkampfweltrekordmann Kurt Bendlin, Thorn/Köln, der zur Zeit in Malente einen Lehrgang leitet, einen Diskus.

Nach dem deutschen Meistertitel im Tischtennis wurde der „Schöler-Club" Borussia Düsseldorf mit dem Ex-Vizeweltmeister Eberhard Schöler, Flatow, auch deutscher Pokalsieger im Finale gegen FTG Frankfurt mit 5:2.

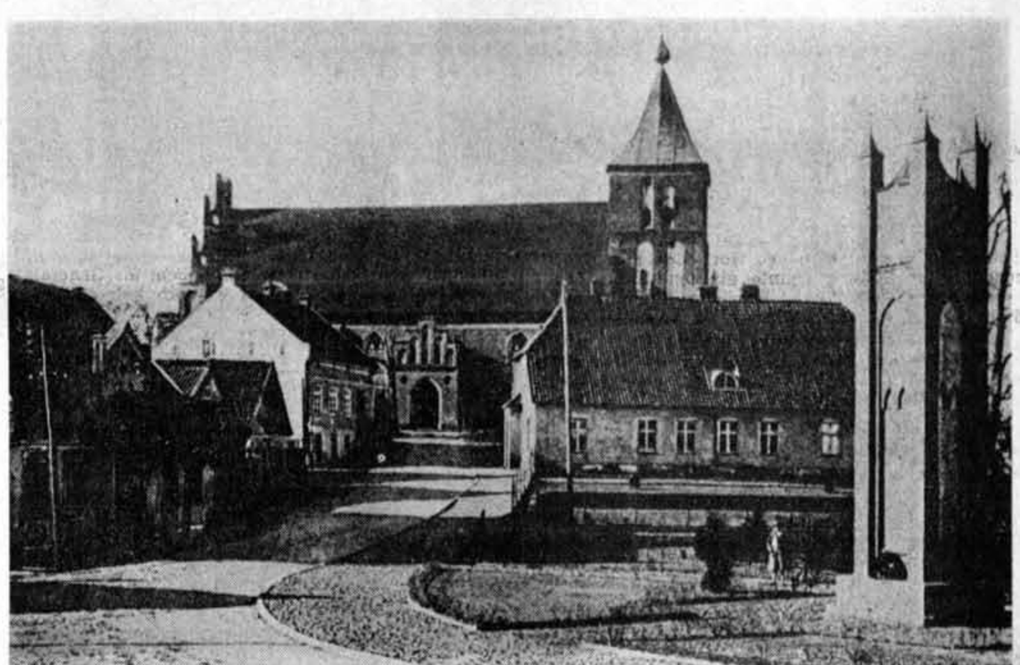
Den Werferländerkampf in Kassel gewann Finnland vor Deutschland und Polen und wohl nur deswegen, weil der deutsche Weltrekordmann Holtermann im Speerwerfen mit 78,44 m nur einen fünften Platz hinter vier Finnen erreichte. Der übergetretene Wurf über 85 m hätte für einen deutschen Gesamtsieg genügt. Klaus-Peter Hennig-Tapiau steigerte sich im Diskuswerfen auf 61,66 m, was aber auch nur zu einem vierten Platz reichte.

Den Frauenländerkampf in Bukarest gewannen die deutschen Damen zwar gegen Großbritannien und Italien, unterlagen aber ganz knapp gegen den Gastgeber Rumänien. Zwei ostdeutsche Siege gab es, und zwar: Ameli Koloska, Zoppot, im Speerwerfen mit 55,98 m, und Christiane Krause, Osterode, als Startläuferin in der 4x100-m-Staffel in 44,1 Sek. Dritte über 100 m Hürden wurde Marlies Koschinski, Ostpreußen, in 13,2 Sek.

Bei der ersten Qualifikation der Kunstturner für die Weltmeisterschaften ohne Teilnahme der bereits feststehenden Meister Ginger und Mössinger gewann Ritter, Oppau, vor dem Finnen Nissinen (außer Konkurrenz). Die Itzehoer Zwillinge Diehl, die der Königsberger Trainer Georg Bischof (MTV) zu Meisterturnern gemacht hat, nahmen die Plätze drei (Peter) und fünf (Manfred) ein.

Seine Rekordabsichten im 50-km-Gehen mußte Olympiasieger Bernd Kannenberg, Königsberg/Fürth, beim Ausscheidungsgehen für die Europameisterschaften in Rom auf der Kunststoffbahn in Lauf bei Nürnberg bei 35 km führend, aufgeben. Die alte Leistenverletzung behinderte den Ostpreußen so, daß er lieber aufgab, um nicht während der Hauptsaison möglicherweise ganz auszufallen.

Kennen Sie die Heimat wirklich? (P 118)



Heute bringen wir ein neues Bild aus unserer Serie „Kennen Sie die Heimat wirklich?" Dazu stellen wir wieder die fünf Fragen:

1. **Was stellt dieses Bild dar?**
2. **Wann ungefähr ist das Bild entstanden?**
3. **Welche bemerkenswerten Einzelheiten erkennen Sie auf dem Bild?**
4. **Was wissen Sie darüber?**
5. **Welche persönlichen Erinnerungen verbinden sich für Sie mit diesem Bild?**

Die aufschlußreichste Antwort wird wieder mit 20,— DM honoriert. Betrachten Sie das Bild genau und schicken Sie Ihre Antworten auf die Fragen mit der Kennziffer P 118 in zehn Tagen, also Dienstag, 2. Juli 1974, an

Das Ostpreußenblatt 2 Hamburg 13, Parkallee 84

Aus der landsmannschaftlichen Arbeit in . . .

HAMBURG

Vorsitzender der Landesgruppe: Fritz Scherkus, Hamburg. Geschäftsstelle: Hugo Wagner, 2 Hamburg 74, Triftkoppel 6, Telefon 0 40 / 7 32 94 68.

Bezirksgruppen

Harburg-Wilhelmsburg — Dienstag, den 25. Juni, 19.30 Uhr, Gasthof Zur grünen Tanne, Diskussions- und Frauenabend.

Heimatkreisgruppen

Heiligenbeil — Sonntag, 30. Juni, Busfahrt zum Hauptkreistreffen nach Burgdorf. Abfahrt von Hamburg-ZOB, Bahnsteig 8, 7.30 Uhr, mit Zusteigemöglichkeit in Harburg gegen 8 Uhr am Bahnhof. Fahrpreis für Mitglieder 10,— DM, für Gäste 15,— DM. Letzter Anmelde- und Einzahlungstag 24. Juni. Sofortige Anmeldungen erbeten an Emil Kuhn, 2 HH 61, Paul-Sorge-Straße 114 c, Telefon 5 51 15 71. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, sichern Sie sich daher rechtzeitig einen Platz. Die Fahrt gilt erst als fest gebucht, wenn der Fahrpreis bis zum 26. Juni auf das Postscheckkonto Nr. 2756 82-203, Postscheckamt Hamburg, entrichtet wurde.

Memel, Heydekrug, Pogegen — Die Landsleute der Gruppe Hamburg wollen am 30. Juni eine Gemeinschaftsfahrt zum Haupttreffen der AdM in Hannover unternehmen. Wenn sich mehr als zehn Teilnehmer melden, wird eine Gruppefahrkarte zum um 30 Prozent ermäßigten Fahrpreis (Hin- und Rückfahrt) von 28,— DM gelöst. Interessenten wollen sich bitte bei Elisabeth Lepa, HH 54, Wischofsweg 10 a, Telefon Nr. 5 70 53 77, melden. Die Anmeldungen sind verbindlich, und der Fahrpreis muß auch bezahlt werden, wenn jemand im letzten Augenblick von der Fahrt zurücktritt. Die Gruppefahrkarte muß zehn Tage vor dem Termin gelöst werden. Abfahrt vom Hbf. Hamburg um 8.30 Uhr. Rückfahrt ab Hannover um 20.05 Uhr, Ankunft in Hamburg um 21.59 Uhr.

Frauengruppen

Fuhlsbüttel — Montag, 24. Juni, 15.30 Uhr, trifft sich die Frauengruppe im Bürgerhaus Langenhorn, 2 HH 62, Tangstedter Landstraße 41 (U-Bahn Langenhorn-Markt).

Harburg-Wilhelmsburg — Dienstag, den 25. Juni, 19.30 Uhr, Gasthof Zur grünen Tanne, Diskussionsabend mit der Bezirksgruppe.

Landsmannschaft Westpreußen, Landesgruppe

Hamburg — Zum Bundestreffen der Westpreußen in Münster am 29./30. Juni werden Busse eingesetzt. Hinfahrt Sonnabend, 29. Juni, Rückfahrt Sonntag, 30. Juni. Fahrpreis 26,— DM. Anmeldungen bis 22. Juni per Telefon 21 42 53 unter Einzahlung des Fahrpreises auf Postscheckkonto Busat, Postscheckamt Hamburg, Konto-Nr. 1669 49-208.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vorsitzender der Landesgruppe: Günter Petersdorf Kiel. Geschäftsstelle: 23 Kiel, Wilhelminenstr. 47/49, Telefon 04 31/4 02 11.

Schleswig — Die Kreisgruppe hatte zu einem Heimatabend in den Deutschen Hof eingeladen. Vorsitzender Kurt Ludwig konnte eine stattliche Zahl von Mitgliedern und Gästen begrüßen. Er teilte mit, daß in einer voraufgegangenen Vorstandssitzung der geplante Zusammenschluß der landsmannschaftlichen Gruppen Ostpreußen und Danzig-Westpreußen beschlossen wurde, und zwar in Form einer Fusion, also einer Verschmelzung zu einer Ganzheit mit dem neuen Namen „Landsmannschaft Ost- und Westpreußen". Über entsprechende verwaltungstechnische Maßnahmen wurde völlige Einigung erzielt; die Verhandlungen werden in Bälde zum Abschluß geführt. Der bisherige Vorsitzende der Kreisgruppe Danzig-Westpreußen, Günter Jeglin, wurde einmütig zum zweiten Vorsitzenden der Kreisgruppe Ost- und Westpreußen bestimmt. Geplant ist des weiteren die

Bildung einer Basisgprupe der „Gemeinschaft Junger Ostpreußen" innerhalb der Kreisgruppe. Diesbezügliche Gespräche des Vorsitzenden Kurt Ludwig mit Jugendlichen (zwei Abiturienten, die von sich aus Kontakt suchen) berechtigen zu der Hoffnung, daß hier eine Möglichkeit besteht, Jugendliche für eine Mitarbeit zu gewinnen und der Landsmannschaft eine Nachwuchsmannschaft zu sichern. — Die Fahrt zur Kant-Feier nach Rendsburg gestaltete sich zu einem eindrucksvollen Erlebnis, zumal auch die Gelegenheit genutzt wurde zu einem Abstecher auf den Aschberg und zur Besichtigung der neuen, großartigen technischen Anlagen am Kanal. Für den 14. August ist eine „Sommerfahrt nach Lüneburg" geplant. Im Rahmen der kulturellen Betreuung wurden zwei Farbdiareihen vorgeführt mit den Titeln „Ostpreußen heute" und „Eine Wanderung durch Königsberg", kommentiert von dem Kulturreferenten der Kreisgruppe, Heinz Bruzus, und seiner Frau.

Schönwalde — Sonnabend, 6. Juli, bestehen beide landsmannschaftlichen Gruppen 25 Jahre. Aus diesem Anlaß findet eine Festveranstaltung um 15 Uhr in der Festhalle der neuen Schule statt. Es wirken mit: Der Akkordeon-Club Eutin, der Gesangverein von 1872, Schönwalde a. B. Verbunden mit der Festveranstaltung ist eine Ausstellung ostdeutschen Kulturgutes in der Eingangshalle der Schule.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender der Landesgruppe: Harry Poley, Duisburg. Stellvertreter: Erich Grimoni, Detmold. Geschäftsstelle: 4 Düsseldorf, Duisburger Straße 71, Telefon 02 11/48 26 72.

Recklinghausen — Gruppe Tannenberg: Sonnabend, 22. Juni, 19 Uhr, großer Heimatabend als Sonnenwendfeier mit Tanz in der Gaststätte Florin, Ecke Marienstraße/Saarstraße. Für gute Musik ist gesorgt. Alle Landsleute und Heimatfreunde sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

Unna — Sonntag, 30. Juni, Jahresausflug nach Münster zur Teilnahme an der Großkundgebung des Westpreußen-Bundestreffens in der Münsterlandhalle. Dort sprachen Prof. Dr. Abelein, Mitglied des Deutschen Bundestages und Deutschland-Experte der CDU, sowie Botschafter a. D. Dr. Felician Prill, Bundessprecher der Westpreußen. Anschließend wird der modernste europäische Allwetter-Zoo besucht. Wer an Heimatkreistreffen teilnehmen will, um Verwandte oder Bekannte wiederzusehen, wird abends wieder von der Münsterlandhalle abgeholt. Fahrpreis 10 DM. Beginn der Fahrt um 8 Uhr an der Haltestelle Evgl. Krankenhaus (Telefonzelle), Zusteigstellen: Neumarkt, Unna Bhf., Amtsgericht Unna-Königsborn. Da der Bus fast völlig besetzt, ist sofortige Anmeldung bei König, Harkortstraße 6, und Redetzk, Hellweg 10, bei gleichzeitiger Entrichtung des Fahrpreises erforderlich. — Freitag, 5. Juli, Monatsversammlung. — In der sehr gut besuchten Monatsversammlung der Kreisgruppe beschäftigte sich Kulturwart Schlobies mit Juni-Gedenktagen. Unter den von ihm erwähnten Persönlichkeiten befand sich auch der westpreußische Nobelpreisträger Walter Nernst, geb. am 25. Juni 1864 in Briesen, der 1920 für das Nernst-Wärmetheorem diese hohe internationale Auszeichnung erhielt. Namen wie E. T. A. Hoffmann, J. G. Hamann (in Münster begraben), Richard Voss („Zwei Menschen") klangen in einer breiten Palette geistiger und künstlerischer Kräfte auf. Besonders zu erwähnen der am 8. Juni 1867 in Graudenz (Westor) geborene Dichter Ernst Hardt, der von 1933 bis 1947 Leiter des Kölner Rundfunks war, nachdem er u. a. von 1919 bis 1924 Generalintendant des Nationaltheaters Weimar war. Vorsitzender König wies auf den Ostkunde-Atlas hin, der für 10 DM beim BdV in Düsseldorf bestellt werden kann.

Warendorf — Frauengruppe: Donnerstag, 11. Juli, 15 Uhr, Kaffeestube Heinermann, Zusammenkunft. Frau Esberhaus, Mühlheim, hält einen Vortrag über sinnvolle Freizeitbeschäftigung mit Handarbeiten und zeigt Modelle aus dem Studio der Firma Mez. Gäste herzlich willkommen.

HESSEN

Vorsitzender der Landesgruppe: Konrad Opitz, 63 Gießen, An der Liebigshöhe 20, Tel. 06 41 / 3 27 27. — Landesjugendwart: Klaus-Jürgen Frahm, 63 Gießen, Tulpenweg 23.

Frankfurt (Main) — Im Juli und August sind keine Veranstaltungen und auch keine Sprechtage.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vorsitzender der Landesgruppe: Erwin Seefeldt, 7417 Urach, Mauchentalstraße 45, Tel. 0 71 25 / 44 25.

Giengen (Brenz) — Sonnabend, 22. Juni, 19.30 Uhr, Hotel Lamm, Zusammenkunft. — Vor mehr als 20 Jahren schlossen sich, da Vereinigungen eigener landsmannschaftlicher Gruppen nicht lohnten, hier Vertriebene in der „Landsmannschaft der Nordostdeutschen" zusammen, die sich zum größten Teil aus Pommern und Ostpreußen zusammensetzt und deren Vorsitzender jetzt Horst Dehring ist. In mannigfachen Vorträgen, Lichtbildern usw. wird die Erinnerung an die Heimat wachgehalten. Aber, es geht auch darum, die „neue Heimat" kennenzulernen. Anfang des Monats fand ein Ausflug statt zum 1954 bis 1957 erbauten Egau-Wasserwerk bei Dischingen, welches das zur Zeit modernste Wasserwerk Europas ist und 25 Millionen Verbraucher versorgen kann. Ein Spaziergang zur Schloßgaststätte Thurn & Taxis schloß sich an. Dort umriß Kulturreferent Bruno Witt das Wirken der Fürsten von Thurn & Taxis (die noch in Dischingen eine Sommerresidenz haben) als Generalpostmeister zu einer Zeit, da es noch keine Eisenbahn gab und Pferde der Beförderung von Nachrichten und Menschen dienten.

Villingen — Norbert Kluth hatte seine Landsleute und Freunde zu einem Gartenfest eingeladen. Sogar der Wettergott war mit von der Partie und zeigte sich von der besten Seite. Bei Freibier und Bratwurst waren alle in kurzer Zeit in bester Stimmung und Laune, wozu auch flotte Musik und Gesellschaftsspiele beitrugen. Bald machte sich der ostpreußische Humor bemerkbar, wobei besonders die Landsmännin Frau Mielke aus Tiengen (Oberrh) — eine 80jährige Dame — besonderen Anklang fand und mit ihren heimatlichen Witzchen das Zwerchfell aller strapazierte. In dieser Hochstimmung rief Kluth seine Landsleute zu einer Spende für die Aktionen Sorgenkind auf. Mit Begeisterung waren alle dafür und in kürzester Zeit kamen 120,— DM zusammen. Der Gastgeber wollte den Betrag noch erhöhen und versteigerte eine Flasche „Klaren", die den stolzen Betrag von 50,— DM erbrachte. So konnten insgesamt 170,— DM der Aktion Sorgenkind überwiesen werden. Man war stolz auf das Ergebnis, zumal ja alle nicht in rosigen Verhältnissen leben, und feierte noch einige Stunden in bester Stimmung.

Das Erinnerungsfoto (21)



Volksschule Heiligenbeil 1937, I. Klasse. — Frau Ursula Kunkel, früher Heiligenbeil, jetzt 7033 Herrenburg, schreibt zu der Aufnahme: Das Foto zeigt die Schülerinnen der Geburtsjahre 1924/1925, die im Jahr ihres 50. Geburtstages anläßlich des Haupttreffens ihrer Kreisgemeinschaft ein Wiedersehen feiern wollen. Oben: Elli Klein, Grete Kosack, Dora Schirrmacher, Christel Hennig, Ursula Schmidt (†), Waltraut Boettcher, Herta Schönfeld, Gerda Hellwig, Erika Böhm. 2. Reihe: Lehrerin Frl. Runde, Ruth Haack, Hildegard Warschun, Lieslotte Rehberg, Else Schwanke, Elfriede Reimann, Emmi Wunderlich, Editha Kowsky, ?, Helga Lang, Elfriede Schikorr. 3. Reihe: Ursula Schulz, Irene Nikolaus, Ruth Wilhelm, Ursula Böhm, Gerda Bewernick, Anneliese Heinke, Betty Meier, Klassenlehrerin Frl. Löbke, Luise Döbel, Erna Schirrmacher, Elli Bolitzki, Else Sülz. 4. Reihe: Gerda Schönfeld, Gertrud Kinder, Wally Scharfschwerdt, Eva Müller, Waltraut Bonewski, Christel Müller, Hildegard Schirrmacher, Elli Hill, Elli Kusch. Vordere Reihe: Erika Wichmann, Gertrud Pellner, Lieselotte Wilhelm, Ursula Wilhelm, Waltraud Neumann, Gerda Neumann, Erna Behrendt, Erika Dardzinsky.

Vereinsmitteilungen

Salzburger-Anstalt Gumbinnen und Salzburger-Verein

Geschäftsstelle:
48 Bielefeld, Postfach 7206
Telefon (05 21) 76 09 32

Kassel — Göttingen — Freitag, 21. Juni, 18 bis 21 Uhr, im Schwarzen Bären, Göttingen, Kurze Str. 12: Alle Mitgliedeer und Freunde des Vereins werden zu einem Gespräch über Gruppen- und Archiv-Arbeit eingeladen. Näheres ist zu erfahren durch H. Nolde, 34 Göttingen, Nikolausberg, Am Brachfeld 2, Telefon Nr. 05 51/2 16 79.

Wichtiger Termin!

Den Heizölkostenzuschuß bis zum 30. Juni beantragen

Köln — Eine Verlängerung der am 30. Juni ablaufenden Antragsfrist für den Heizölkostenzuschuß hat der Deutsche Mieterbund von der Bundesregierung gefordert.

Gleichzeitig weist er die Bevölkerung darauf hin, daß am 30. Juni die Antragsfrist für den Heizölkostenzuschuß abläuft. Nach Berichten aus Bonn haben viele Mieter noch keinen Antrag auf einmaligen Heizölkostenzuschuß gestellt, obwohl bei ihnen die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen.

Bekanntlich hatte die Bundesregierung wegen des Anstiegs der Preise für leichtes Heizöl Ende 1973 einen einmaligen Heizölkostenzuschuß beschlossen. Diesen können erhalten:

* alle Bezieher von Wohngeld,
* alle Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge,
* alle Bezieher des höchstens 2½fachen Sozialhilferegelsatzes (zur Zeit im Bundesdurchschnitt etwa 550 DM zuzüglich 160 DM für jede weitere Person).

Der Zuschuß wird gewährt, wenn in der Zeit vom 15. Oktober 1973 bis 15. April 1974 mindestens 200 Liter leichtes Heizöl bezogen wurden oder bei Sammel- oder Fernheizungen die Heizkostenumlage in diesem Zeitraum wegen Anstiegs der Heizölpreise erhöht bzw. Heizöl bezogen wurde.

Nähere Einzelheiten enthält die Aufklärungsbroschüre „Streitobjekt Heizung". Sie kann gegen eine Schutzgebühr von 3 DM beim Deutschen Mieterbund, 5 Köln 1, Spichernstraße 61, bezogen werden. **DMB**

Zeit und Stunde nutzen

Staatsbürgerliche Arbeitstagung der Frauen in Bad Pyrmont

Der Frauenarbeitskreis der Landsmannschaft Ostpreußen kam im Ostheim, Bad Pyrmont, unter der Leitung von Hanna Wangerin zu einer staatsbürgerlichen Arbeitstagung zusammen; es war die 29. Tagung ihrer Art. 33 Teilnehmerinnen, vornehmlich Gruppenleiterinnen mit ihren Hilfskräften in unserer großen Frauenorganisation, nahmen teil, um sich Informationen und Richtlinien für ihre Arbeit zu holen. Nicht allein für die Arbeit in unserem Verband, sondern als verantwortungsbewußte Bürger eines Staates, den wir Ostdeutschen mit viel Umsicht und Fleiß haben aufbauen helfen.

Auf dieser Tagung standen nicht etwa sentimentale Vergangenheitsbewältigung im Vordergrund, sondern aktuelle Tagesfragen. Es ging um das Wohl unseres Volkes jetzt und in Zukunft, um die freiheitliche Grundordnung unseres Staatswesens. Das war auch der Tenor der Eröffnung und des Referates der Bundesvorsitzenden, Frau Frida Todtenhaupt, die viele Wege aufzeigte, wie wir Ostdeutschen unsere Probleme nicht nur im eigenen Kreis, sondern als gesamtdeutsches, ja als europäisches Anliegen, eingebettet in eine große Völkergemeinschaft, zu sehen hätten. Die demokratische Staatsform unseres Landes sollte es uns aber auch gestatten, unsere Erfahrungen mit dem Führungssystem der östlichen Nachbarn, mit denen wir ebenso wie viele andere eine Verständigung wünschen, einzubringen.

Bessere Kenntnis von dem Leben unserer Nachbarn ist die Grundvoraussetzung. Diesem Ziel dienten die beiden Dia-Vorträge des Journalisten Helmut Wistuba und von Frau Ina Graffius. Während Helmut Wistuba hauptsächlich wirtschaftspolitische Grundthemen sowjetischer Staatsführung beleuchtete, berichtete Frau Graffius aus dem Blickwinkel der Frau, was sich in diesem Land der Planwirtschaft an uraltem Volks- und Kulturgut hat erhalten können und wie menschliche Kontakte zu pflegen sind.

Die Vorträge von Realschuldirektor Wilhelm Günther und Gustav Stöcker, dem Leiter des Wohnheims Massen, zeigten aus übergeordneter Sicht, wie die Aufgaben praktischer Mitarbeit, der sich alle unsere ostpreußischen Frauengruppen verschrieben haben, am zweckmäßigsten anzupacken sind, um als staatsbürgerliche Mitverantwortung wirksam zu werden. Hier war die Diskussion besonders rege, weil jahrelange Erfahrungen der Teilnehmerinnen ein sachgemäßes Arbeitsklima schufen.

Mehr als zwei Tage Zeit wurde der Arbeit der Sozialpädagogin Gertrud Wendrich gewidmet, deren Themen als besonders wichtig für die Arbeit des Frauenarbeitskreises angesehen werden können, wie die moderne Gesprächsführung, Führunsstil, Gruppendynamik und nicht zuletzt Selbstkritik. Ein gründliches gemeinsames Durchdenken dieser Themenkreise ermöglicht dann die ergiebigere Arbeit in kleinen Aktiv-Gruppen, obwohl es einiger Geduld und viel guten Willens bedarf, die Teilnehmerinnen so zum gemeinsamen Arbeiten hinzuführen, was aber der Referentin gut gelang und was sicher weiterwirken wird.

Die strengen Arbeitstage, zu denen auch ein fundierter Vortrag über Leben und Werk von Immanuel Kant, gehalten von Annemarie in der Au, gehörte, wurden aufgelockert durch musische und informative Abende. So das Konzert des Pianisten Gottfried Herbst, der Reisebericht von Frau Maria Klein über Finnisch-Lappland und die Lesung der Schriftstellerin Annemarie in der Au aus eigener Lyrik und Prosa. Der Alltag wird um vieles leichter, wenn man sich mit Augen und Ohren an so viel Schönem erbauen kann. Auch richtige „Hausmannskost" wurde geboten durch die Gestaltung eines Sing- und Spielabends mit der ortsansässigen Frauengruppe in Bad Pyrmont; nicht nur erlebt, sondern im gruppenpädagogischen Gespräch am nächsten Tage mit Für und Wider ausgiebig diskutiert. Großer Beliebtheit erfreuen sich immer die allmorgendlichen Singstunden unter Leitung von Hanna Wangerin. Sie geben eine gute Einstimmung für die gemeinsame Arbeit.

Es war eine Tagung, die Zeit und Stunde voll nutzte und ihre Wirkung weit über den Verbandsrahmen hinaus haben wird. **H.**

KULTURNOTIZEN

Haus des Deutschen Ostens Düsseldorf — Eröffnung der Ausstellung von Werken von Marg Moll, Schülerin von Lovis Corinth. Am Donnerstag, 20. Juni, 19 Uhr, im Eichendorff-Saal. — Lustige Kleinigkeiten — Heitere Lebensweisheiten. Ferdinand Held-Magney, bekannt vom Reichssender Königsberg, liest und rezitiert.

Westdeutscher Rundfunk — „Drüben beginnt ein neues Leben", Funkerzählung von Egon H. Rakette. „Breslauer Türme, ihre Geschichte und Geschichten", von Alfons Teuber. Am Sonntag, 30. Juni, von 8 bis 9 Uhr, II. Programm.

Den Sudetendeutschen Kulturpreis 1974 erhielt in Würdigung seines Beitrages zu europäischen Kulturpolitik und Kulturgeschichte und seines schriftstellerischen Lebenswerks im Dienste der Versöhnung der europäischen Völker Karl Anton Prinz Rohan.

Der Siebenbürgisch-Sächsische Kulturpreis 1974 wurde beim Pfingsttreffen der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl der Malerin Frau Csaki-Copony und Prof. Hermann Gross verliehen.

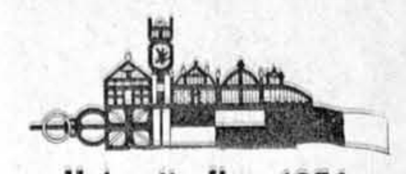
Den Heimat-Literaturpreis 1974 der Vereinigung der Heimatfreunde am Mittelrhein erhielt aus Anlaß der 1200-Jahr-Feier der Ingelheimer Kaiserpfalz der frühere Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Geschäftsführer des Ostdeutschen Kulturrats, Dr. Peter-Paul Nahm.

Die Handwerksform Hannover zeigt vom 20. Juni bis 19. Juli die Ausstellung: Preziöses Bestiarium, Schmuck mit Tiermotiven. Ergebnisse eines Wettbewerbs der Gesellschaft für Goldschmiedekunst, Hamburg.

Die Städtischen Bühnen Flensburg brachten das Schauspiel „Johannisfeuer" von Hermann Sudermann heraus. Die Aufführung, die ganz im ostpreußischen Milieu des vergangenen 20. Jahrhunderts angesiedelt war, wurde zu einem großen Erfolg.

Aus den ostpreußischen Heimatkreisen . . .

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



Heimattreffen 1974

Juni

22./23. **Tilsit-Ragnit:** Patenschaftstreffen, Preetz
29./30. **Ebenrode:** Kreistreffen, gemeinsam mit Schloßberg, Essen-Steele, Stadtgarten-Restaurant
29./30. **Heiligenbeil:** Kreistreffen, Burgdorf,
29./30. **Schloßberg:** Kreistreffen, gemeinsam mit Ebenrode, Essen-Steele, Stadtgarten-Restaurant
30. **Memel/Heydekrug/Pogegen:** Haupttreffen, Hannover, Kurt-Schumacher-Straße 23, Kasino-Betriebe

August

3./4. **Lyck:** Jahrestreffen, Hagen
3.—6. **Fischhausen:** Seestadt Pillau, Eckernförde
25. **Rastenburg:** Haupttreffen, Wesel, Niederrheinhalle
31. **August/1. September Goldap:** Jahreshaupttreffen, Stade

September

1. **Osterode:** 20 Jahre Patenschaft, Osterode/Harz, Stadthalle
7./8. **Angerburg:** Angerburger Tage, Rotenburg/Wümme
7./8. **Bartenstein:** Haupttreffen, Nienburg/Weser
7./8. **Neidenburg:** Hauptkreistreffen, Bochum, Ruhrlandhalle
8. **Johannisburg:** Haupttreffen, Dortmund, Reinoldi-Gaststätte
8. **Memel/Heydekrug/Pogegen:** Ostseetreffen, Travemünde
8. **Ortelsburg:** Kreistreffen, Essen, Huyssenallee 53/57, Städtischer Saalbau
8. **Pr.-Holland:** Kreistreffen, Itzehoe, Gaststätte Lübscher Brunnen
14./15. **Gumbinnen:** Haupttreffen, Bielefeld
15. **Ebenrode:** Kreistreffen, Winsen (Luhe), Bahnhofshotel
15. **Fischhausen:** Hauptkreistreffen, Pinneberg, Hotel Cap Polonia
15. **Lötzen:** Regionaltreffen, Essen, Huyssenallee 53/57, Städtischer Saalbau
15. **Rößel:** Heimatbund, Meppen/Ems, Kolpinghaus

Ebenrode

Kreisvertreter: Dietrich von Lenski-Kattenau, 2863 Ritterhude, Am Kamp 26, Telefon 04 20 12/18 46.

Kreistreffen am 30. Juni in Essen-Steele — Gemeinsam mit ihren Freunden aus dem Nachbarkreis Schloßberg treffen sich die Stallupöner Landsleute am Sonntag, dem 30. Juni, in Essen-Steele im Stadtgartenrestaurant. Die Feierstunde beginnt um 11 Uhr. Bereits Sonnabend abend, 29. Juni, treffen sich schon einige Gruppen im gleichen Restaurant. Bitte verabreden Sie sich mit Ihren Freunden in Essen und erscheinen Sie in großer Zahl zu diesem Treffen. Bekennen Sie sich damit zu Ihrer Heimat Ostpreußen.

Gumbinnen

Kreisvertreter: Dipl.-Ing. Dietrich Goldbeck, 4812 Brackwede 1, Winterberger Str. 14, Tel. 05 21/44 10 55.

Festschrift 250 Jahre Stadt Gumbinnen — Die Kreisgemeinschaft Gumbinnen gibt zur 250-Jahr-Feier Gumbinnens eine besondere Festschrift heraus. Sie wird als Sonderbeilage des übernächsten Heimatbriefes im August erscheinen. Näheres darüber lesen Sie bitte im nächsten Heimatbrief Nr. 25, der Ende Juni verschickt wird. In diesem Heimatbrief ist eine Vorschau auf das Festprogramm der 250-Jahr-Feier gedruckt, die vom 13. bis 15. September in der Patenstadt begangen wird.

Bronze-Plakette zur 250-Jahr-Feier mit beiderseitiger Prägung. Vorderseite: Gumbinner Elch mit Umschrift: „250 Jahre Stadt Gumbinnen 1724—1974". Rückseite: Wappen von Gumbinnen und Bielefeld mit Umschrift: „20 Jahre Patenschaft Bielefeld-Gumbinnen". Preis 5,— DM, zuzügl. Versandkosten. Auslieferung erfolgt in Bielefeld ab Beginn der Festtage. Vorbestellungen sind erwünscht; vorbestellte Plaketten werden nach den Festtagen in Bielefeld durch die Post versandt. Als Vorbestellung gilt die Überweisung von 6,— DM (5,— DM u. 1,— DM Porto/Verpackung) auf Konto der Kreisgemeinschaft Gumbinnen e. V. bei Sparkasse Bielefeld, Girokonto 65 001 802 (Postscheckkonto der Sparkasse Bielefeld: Hannover 48 71 - 3 07). Außer dem deutlich in Blockschrift geschriebenen Absender ist unbedingt anzugeben: „Gumbinner Plakette". Nachnahmeversand nicht möglich.

Jubiläums-Wandteller aus Porzellan oder Keramik, Durchmesser 24 cm. Farbiges Gumbinner Wappen mit Umschrift „250 Jahre Stadt Gumbinnen 1724—1974". Preis etwa 30,— DM zuzügl. Versandkosten. Dieser Teller kann nur bei einer Mindestauflage von 250 Stück überhaupt erst hergestellt werden. Weil die Kreisgemeinschaft alle verfügbaren Mittel aus der „Gumbinner Dittchenspende" für die geplante Festschrift und die Ausgestaltung der 250-Jahr-Feier einsetzen muß, ist der Wandteller nur zu schaffen, wenn sich eine genügende Zahl von Gumbinnern durch Vorbestellung zur Abnahme verpflichtet. Deshalb bitten wir alle ernsthaften Interessenten, bis spätestens 15. Juli mit Postkarte die Zahl der gewünschten Teller anzugeben, die sie bei Verwirklichung des Vorhabens verbindlich abnehmen werden. Wenn die Zahl der eingegangenen Abnahmeverpflichtungen ausreicht, wird im Ostpreußenblatt und durch Einzelbenachrichtigung der genaue Preis bekanntgegeben und gleichzeitig zur unmittelbaren Einzahlung des Betrages aufgefordert. Erfolgt keine solche Benachrichtigung, dann bedeutet das, daß der Teller mangels ausreichender Vorbestellungen nicht hergestellt werden kann. Die Vorbestellung der Wandteller ist zu richten an: Stadt Bielefeld, Geschäftsstelle Patenschaft Gumbinnen, 48 Bielefeld, Postfach 181.

Heiligenbeil

Kreisvertreter: Georg Vögerl, 1 Berlin 41 (Steglitz), Buggestraße 6, Telefon 0 30 / 8 21 20 96.

Auf zum Kreistreffen nach Burgdorf — Eine Woche trennt uns noch von dem Hauptereignis des Jahres, dem Hauptkreistreffen am 29. und 30. Juni in Burgdorf. Alle Vorbereitungen sind abgeschlossen. Der Patenkreis und die Kreisgemeinschaft entbieten Ihnen herzliche Willkommensgrüße. Wir hoffen, daß alle Besucher von sich aus den Willen mitbringen, Begegnungen mit Landsleuten und Paten zu suchen und aus ihrer Zurückhaltung, die man im allgemeinen uns Ostpreußen nachsagt, herauszutreten. Besonders erwarten wir die Jugend und bitten die älteren Landsleute, ihre Kinder und Enkel an dem Heimattreffen teilnehmen zu lassen. Wir möchten auch noch einmal auf die Sondertreffen hinweisen nämlich das DRK-Treffen und das Klassentreffen des Entlassungsjahres 1937. Für die im Großraum Hamburg wohnenden Landsleute besteht noch Gelegenheit mit einem Omnibus von Hamburg aus nach Burgdorf zu fahren. Wir bitten um Beachtung der wiederholten Bekanntmachungen im Ostpreußenblatt unter Landesgruppe Hamburg. Unsere letztmalige Bitte: Heiligenbeiler, kommt alle und beweißt Eure Treue zur ostpreußischen Heimat, beweist ferner, daß unsere sprichwörtliche Heimatliebe sich nicht nur in Worten erschöpft.

Neidenburg

Kreisvertreter: Paul Wagner, 83 Landshut II, Postfach 502, Telefon 08 71/7 19 20.

Neidenburger Jugendwoche 1974: Anfang September wird in unserer Patenstadt Bochum eine Lehrgangs- und Freizeitwoche stattfinden, zu der alle jungen Landsleute eingeladen sind. Willkommen sind auch Teilnehmer früherer Jugendwochen. Nähere Auskünfte erteilt Jugendreferent Dr. W. Broschk, 2 Hamburg 73, Nordlandweg 11.

Osterode

Kreisvertreter: Hans Strüver, 333 Helmstedt, Schützenwall 13, Telefon 0 53 51/3 20 73.

Osteroder Zeitung — Folge 41 wurde Mitte Mai an unsere Landsleute versandt und hat hoffentlich auch Freude ausgelöst. Die OZ erscheint zweimal im Jahr im Umfang von 80 oder 72 Seiten und kann jederzeit bei unserem Kreisschatzmeister Kurt Kuessner, 23 Kiel 14, Bielenbergstraße 36, angefordert werden, auch von solchen Landsleuten, die dies Blatt noch nicht kennen. Bitte bei allen Zuschriften und Überweisungen die genaue Anschrift und den Heimatort angeben. Die Konten der Kreisgemeinschaft werden ebenfalls von Lm. Kuessner verwaltet. Die Nummern entnehmen Sie bitte den Zahlkarten, die den Sendungen beilagen, bzw. der letzten Seite jeder OZ. Denken Sie bitte daran, daß aus den Überweisungen die nächste Folge der OZ finanziert werden muß.

Kreiskarte und Stadtplan — Bei Kurt Kuessner, 23 Kiel 14, Bielenbergstraße 36, können weiterhin die Kreiskarte 1:100 000 und der Stadtplan von Osterode bestellt werden. Der Versand erfolgt unter Angabe des Stichwortes „Kreiskarte" bzw. „Stadtplan"" bei der Überweisung des Betrages (3,50 DM für die Kreiskarte, 3,— DM für den Stadtplan) auf eins der Konten der Kreisgemeinschaft Osterode: Postscheckkonto Hamburg 3013 66-204 oder Girokonto Nr. 432 190 bei der Kieler Spar- und Leihkasse in Kiel.

Berichte für die Osteroder Zeitung — Für die nächsten Folgen der OZ bittet Klaus Bürger, 225 Husum, Schleswiger Chaussee 55 a, um Einsendung von Beiträgen u. a. zu folgenden Themen: Reiseberichte 1974 aus dem Kreis Osterode; kirchliche Vereine im Kreis; katholische Gemeinden im Kreis, z. B. in Gilgenburg, Liebemühl und Osterode; Freikirchen im Kreis, zum Beispiel in Bieberswalde. Berichte aller Art sind Lm. Bürger jederzeit willkommen.

Hilfe gesucht — Landsleute, die bereit sind, ein alphabetisches Register der Personennamen in der Osteroder Zeitung 31—40 aufzustellen, wenden sich bitte an Klaus Bürger, 225 Husum, Schleswiger Chaussee 55 a.

Pr.-Holland

Kreisvertreter Dr. Heinz Lotze, 4131 Rheinkamp-Baerl. Geschäftsführer: Helmut Jänecke, 2210 Itzehoe, Rathaus, Abt. Patenschaftsbetreuung.

Ein Dorf feiert Wiedersehen — Die ehemaligen Einwohner der Gemeinde Grünhagen, Kreis Pr.-Holland, trafen sich in Celle-Gr.-Hehlen. Eingeleitet wurde das Treffen im kleinen Saal des Hotels Celler Tor. Freitag abend fanden sich bereits 54 Teilnehmer zu einem gemeinschaftlichen Abendessen zusammen. Viele der Anwesenden feierten Wiedersehen nach 30 Jahren und länger. Es gab viel zu erzählen und erst in den frühen Morgenstunden trennten sich die Letzten. Aufgelockert wurde dieses gemütliche Beisammensein durch den Vortrag von zwei Gedichten in ostpreußischer Mundart „Fella seie aller weiß" und „Muschekuche", die dem Interpreten reichen Applaus einbrachten. Arrangiert war dieses Treffen von Christel Madsack und dem seit 1952 amtierenden Vertrauensmann Georg Schneider. Ein unerwarteter Erfolg sollte den Veranstaltern erst am Sonnabend beschieden sein. Der Beginn der Veranstalung war auf 10 Uhr festgesetzt. Bereits ab 9 Uhr trafen die ersten Gäste ein und um die Mittagszeit konnten 150 Grünhagener, deren Anverwandte und Nachkommen, registriert werden. Nach dem gemeinsamen Mittagessen (Königsberger Klops) begann am Nachmittag der offizielle Teil. Der Vertrauensmann der Gemeinde verlas die Grußtelegramme der Kreisgemeinschaft Pr.-Holland und vieler Grünhagener, die nicht zum Treffen kommen konnten. Er dankte allen, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben und gab seiner Freude über die starke Beteiligung Ausdruck. Nach der Totenehrung gab er einen Bericht über die Tätigkeit des Vertrauensmannes in den 30 Jahren des Exils. Er ging besonders auf die Dokumentation, die Schadensfeststellung und den Lastenausgleich ein. Besonders bedauerte er, daß die Landsleute aus dem anderen Teil Deutschlands nicht dabei sein könnten. Zum Schluß führte er wörtlich aus: „Für ein paar Stunden war Grünhagen gegenwärtig. Es war wie eine Veranstaltung mit vielen Gästen einst daheim. Die verschiedensten Dialekte haben sich mit dem heimatlichen gemischt und ich glaube sagen zu können, daß nach fast 30 Jahren, einem Generationszeitalter, noch eine echte Zusammengehörigkeit besteht, die wir uns auch erhalten sollten. Unseren Nachkommen sollten wir das Bild unserer großräumigen, stillen, sauberen ostpreußischen Heimat mit seinen großen Wäldern und seinen kristallenen Seen, mit seinem Oberländerkanal, wo die Schiffe über die Berge fahren, immer und immer wieder vor Augen führen, um es niemals in Vergessenheit geraten zu lassen." Im Anschluß daran zeigte Lm. Fritz Morr Dias von einer Reise nach Grünhagen im Jahre 1973, die aufmerksames Interesse fand. Eine Vielzahl von Aufnahmen des heutigen Grünhagen mit eingehenden Erläuterungen gaben ein klares Bild der derzeitigen Verhältnisse. Auch gab er Hinweise wie man heute nach Ostpreußen in unsere Heimat reisen kann. Die Veranstaltung endete mit dem einstimmigen Beschluß, sich nach drei Jahren wiederzutreffen.

Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Georg Schiller, 282 Bremen 77, Wolgaster Straße 12, Telefon 04 21/63 90 11.

Kreistreffen in Essen-Steele — Das Kreistreffen für alle die Schloßberger aus dem westlichen Teil der Bundesrepublik, die nicht zum Haupttreffen nach Winsen kommen konnten, findet am 29./30. Juni in Essen-Steele im Restaurant Stadtgarten-Saalbau, Am Stadtgarten, statt, gemeinsam mit dem Kreis Ebenrode/Stallupönen. Sonnabend, 29. Juni, besteht die Möglichkeit, daß sich einzelne Landsleute bereits abends zu einem Gedankenaustausch im Stadtgarten-Restaurant treffen können. Sonntag 30. Juni, ist der Saal des Stadtgarten-Restaurants bereits ab 9 Uhr geöffnet, die Feierstunde beginnt 11 Uhr. Das Kreistreffen ist mit dem Gedenken an die Stadterhebung unserer Kreisstadt Schloßberg vor 250 Jahren verbunden. Die Feierstunde wird durch eine Andacht eingeleitet, die Festansprache hält das Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, Gerhard Wippich. Es wird erwartet, daß auch die in der Nähe wohnenden Besucher bereits vormittags zur Feierstunde anwesend sind. Liebe Landsleute aus Stadt und Kreis Schloßberg, bekundet erneut Eure Heimatverbundenheit, fördert und vertieft unsere Gemeinschaft, kommt zum Kreistreffen nach Essen-Steele.

Jugendbegegnung im Ostheim, Bad Pyrmont — Es sind noch Plätze für die Jugendbegegnung vom 27. Juli bis 4. August im Ostheim, Bad Pyrmont, frei. Teilnehmen können junge Schloßberger im Alter von 16 bis 24 Jahren, auch wenn nur ein Elternteil aus dem Kreis Schloßberg kommt. Junge Ehepaare, Freunde und Bekannte und gegebenenfalls auch Austauschschüler können ebenfalls nach Anmeldung mitgebracht werden. Teilnehmerbeitrag 50,— DM, Fahrtkosten werden erstattet. Vorträge, Diskussionen, Geselligkeit und Freizeit werden in einem ausgewogenen Verhältnis zu einander stehen. Das Freibad gegenüber dem Ostheim steht allen Teilnehmern zur Verfügung. Die Leitung der Begegnung hat Michael Kowallik, 23 Kiel, Forstweg 91, an den auch weitere Anmeldungen zu richten sind. Anmeldungen werden auch von Fritz Schmidt, 313 Lüchow, Stettiner Straße 17, entgegengenommen. Endgültiger Anmeldeschluß ist der 22. Juni.

Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit, Elchniederung

Stadtvertreter: Dr. Fritz Beck, Kreisvertreter Ragnit: Matthias Hofer, Kreisvertreter Elchniederung:

Unser Land an der Memel — einst und jetzt — Dieses heimatkundliche Thema stand im Mittelpunkt der offiziellen Feierstunde anläßlich des Jahreshaupttreffens am 26. Mai in den Casino-Gaststätten in Hannover. Nach zweijähriger Pause trafen sich die Landsleute der benachbarten Heimatkreise wieder in der niedersächsischen Landeshauptstadt. Fast alle Tische des großen Saales waren besetzt, als der 1. Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, Dr. Fritz Beck, die Teilnehmer, darunter Besucher aus Mitteldeutschland, ehemalige Mitglieder der Tilsiter Sportvereine und eine Gruppe der „Gemeinschaft junges Ostpreußen" begrüßte. Die verbindenden Worte sprach Vorstandsmitglied Bruno Lemke, der auch die Totenehrung übernahm. Hauptredner war der 1. Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, Matthias Hofer. Seine Betrachtungen zu obigem Thema fanden reges Interesse. Informationen über das heutige Nord-Ostpreußen sind äußerst dürftig und dabei nur über große Umwege zu erhalten. Zumeist muß man sich auf sowjetische Zeitungen berufen, die gelegentlich über dieses Gebiet berichten. Dennoch hat Hofer es verstanden, dieses Informationsmaterial mosaikartig zu einem (wenn auch mit einigen Lücken versehenen) Gesamtbild zusammenzufügen. Bei der Angabe von Zahlen mußte Lm. Hofer Vorbehalte anmelden, weil sich solche Zahlen in den einzelnen Berichten oft widersprechen. In geeigneter Weise konnte er — selbst Landwirt — während seiner Ausführungen interessante Vergleiche anstellen und dabei immer wieder auf jene Zeit zurückgreifen, als Ostpreußen noch von Ostpreußen bewirtschaftet und weiterentwickelt wurde. Über Milch- und Viehwirtschaft, über Pferdezucht und Industrie sowie über Handel und Verkehr konnten aus damaliger Zeit interessante Zahlen genannt werden. Wegen des großen Interesses über diese Ausführungen wird Lm. Hofer am 22. September in Wanne-Eickel über das gleiche Thema sprechen. Erstmalig bei unserem Treffen kam die „Gemeinschaft junges Ostpreußen" zu Wort. Eine Vertreterin dieser Gemeinschaft lenkte die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf sich, als sie mit kurzen Worten, aber im Klartext die Aufgaben und Ziele dieser jungen Generation darlegte. Mit Genugtuung nahm man davon Kenntnis, daß diese Jugendlichen, die jenes Land östlich der Oder nie aus eigener Anschauung erlebt haben, sich so intensiv mit den Themen und Problemen des Ostens auseinandersetzen. Im Laufe des Tages konnte u. a. ein Landsmann aus Amerika begrüßt werden, der seinen Deutschlandbesuch mit diesem Treffen verbunden hat. Die Ostpreußen aus dem Land an der Memel waren wieder einmal zu Hause — wenn auch nur für wenige Stunden.

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Dr. Fritz Beck. Geschäftsstelle: Ingolf Koehler, 23 Kiel, Muhliusstr. 70 Tel. 04 31 / 24 22 14.

Vereinigung ehemaliger Schüler des Staatlichen Gymnasiums Tilsit — Unser diesjähriges Treffen findet vom 18. bis 20. Oktober in Hannover statt. Alle Ehemaligen und Freunde des Gymnasiums sind mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen. Der genaue Plan über den Ablauf der Veranstaltung wird im Ostpreußenblatt veröffentlicht. Wir weisen darauf hin, daß wir wie in den vergangenen Jahren preiswerte Unterkunft in günstiger Lage vermitteln. Anfrage bitte richten an Fred Spannenberger, 3 Hannover, Oskar-Winter-Straße 5, Telefon 05 11 - 66 81 56.

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Matthias Hofer, Kiel-Mielkendorf. Geschäftsstelle: Gert-Joachim Jürgens, 314 Lüneburg, Schillerstraße 8, Telefon 0 41 31/4 23 16.

Patenschaftstreffen in Preetz — Wie bereits im Terminkalender des Ostpreußenblattes als auch in unserem heimatlichen Pfingstrundbrief „Land an der Memel" angekündigt, findet das Patenschaftstreffen der Ragniter am Sonntag, dem 23. Juni, um 10.30 Uhr in Drillers Hotel in der Patenstadt Preetz statt. Alle Landsleute aus Ragnit und Umgebung sind herzlich eingeladen, und wir bitten um starke Beteiligung. Die offizielle Feierstunde wird durch musikalische Darbietungen umrahmt. Der neu ins Amt gewählte Bürgervorsteher der Stadt Preetz, Regierungsdirektor Girnus, wird als Ostpreuße zu den Ragniter Landsleuten sprechen. Vor Beginn der Veranstaltung wird das Blasorchester des Turn- und Sportvereins Preetz ein Platzkonzert geben. Während dieses Treffens ist auch die Möglichkeit gegeben, die vor zwei Jahren aufgelegte Chronik von Hans-Georg Tautorat „Ragnit im Wandel der Zeiten" käuflich zu erwerben.



Der Bücherschrank

Unser Bücherschrank ist weder eine Buchhandlung noch ein Antiquariat. Alle angezeigten Titel sind jeweils nur in einem Exemplar vorhanden. Weiteres darüber finden Sie in der ständigen Rubrik „Die Ostpreußische Familie". Folgende Spenden stehen abrufbereit:

Thomas Mann: **Königliche Hoheit** Roman

Wladimir Lindenberg: **Trauer und Tränen werden vergehen** Roman aus dem alten Rußland

Werner Bergengruen: **Der Tod von Reval** Baltische Geschichten

Dr. Gustav Grossmann: **Sich selbst rationalisieren** Die Planung des Berufserfolges

Gustav Schröer: **Sieben Kreuze** Bäuerlicher Roman

Hermann Löns: **In Heide und Wald** Tiergeschichten

Hans Friedrich Blunck: **Wolter von Plettenberg** Deutschordensmeister in Livland

Ula Haensell: **Land der guten Leute** Die Gedankenwelt des Negers

C. S. Forester: **Das verlorene Paradies** Südseeroman

Alfred Neumann: **Der Teufel** Historischer Roman

Kl. Klootboom-Klooweitschen: **Der Caroll** Schwänke aus Ostpreußen

Heinrich Lersch: **Drei Romane** Aus dem Nachlaß eines Dichters

L. R. Conradi: **Das Buch der Bücher** Christliche Schrift

Werner Jansen: **Die Kinder Israel** Mose-Roman

Ludwig Uhland: **Ausgewählte Werke**

Hans von Hülsen: **Die Tragödie der Ritterorden** Historische Studien

Theodor Heuss: **Reden an die Jugend**

Mark Twain: **Heitere Geschichten** Eine Auswahl

1970/71: **Das Salzburger Jahr** Eine Kulturchronik

Hans Hellmuth Kirst: **Die Wölfe** Roman

Ferdinand Gregori (Herausg.): **Lyrische Andachten** Natur- und Liebesstimmungen deutscher Dichter

Gabor von Vaszary: **SIE** Roman

Michel Tournier: **Der Erlkönig** Roman

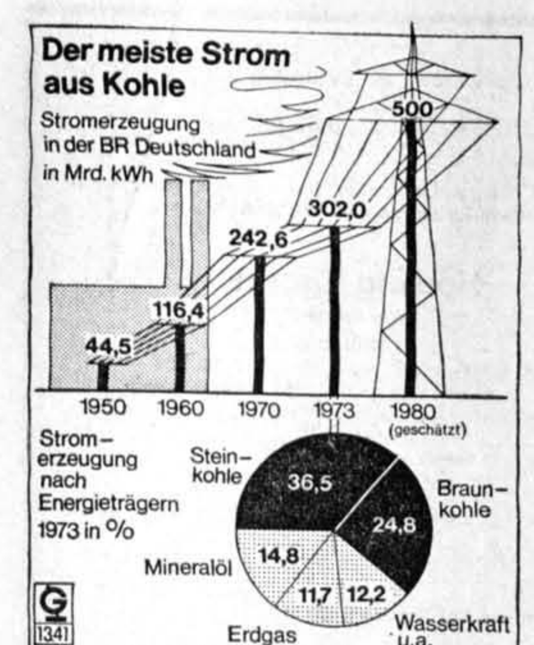
Richard Skowronnek: **Der Bruchhof** Roman

Robert Ruark: **Nie mehr arm** Roman

Peter Purzelbaum: **Starker Toback** Jagdhumor

Charlotte Berend-Corinth **Lovis** Aufzeichnungen über Corinth

Miguel de Unamuno: **Frieden im Krieg** Roman aus dem Spanischen



Kohle — sichere Energiequelle

Köln — Der Stromverbrauch in der Bundesrepublik verdoppelt sich ungefähr alle zehn Jahre. Bis 1980 wird sich die Nachfrage nach Strom auf etwa 500 Milliarden Kilowatt erhöhen (unser Schaubild). Die Elektrizitätswirtschaft muß daher ihre Kraftwerkskapazitäten — 1973 betrug die installierte Kraftwerksleistung über 60 000 Megawatt — schnell erweitern, um den steigenden Bedarf an elektrischer Energie auch in Zukunft decken zu können. Dazu braucht man zahlreiche neue Kohlekraftwerke. Denn einmal ist die Bauzeit konventioneller Kraftwerke erheblich kürzer als bei Atomkraftwerken. Zum anderen geben sie ein größeres Maß an Versorgungssicherheit; denn Kohle ist als einziger heimischer Energieträger ausreichend vorhanden. Noch allerdings verzögern Umweltbestimmungen aus der Zeit vor der Energiekrise den raschen Bau neuer Kohlekraftwerke.

Globus

10 000 Touristen konnten nicht untergebracht werden

Danzig (jon) — Rund eine Million Dollar hätte Danzigs staatliches Reisebüro „Orbis" im vergangenen Jahr mehr verdienen können, wenn rechtzeitig genügend Übernachtungsmöglichkeiten für ausländische Touristen geschaffen worden wären. Diese massive Kritik übte das Danziger Parteiorgan „Glos Wybrzeza" und warf den verantwortlichen Organisatoren Unfähigkeit vor. „10 000 ausländischen Touristen mußte ‚Orbis' alle Dienste absagen, weil eine entsprechende Unterbringung der Menschen nicht möglich war."

Dies habe zur Folge gehabt, daß unzählige Touristen, namentlich diejenigen, die mit Fähren aus Skandinavien nach Danzig gekommen waren, „bereits nach mehrstündigem nutzlos für die Übernachtungssuche vergeudetem Aufenthalt wieder in ihre Heimat fuhren, mit der denkbar schlechtesten Meinung über unsere Organisation in der Touristik." Zugleich bedauerte das Blatt, daß sich die Situation in dieser Saison kaum ändern werde. Auch die für die nächsten Jahre eingeplanten Hotelneubauten seien bei dem gegenwärtig stark wachsenden Tourismus nur ein „Tropfen auf dem heißen Stein". Gegenwärtig entfallen auf 1000 Einwohner der Dreistadt Danzig — Zoppot — Gdingen 1,8 Hotelbetten, während es in Kopenhagen 11,4 und in Stockholm sogar 17,2 sind.

Kein Geld für „Republik-Flüchtlinge"

Die Zahlungsvereinbarungen mit der „DDR" sind voller Einschränkungen — 800 Mio Guthaben

Fast noch größere Bedeutung als das Gesundheitsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" haben die gleichzeitig getroffenen beiden Teilvereinbarungen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr. Unmittelbarere Bedeutung jedenfalls für viele Deutsche hüben und drüben. Besonders wichtig sind dabei die Abmachungen, die man über den Transfer, also die Überweisung von Unterhaltszahlungen in beide Richtungen traf. Das bisher übliche, sehr komplizierte und im Ergebnis unbefriedigende Verrechnungsverfahren zwischen einzelnen Jugendämtern der Bundesrepublik und den Ämtern für Jugendhilfe im anderen Deutschland wird abgelöst.

40 Millionen an Überschüssen, die sich allein in den vergangenen drei Jahren in der Bundesrepublik angesammelt haben, einfach weil die Zahl der zahlungsverpflichteten Väter hier größer und die Unterhaltssätze höher sind, können an die Zahlungsempfänger in der „DDR" abfließen. Und es wird in Zukunft nicht mehr schwierig sein, die familienrechtlich begründeten Unterhaltsleistungen — also etwa die Zahlungen von Vätern an uneheliche Kinder, die Zahlungen von Ehemännern an ihren in anderen deutschen Staat lebenden Nachwuchs — in die Wege zu leiten. Keine Ausnahme freilich gilt: Unterhaltszahlungen an Erwachsene werden nur dann transferiert, wenn eine gerichtliche Entscheidung vorliegt oder wenn der Unterhaltsberechtigte — etwa die geschiedene Ehefrau oder ein volljähriges, aber noch in Berufsausbildung befindliches Kind — seine Bedürftigkeit nachweist. Freilich wird im letztgenannten Falle die monatliche Unterhaltsrate, die überwiesen werden kann, auf 200 DM begrenzt.

In den Rahmen dieser Vereinbarung gehört auch der unbegrenzte Austausch — über die Notenbanken beider Seiten, also die deutsche Bundesbank und die Staatsbank der „DDR" — von Schadensersatzleistungen aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen. Und zwar sowohl bei Personen- wie auch bei Sachschäden. Gewiß, wenn ein Bundesbürger auf einer Fahrt durch die „DDR" mit seinem Automobil einen Unfall hatte, in den ein Kraftfahrer der „DDR" verwickelt war, erfolgte auch bisher schon ein Schadensausgleich über die Kraftfahrzeugversicherer hüben und drüben. Anders jedoch, wenn er zum Beispiel mit einer nicht versicherten Kuh, die über die Straße trabte, kollidierte, wenn er einem auf der Straße spielenden Kind auswich und an einem Laternenpfahl landete. In diesen und auch anderen Fällen können nun Schadenersatzforderungen in beide Richtungen geltend gemacht und auch realisiert werden.

Erheblich enger ist die zweite Teilvereinbarung, zu der sich die „DDR"-Unterhändler nur zögernd bequemten: die Vereinbarung, die Überweisungen aus Guthaben bei Geld- und Kreditinstituten in beiden Richtungen in begrenzten Fällen und in begrenzter Höhe zuläßt. In begrenzten Fällen: das bedeutet, daß praktisch nur Alters- und Invalidenrentner sowie Vollwaisen und Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik über ihren finanziellen Besitz drüben, und zwar in Monatsraten von 200 DM verfügen können. „DDR"-Bewohner hatten und haben jedoch über die Vereinbarung hinaus auch in Zukunft dank der Großzügigkeit der deutschen Bundesbank die Möglichkeit, von ihren Sperrkonten in der Bundesrepublik monatlich 300 DM und mehr sich überweisen zu lassen — auch dann, wenn sie nicht zu den Bedürftigen zählen.

Dieses Abkommen hat aber noch zwei Schönheitsfehler, die man nicht verschweigen darf: Republikflüchtige, wie sie das SED-Regime nennt, deren Vermögen beschlagnahmt wurde, zählen nicht zum Kreis der Begünstigten. Und auch leider jene nicht, die drüben ein Miethaus besitzen und regelmäßige Mieteinnahmen haben, die auf ein Sperrkonto in der „DDR" fließen. Nur, wer sein Grundstück oder Haus im anderen Teil Deutschlands verkaufte, wem eine Erbschaft zufiel, wer Einnahmen aus einem drüben publizierten Werk aus seiner Feder geltend machen kann, um nur drei Beispiele zu nennen, darf — so er zu den weniger begüterten Bundesbürgern gehört — monatlich 200 DM kassieren. Und das vorläufig auch nur, wenn das jährliche Überweisungsvolumen in beide Richtungen 30 Millionen Mark nicht übersteigt. Dabei, so schätzt man in Bonn, ruhen im anderen Teil Deutschlands 700 bis 800 Millionen Mark auf Sperrkonten, die Bewohnern der Bundesrepublik gehören.

Christian Decius

Die Kriminalpolizei warnt:

Euroschecks sind sehr praktisch

Unterschrift erst bei Übergabe des Wertpapiers leisten

Wiesbaden — Die von Banken und Sparkassen ausgegebenen Scheckkarten haben sich in der Praxis durchgesetzt und spielen heute im bargeldlosen Zahlungsverkehr eine bedeutende Rolle. Um so erstaunlicher ist es, daß immer noch Unklarheit darüber herrscht, wie der Mißbrauch von Scheckkarten vermieden werden kann.

Wer vorsichtig ist, nimmt nicht allzuviel Bargeld mit auf die Urlaubsreise. Er deckt sich mit Reiseschecks oder ganz allgemein mit „Eurocheques" ein. Euroschecks sind sicher und praktisch. Leider auch für Diebe, wenn die Berechtigten es an der nötigen Vorsicht fehlen lassen. Schecks und Scheckkarte gehören niemals in dieselbe Tasche. Sie sind getrennt und sicher aufzubewahren.

Reist man zu zweien, dann ist es zweckmäßig, die Schecks bei dem einen, die Karte bei dem anderen aufzubewahren. Ebenso wichtig ist es, die Schecks nicht „auf Vorrat" zu unterschreiben, sondern jeweils erst vor der Übergabe.

Die gleichen Vorsichtsmaßnahmen sollte anwenden, wer mit Bank- oder Postsparbuch verreist. Auch hier gilt der Grundsatz, daß Sparbuch und Ausweiskarte niemals beieinander sein sollten, besser noch getrennt in Händen zweier Personen.

Vor Reiseantritt notiert man sich die Nummer des Sparbuchs oder Karten- und Kontonummer des Euroschecks, um im Falle eines Verlustes sofort die Sperrung in die Wege leiten zu können. Zwar kann schon manches geschehen sein, bis die Sperrung wirksam wird, aber einige Hoffnung besteht doch, daß noch etwas zu retten ist.

Auf der Reise verwahrt man Euroschecks und Sparbücher so, daß sie Dieben möglichst nicht zugänglich sind. Dazu gehört auch die Sicherung gegen Taschendiebe, deren es — vor allem im Ausland — noch reichlich viele gibt.

Durch solche Vorsichtsmaßnahmen kann man verhüten, daß der Euroscheck nicht zum Wertpapier für den Dieb wird. Noch einmal: Schecks und Karte getrennt aufbewahren und „befördern"!

H. L.



Euroscheck: Wertpapier auch für Diebe

Ungewöhnliche Entwicklung

Wer profitiert von den steigenden Zinsen am Rentenmarkt?

Köln — Die Hauptleidtragenden des starken Zinsanstiegs am Rentenmarkt sind die Besitzer festverzinslicher Wertpapiere — schreibt die Bundesbank in ihrem Jahresbericht für 1973. Aber wer profitiert eigentlich von der ungewöhnlichen Entwicklung der letzten Jahre? Darüber herrschen in der Öffentlichkeit oft irrige Vorstellungen und nicht selten werden die Falschen bezichtigt. Allzu oft wird übersehen, heißt es in den Bericht der Notenbank weiter, daß die „Gewinner" jene Schuldner der Realkreditinstitute sind, an die vor Jahren zu den damals üblichen Bedingungen Darlehen vergeben wurden. Die Zinssätze für diese Kredite liegen weit unter dem heutigen Niveau und sogar unter der Inflationsrate. Was aber hilft es, die Gelder wurden langfristig ausgeliehen und die Institute können sie nicht vorzeitig zurückfordern.

Den Gewinn aus dieser Situation ziehen vor allem die Besitzer der auf diese Weise billig finanzierten Häuser und die Mieter, die darin wohnen. Im sozialen Wohnungsbau beispielsweise hat sich die Finanzierung mit Pfandbriefhypotheken ausgesprochen stabilisierend auf die Mieten ausgewirkt. Letztlich subventionieren also die Besitzer niedrigverzinslicher Rentenwerte die Mieter in den mit fixen Zinsen gebauten Häusern. Die anhaltende Inflationierung, meint die Bundesbank abschließend, habe also bereits eine erhebliche Verzerrung in der Einkommens- und Vermögensverteilung bewirkt.

Aber soll man es einfach dabei belassen oder ist es nicht vielmehr ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, hier Abhilfe zu schaffen? Den Realkreditinstituten sind die Hände gebunden, sie können die laufenden Verträge nicht ändern. Aber der Staat? Gewährt er nicht auch anderen Bevölkerungsgruppen in besonderen Härtefällen Unterstützung — den Mietern, den Landwirten, den Mühlenbesitzern, der Werftindustrie, dem Zonenrandgebiet und, und, und?

F. P.



Am 26. Juni 1974 feiert unsere liebe Mutter, Oma und Uroma, Frau

Ida Zenthöfer

geb. Esselun
aus
Kindschen, Kreis Tilsit-Ragnit
jetzt
6331 Leun, Weilburger Straße 13
ihren 75. Geburtstag.
Es gratulieren herzlich und wünschen ihr noch viele Jahre Gesundheit und Gottes Segen
ihre Kinder
Schwiegerkinder
Enkel und Urenkel

80
Jahre
wird am 22. Juni 1974 unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Horst Führer

aus Bergental, Kr. Tilsit-Ragnit
(Ostpreußen)

Es gratulieren herzlich
SEINE KINDER

2427 Malente,
Lütjenburger Straße 95



Am 22. Juni 1974 feiert unser lieber Vater und Großvater

Otto Matzko

Justizbeamter i. R.
aus Lyck, Ostpreußen,
General-Busse-Straße 12
seinen 80. Geburtstag.
Dazu gratulieren mit besten Wünschen für die Gesundheit
seine Kinder
und Enkel

75 Karlsruhe 41, Pfinzstraße 12

---

91 Jahre alt wird am 27. Juni 1974 unsere liebe Mutter, Omi und Uromi

Auguste Kohnert

geb. Hüttig
aus Schönwiese
bei Landsberg, Ostpr.
Es gratulieren herzlich
Fritz Kohnert u. Frau Charlotte
Kurt Marszan u. Frau Inge
Lothar Roß u. Frau Evelyn
sowie Klaus, Ralf, Bernd, Silke und der kleine Christian

415 Krefeld, Gartenstraße 26

Heute entschlief sanft und ruhig unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante

Lina Gilbert

geb. Wiechert
aus Ludendorf,
Kreis Labiau, Ostpreußen

im Alter von 90 Jahren.

In stiller Trauer
Kurt Gilbert und Familie
Franz Gilbert und Familie

2217 Kellinghusen, 7. Juni 1974
Gerberstraße 17

Nach einem Leben voller Liebe und Fürsorge für uns entschlief heute ganz plötzlich und unerwartet unsere liebe Schwester, Mutter, Schwiegermutter, Tante und herzensgute Großmutter und Urgroßmutter

Helene Blonski

geb. Jorzick
aus Mertenheim, Kr. Lötzen

im Alter von 87 Jahren.

Im Namen aller Anverwandten und Hinterbliebenen
Oskar Jorzick

4972 Löhne, Hemke 14
den 28. Mai 1974

Nach kurzer Krankheit verstarb mein lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Fritz Kledewski

geb. 12. 7. 1889 gest. 2. 6. 1974
Schöppenfelde,
Kreis Gumbinnen, Ostpreußen

In stiller Trauer
Hanna Pakirnus,
geb. Kledewski
Hans Pakirnus
Enkelkinder und Anverwandte

4354 Datteln, Eichenstraße 14

Die Beisetzung fand im engsten Familienkreise statt.

Gott nahm sie zu sich zur ewigen Ruhe.

Berta Wunderlich

geb. Plikat
* 25. 12. 1888 † 9. 6. 1974

Nach hartem, arbeitsreichem Leben auf Gott vertraut ging unsere liebe Mutter, Oma und Uroma, bis zuletzt von lieben Menschen gepflegt, von uns.

Ihre jahrelange Sehnsucht galt der lieben Heimat Ostpreußen, Burgkampen, Kreis Ebenrode.

Im Namen aller Angehörigen
Frieda Struff, geb. Wunderlich

4 Düsseldorf, Goebenstraße 7

Wir haben die Verstorbene am 12. Juni 1974 auf dem Stoffeler Friedhof in Düsseldorf beigesetzt.

Zur Erinnerung an den 80. Geburtstag am 24. Juni 1974

Denn ich lebe
und Ihr sollt auch leben . . .
Joh. 14, 19

Unsere liebe Mutter nahm nach einem Leben voller Größe und beispielhafter Liebe von uns Abschied.

Hedwig Eggert

geb. Spode
aus Wolittnick
* 24. 6. 1894 † 7. 12. 1972
in Gunzenhausen

Im Namen aller Angehörigen
Ruth Tolkmitt, geb. Eggert, verw. Schulz

882 Gunzenhausen, Rot-Kreuz-Straße 11

Wir haben sie am 10. Dezember 1972 in Nennslingen bei Weißenburg (Bayern) zur letzten Ruhe gebettet.

Unseren ostpreußischen Freunden und Bekannten teilen wir mit, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, unsere liebe Omi und unsere Schwester

Margot Panskus

geb. Schusdziarra
* am 11. 5. 1903 in Gr. Borken (Ostpreußen)

am 12. 5. 1974 plötzlich und unerwartet von uns gegangen ist. Sie rüstete sich zu ihrer zweiten Reise in die alte Heimat und trat dafür die Reise in die ewige Heimat an.

Ihre Liebe und Arbeit galt den Landsleuten hier und im Osten. Wir haben sie am Sonnabend, dem 15. Juni 1974, auf dem ev. Friedhof in Schladen beerdigt.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Gustav Panskus

3342 Schladen, Breslauer Straße 20

Nach langem Leiden entschlief am 23. Mai 1974 unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma, Uroma, Kusine und Tante

Auguste Puskeppeleit

geb. Pallapies
aus Wiesenfeld, Kreis Tilsit

im gesegneten Alter von 95 Jahren.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Benno Puskeppeleit

3001 Altwarmbüchen, Lüneburger Damm 9

Nach langer Krankheit entschlief am 28. Mai 1974 Frau

Hedwig Trost

geb. Casper
aus Königsberg (Pr), Luisenallee 8

im 70. Lebensjahr.

In stiller Trauer
Karl Trost
Peter Trost
Dr. Inge Caspar

2 Hamburg 65, Am Anschuß 23

● Anzeigentexte bitte deutlich schreiben! ●

Lerne leiden, ohne zu klagen!

Nach einem arbeitsreichen Leben und schwerer Krankheit verließ uns am Mittwoch, dem 12. Juni 1974, meine liebe, nimmermüde Frau, unsere liebste, herzensgute Mutti

Gertrud Meyer

geb. Kuss
aus Groß-Hanswalde, Kreis Mohrungen

im 59. Lebensjahr.

In stiller, tiefer Trauer
Fritz Meyer
Helga und Gerd
und alle Angehörigen

2178 Otterndorf, Stader Straße 56

Die Trauerfeier fand am Sonnabend, dem 15. Juni 1974, um 11 Uhr in der Friedhofskapelle Otterndorf statt.

Unerwartet verschied am zweiten Pfingstfeiertag 1974 meine liebe, gute Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Lisbeth Haak

geb. Köhler
aus Frisching (Ostpreußen)

im Alter von 74 Jahren nach einem in treuer Pflicht erfüllten Leben.

In tiefer Trauer
Karl Haak

2418 Bäk-Ratzeburg

Fern ihrer ostpreußischen Heimat beendete ein sanfter Tod den Lebensweg unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante

Helene Zander

aus Landsberg, Ostpreußen
* 12. 4. 1900 † 8. 6. 1974

In Liebe und Dankbarkeit
Lisbeth Spitz, geb. Zander
Paul Westphal und Frau Anna
geb. Zander
Jochen und Werner Westphal
nebst Familien

62 Wiesbaden-Biebrich, Pfälzer Straße 13

Unsere geliebte Mutter und Großmutti, meine liebe Schwiegermutter, Frau

Hedwig Kaups

geb. Hoeppel
aus Johannisburg (Ostpreußen)
* 16. 12. 1893 † 6. 6. 1974

ist sanft eingeschlafen.

In Dankbarkeit und Trauer
Erdmute Leuner, verw. Jenkel, geb. Kaups
Stefan Jenkel
Prof. Dr. med. Hanscarl Leuner

34 Göttingen-Geismar, Eisenacher Straße 14, Juni 1974

Wir werden die Urne neben Stefans Vater in Helmstedt beisetzen.

Nach einem erfüllten Leben verstarb im Alter von 94 Jahren

Maria Meyer

geb. Endrejat
aus Fuchshöhe, Kreis Tilsit-Ragnit

In stiller Trauer
Elly Loseries, geb. Meyer
Helmut Loseries
Herta Wenger, geb. Meyer
Michael Endrejat
Enkel, Urenkel und Anverwandte

4054 Nettetal-Hinsbeck, Büschen 21, den 30. Mai 1974

Lina Hoffmann

geb. Ditschereit
aus Königsberg (Pr), Landsberger Straße 45
* 19. 12. 1880 † 9. 6. 1974

Unsere liebe Mutter, Großmutter und Urgroßmutter ist nach einem pflichterfüllten Leben von uns gegangen.

In tiefer Trauer
im Namen aller Angehörigen
Horst Hoffmann und Frau Erna
Herbert Hoffmann und Frau Else

2 Hamburg 19, Luruper Weg 51

Von seinem schweren Leiden erlöst wurde mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel

Robert Grubert

* in Kermen, Kreis Tilsit-Ragnit
† 303 Walsrode 24, Klein-Eilstorf 22

Im Gedenken an unsere Heimat Ostpreußen.

In stiller Trauer
im Namen aller Hinterbliebenen
Gertrud Grubert, geb. Braustädter

303 Walsrode 24, Klein-Eilstorf 22

Die Beerdigung fand statt am 22. Mai 1974 auf dem Friedhof in Klein-Eilstorf.

Am 2. Juni 1974 verstarb für uns alle plötzlich und unerwartet unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Waldemar Dorsch

Locken — Lubainen (Ostpreußen)

im Alter von 48 Jahren.

Es trauern um ihn
seine **Familie** in Wilhelmshaven
Emma Kniza, geb. Dorsch
und Familie, Osnabrück
Werner Dorsch
und Familie, Gießen
Gerda Schomburg, geb. Dorsch
und Schwager Otto, Nürnberg

85 Nürnberg, Kirchenstraße 27, den 10. Juni 1974
Die Trauerfeier fand am 6. Juni 1974 in Wilhelmshaven statt.

Nach schwerer Krankheit entschlief am 4. Juni 1974 mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Otto Broscheit

aus Rossitten, Kurische Nehrung

im 80. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Anna Broscheit, geb. Muleit
Franz Vollhardt und Frau Annemarie,
geb. Broscheit
und Enkelin Monika

205 Hamburg 80, Schulenburgring 5 c

Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 12. Juni 1974, um 8.30 Uhr auf dem Friedhof Öjendorf von der Halle 1 aus statt.

Otto Suchodolski

geb. 28. 5. 1892 gest. 9. 6. 1974

Kantor und Lehrer i. R.

Letzter Leiter der Bethesda-Anstalten in Angerburg

Nach schwerer Krankheit verloren wir heute früh meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater und Großvater.

Herta Suchodolski, geb. Behnke
Gert Suchodolski
Anita Meyer, geb. Suchodolski
Heinz Meyer
Anja und Jörn

2863 Ritterhude, Am Sande 32, den 9. Juni 1974

Die Beerdigung hat am 12. Juni 1974 um 11 Uhr von der Friedhofskapelle Ritterhude aus stattgefunden.

Nach einem arbeitsreichen, erfüllten Leben entschlief mein treusorgender, herzensguter Mann, unser lieber Vater

Fritz Polenz

Oberfeldintendant a. D.
aus Königsberg (Pr)
zuletzt Berlin

kurz nach Vollendung seines 80. Lebensjahres.

In Liebe und Dankbarkeit
Elsa Polenz, geb. Kehler
Irmgard Kugler, geb. Polenz
Horst Kugler
im Namen aller Angehörigen

1 Berlin 33, Spilstraße 2a, den 10. Juni 1974

Trauerfeier am Freitag, dem 21. Juni 1974, um 13 Uhr im Krematorium Wilmersdorf, 1 Berlin 31, Berliner Straße 81.

Fern seiner geliebten, unvergessenen Heimat entschlief am 20. Mai 1974 mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel

Albert Koyro

aus Steinwalde, Kreis Lötzen (Ostpreußen)

im Alter von 76 Jahren.

Sein Leben war Liebe und Fürsorge für alle die ihm nahestanden.

In tiefer Trauer und großer Dankbarkeit
im Namen aller Angehörigen
Gertrude Koyro, geb. Köttlitz

463 Bochum, Cramerstraße 37

Die Beisetzung fand am 25. Mai 1974 auf dem Ev. Gemeindefriedhof Bochum-Engelsburg, Heusnerstraße, statt.

Fern seiner so geliebten Heimat entschlief am 12. Mai 1974 nach kurzer Krankheit im Alter von 84 Jahren mein herzensguter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Landwirt

Friedrich Jotzo

aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg (Ostpreußen)

In stiller Trauer
Anna Jotzo, geb. Kempa
Helmut Jotzo
Margot Jotzo, geb. Pichel
Udo Jotzo
Uwe Jotzo
Britta Jotzo

4628 Lünen, Kurt-Schumacher-Straße 86

Die Beisetzung fand am 16. Mai 1974 auf dem Friedhof Lünen-Süd statt.

Nach einem gesegneten, erfüllten Leben entschlief mein lieber Mann und treuer Lebenskamerad, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Altbauer

Gustav Daniel

aus Frischenau, Kreis Wehlau
Inhaber von Kriegsauszeichnungen I. und II. Klasse 1914—1918
geb. 13. 9. 1893 gest. 21. 5. 1974

In stiller Trauer
Lina Daniel, geb. Müller
Kinder, Enkelkinder
und alle Angehörigen

2351 Bornhöved, Plöner Chaussee 3, im Mai 1974

Die Trauerfeier hat am 24. Mai 1974 in aller Stille stattgefunden.

Mein innigstgeliebter Mann, mein lieber Bruder, unser lieber Onkel

Steueramtmann i. R.

Hans Lukat

aus Gumbinnen, Kreis Insterburg

fand am 31. Mai 1974 seine ersehnte ewige Ruhe im Alter von 70 Jahren.

In tiefer Trauer
Evy Stranger Lukat, geb. Svenssen
Anna Fiedler, geb. Lukat
Eckhard Fiedler und Frau Gisela, geb. Herdlein
und Kinder Susanne und Thomas

322 Alfeld (Leine), Stettiner Straße 6, im Juni 1974

Die Trauerfeier fand am Mittwoch, dem 5. Juni 1974, in Alfeld statt.

Plötzlich und unerwartet entschlief im 67. Lebensjahr mein lieber Mann, unser Vater und Schwiegervater

Rudi Merkel

* 11. 7. 1907 † 3. 6. 1974

aus Lehnarten, Kreis Treuburg

In stiller Trauer
Gertrud Merkel, geb. Tolsdorff
Udo Merkel und Frau Irmtrud, geb. Taschik
Ilse Merkel

3 Hannover, Dieckmannstraße 7

Die Trauerfeier fand am 7. Juni 1974 in Hannover auf dem Seelhorster Friedhof statt.

Nach einem erfüllten, arbeitsreichen Leben entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit mein treusorgender Mann, Vater, Opa, Schwager und Onkel

Otto Josupeit

Bez.-Oberleutnant der Gendarmerie a. D.
und Hauptmann der Feldgendarmerie
aus Cranz (Ostpreußen)

im Alter von 84 Jahren.

In tiefer Trauer
Frau Lucy Josupeit, geb. Groß
und Sohn Gerhard mit Familie

6791 Wallhalben (Pfalz) und 66 Saarbrücken, Roter Weg 12, den 24. Mai 1974

Unser geliebter Bruder

Kurt Anders

aus Widminnen (Ostpreußen), zuletzt Erkrath

ist am 23. Mai 1974 plötzlich infolge Herzversagens verstorben.

Wir haben ihn auf seinen Wunsch in Wallenstein (Hessen) zur letzten Ruhe gebettet.

Maria Anders
Lydia Mohr-Saß, geb. Anders

234 Kappeln/Schlei, Fritz-Reuter-Straße 12

Fern ihrer geliebten ostpreußischen Heimat entschlief in großem Gottvertrauen nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgoßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Auguste Samland

geb. Deuter

geb. 19. 12. 1895 verst. 12. 6. 1974

aus Königsberg (Pr)-Prappeln

In tiefer Trauer
Alfred Samland und Familie
Margot Kranz, geb. Samland, und Gatte
Hedwig Christoleit, geb. Samland
nebst Kindern und Enkelkindern
und alle Anverwandten

7770 Überlingen, Hildegardring 3

Nach langem, schwerem, mit unsäglicher Geduld und Tapferkeit getragenem Leiden verstarb meine liebe Frau, meine um mich treu besorgte Tochter, unsere unvergeßliche Schwester, Frau

Maria Wiesemann

geb. Jednat

* 25. 9. 1910 † 27. 5. 1974

aus Stallupönen

In tiefer Trauer
Fritz Wiesemann
Adelheid Jednat
Fritz Jednat mit Familie
Charlotte Schletter mit Familie
Siegfried Jednat mit Familie

85 Nürnberg, Farnstraße 24

Durch den Heimgang seines langjährigen geschäftsführenden Vorstandsmitglieds

Joachim Freiherr von Braun

* 1. September 1905 in Gerdauen, Ostpreußen
† 8. Juni 1974 in Göttingen

hat der „Göttinger Arbeitskreis" ostdeutscher Wissenschaftler einen schmerzlichen Verlust erlitten.

Der Vorstand des Arbeitskreises gedenkt in tiefer Dankbarkeit der außerordentlichen Verdienste, die sich der Verstorbene seit 1947 um den Aufbau und die Leitung unserer Institution erwarb. Seine aufopferungsvolle Arbeit stand im Dienste des gesamtdeutschen Gedankens. Geleitet von den ethischen Postulaten Immanuel Kants, wirkte er in Wort und Schrift unermüdlich für die Stärkung des Gemeinsinns. Sein Lebenswerk wurde durch stete Treue zu seiner ostpreußischen Heimat und zu seinen vertriebenen Landsleuten geprägt.

Sein Vermächtnis bedeutet uns Verpflichtung.

Für den Vorstand des „Göttinger Arbeitskreises" e. V.

Prof. Dr. Boris Meissner
Präsident

Wenn die Verlierer trotzdem immer siegen . . .

Das Wahlergebnis in Niedersachsen zeigt der Union Chancen und Grenzen

Am kommenden Sonntag, dem 23. Juni, wird in Northeim das letzte Gefecht der Schlacht um Niedersachsen geführt — sein Ausgang ist allerdings nicht mehr in der Lage, das Ergebnis des „Feldzuges" zu beeinflussen, der zwischen Harz und Heide bereits am 9. Juni entschieden wurde. So ist also auch noch offen, ob die Parteien mit einer „Materialschlacht" an Papierbomben um das kleine Northeim antreten, dessen Votum ohnehin keine entscheidenden Veränderungen bewirken kann. Hier kann sich höchstens entscheiden, daß die Sozialdemokraten ein Mandat im Landtag mehr erhalten. „Die Macht" kann der SPD auch von Northeim aus nicht genommen werden, nachdem es ihr gelungen ist, mit Hilfe der Freien Demokraten weiterhin die Regierung zu bilden. Höchstens: Wirtschaftsminister Greulich könnte aus dem Landtag ausziehen müssen. Wenn er in Northeim unterliegt —, denn er ist auf der Landesliste nicht abgesichert. In Northeim aber kennt man Greulich nur dem Namen nach. Doch daran, daß die Sozialdemokraten regieren werden, daran ändert auch Northeim nichts . . .

Wie hatte Alfred Kubel, bisheriger und sicherlich auch künftiger Ministerpräsident dieses Bundeslandes in der Wahlnacht zu dem Gewinner der Wahl, Wilfried Hasselmann, doch gesagt: „Sie haben die Wahl gewonnen, aber wir werden regieren." Wenngleich die Sozialdemokraten in Niedersachsen auch nicht die Stimmeinbußen hinnehmen mußten, wie das bei den vorangegangenen Wahlen in Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und im Saarland der Fall war, so haben sie dennoch auch in Niedersachsen empfindlichen Stimmenschwund — nämlich 5,1 Prozent im Verhältnis zur Bundestagswahl 1972 — hinnehmen müssen.



Kubel:
Wir regieren . . .

Gewiß, in Hamburg waren es — immer auf die Bundestagswahl bezogen — 9,6, in Rheinland-Pfalz 9,5, im Saarland 10,6 und in Schleswig-Holstein sogar minus 13 Prozent — da mag es sein, daß die „nur" 5,1 in Niedersachsen geradezu als ein Lichtblick erscheinen. Von einer Tendenzwende, wie das in der Wahlnacht von sozialdemokratischen Politikern verständlicherweise erläutert wurde, kann aber keine Rede sein und man kann davon ausgehen, daß Helmut Schmidt realistisch genug ist, die Dinge nüchtern und ohne die Parteibrille zu sehen. Sicherlich hat sich in Niedersachsen kein Erdrutsch vollzogen — aber immerhin stellt die Union der Christlichen Demokraten erstmals die stärkste Partei im Landtag.

Hoffnung und Mitleid

Fragt man sich, weshalb es nicht zur absoluten Mehrheit von über 50 Prozent gereicht hat, so wird man verschiedene Gründe nennen können: zunächst einmal hat sich in Niedersachsen die Regie Herbert Wehners ausgezahlt, den verbrauchten Willy Brandt zurückzuziehen und der Öffentlichkeit zu suggerieren, daß nun ein Mann mit mehr Tatkraft die Geschicke in die Hand nehmen und die Wende herbeiführen wird. Der neue Mann, Helmut Schmidt, konnte sich in Niedersachsen noch nicht profilieren und in den Wochen, da er als Kanzler amtiert, ist auch in Bonn nichts passiert, was den Gedanken rechtfertigen müßte, jetzt werde alles anders werden. Aber anscheinend gibt es doch zahlreiche, von der SPD enttäuschte Wähler, die bereits auf dem Absprung waren, jedoch wohl noch einmal angehalten haben, um dem neuen Mann seine Chance zu geben. Auch ist nicht ausgeschlossen, daß ein gewisses Mitleid mit Willy Brandt, von dem Herbert Wehner sagte, daß er von dem Rechtskartell gestürzt wurde, während er selbst bereits vor langer Zeit die Jagd auf den abgeschlafften Kanzler angeblasen hatte, mitgespielt hat. Das alles mag zusammengewirkt haben. Hätte die SPD in Niedersachsen die Regierung abgeben müssen, so wäre das Scherbengericht unvermeidbar gewesen. So aber verkraftet man die 3,3 Prozent im Verhältnis zur Landtagswahl des Jahres 1970 oder gar die 5,1 Prozent im Verhältnis zur letzten Bundestagswahl. Hauptsache: man bleibt weiter in der Regierung.

Es wird zu untersuchen sein, ob die Christlichen Demokraten den Wahlkampf immer geschickt und so geführt haben, daß sie allüberall und für jedermann erkennbar ein entsprechendes Kontrastprogramm geboten haben. Ihre politischen Gegner waren im Wahlkampf auch weniger pingelig und es ist noch sehr die Frage, ob sich vermeintliche vornehme Zurückhaltung tatsächlich auszahlt.

Ein weiteres Moment, das es zu beachten gilt, ist die Wahlbeteiligung, die bei 80 Prozent der Wahlberechtigten lag. Man kann davon ausgehen, daß „die Linke" ihre Wähler weit besser zu aktivieren versteht als das bürgerliche Lager. So ist nicht ausgeschlossen, ja, es ist anzunehmen, daß die 20 Prozent, die der Wahlurne fernblieben, mehr dem bürgerlichen Lager zuzurechnen sind. Befindet sich hierunter ein Wählerpotential, dem die CDU nicht wählbar erscheint und das aus diesem Grunde von dem Gang an die Urne Abstand nimmt? Wenn dem so sein sollte, wird es Sache der Union sein zu überdenken, wie solcher Zustand behoben werden kann.

Natürlich gibt es „drei Sieger" — einmal die Union, die unbestreitbar gewonnen hat, dann die FDP, die froh ist, wieder in den Landtag gekommen zu sein und schließlich den Sieger SPD, der eben nicht an die 9 oder 10 Prozent der anderen Bundesländer herangekommen ist, wo die Partei Verluste in diesem Ausmaß hinnehmen mußte. Die Freien Demokraten haben vor der Wahl von acht und noch mehr Prozent gesprochen, mit denen die Parteiführung rechnete. Sie hat sich mit knapp 7,1 Prozent zufrieden geben müssen. Betrachtet man das Ergebnis der FDP in Niedersachsen, so wird man feststellen, daß die Freien Demokraten nicht den Prozentanteil der letzten Bundestagswahl erreichen und sich statt damals 8,5 nun nur 7,1 Prozent der Stimmen erhielten. Nur im Vergleich zur Landtagswahl von 1970 hat die FDP zugenommen. Ob die Festlegung auf eine Koalition mit der SPD die F.D.P. Stimmen gekostet hat, ist nicht fest auszumachen — aber es ist auch keineswegs auszuschließen. Nicht ausgeschlossen nämlich, daß Wählerkreise, die eine F.D.P in Verbindung mit der CDU gerne gesehen hätten, durch die vorherige Festlegung veranlaßt wurden, anders zu votieren. Nicht ausgeschlossen auch, daß Wähler von der SPD abwanderten, um die F.D.P. zu wählen in der Annahme, daß sie eine Bremserfunktion erfüllen könne.

„Ganz wohl kann Helmut Schmidt bei alledem nicht sein . . ."

Verständlich, daß der Parteivorsitzende Brandt das Abschneiden der SPD als ein „unter den gegebenen Umständen gutes Ergebnis" bezeichnete und anmerkte, es habe ein Prozeß der Stabilisierung zugunsten der Sozialdemokraten eingesetzt. Diese Meinung Willy Brandts ist schwerlich unter einen Hut zu bringen mit der Analyse, die der Ordinarius für Politische Wissenschaften an der Universität Mannheim, Professor Wildenmann, vertritt. Er sagt, wenn der Abwärtstrend der SPD auch gebremst worden sei, so könne doch keineswegs auf eine Tendenzwende geschlossen werden. Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen an der Universität Mannheim von Mitte Mai im ganzen Bundesgebiet hätten erkennen lassen, daß „das klare Negativbild" über Willy Brandt bislang lediglich von unsicheren und abwartenden Meinungen über Helmut Schmidt abgelöst worden sei. „War Schmidt für die Aufgabe, einen Sturzflug in kürzester Zeit zu bremsen, vielleicht der ideale Mann, und könnten ihm Monate oder Jahre mehr schaden als nützen?" fragt Wolf Schneider in der Tageszeitung „Die Welt" und kommt zu dem Schluß: „Ganz wohl kann Helmut Schmidt bei alldem nicht sein. Die Talfahrt hat ihr Tempo vermindert, aber sich fortgesetzt. Alle nicht personenbezogenen Ursachen des Wählerschwunds, zumal die Geldentwertung, die Unsicherheit der Arbeitsplätze und der linke Radikalismus sind unverändert da. Die Abhängigkeit vom Radikalismus sind unverändert da. Die Abhängigkeit der Sozialdemokraten ist weiter gestiegen; in Niedersachsen, wo die SPD bisher allein regierte, sieht sie sich nun ebenfalls auf die Koalition angewiesen."

. . . trotz verlieren:
Oertzen

Dabei ist die eigentliche Wählerreaktion auf den Regierungswechsel in Bonn und auf die Tätigkeit der Regierung Schmidt/Genscher bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern zu erwarten. Denn Wählerumschichtungen sind, wie Prof. Wildenmann ebenfalls feststellte, trotz der Beschleunigung in den letzten Jahren so kurzfristig einfach nicht zu erreichen.

Für die CDU mag noch gesagt sein, daß diese Partei auch nach den Untersuchungen der Mannheimer Politologen bisher bei den Landtagswahlen jeweils schlechter abschnitt als bei den Bundestagswahlen. Die SPD dagegen errang bei den Landtagswahlen in Niedersachsen bisher einen etwas höheren Stimmenanteil als bei den Bundestagswahlen. Sicherlich wird das Ergebnis innerhalb der Gremien der SPD in Niedersachsen aber sehr eingehend diskutiert werden. Eine erste Stimme liegt bereits von den niedersächsischen Jungsozialisten vor, die in einer Stellungnahme vor einem „Rechtsruck" in der niedersächsischen SPD als Reaktion auf die Stimmenverluste der SPD und den Verlust einiger Wahlkreise gewarnt haben. Das Mitglied im Landesausschuß der Jungsozialisten, Gerd Schröder (Göttingen), äußerte in einem Interview des Saarländischen Rundfunks die Befürchtung, daß einige „Provinzpolitiker" seiner Partei versuchen würden, die knappe Wahlniederlage des Kultusministers von Oertzen zum Anlaß zu nehmen, um gegen sozialistische Forderungen Front zu machen.

Sogleich nach dem Wahltag haben die Vertreter der SPD und der F.D.P. sich zusammengesetzt, um gemeinsam zu prüfen, wie man regieren will. Auf Grund der verschiedenen Festlegungen der F.D.P. in der Öffentlichkeit wird in der Tat die Schulpolitik des umstrittenen Kultusministers von Oertzen zu dem entscheidenden Kriterium. Nachdem die SPD entgegen der Forderung des möglichen Koalitionspartners das Schulgesetz Anfang Mai mit ihrer Mehrheit im Landtag verabschiedet hat, wird die F.D.P. nun zusehen müssen, wie so eine Novellierung ermöglicht wird und die Rechte von Eltern, Lehrern und Schülern gestärkt werden. Wie immer dem auch sei, irgendwie jedoch werden sie sich in Hannover einigen, schon aus dem Grunde, weil sie wissen, daß sie in einem gemeinsamen Boot sitzen. Es ist auch kaum anzunehmen, daß die F.D.P. von einem Angebot zur Beteiligung an der Regierung Abstand nehmen und in die Opposition gehen wollte. Es wird einiges an Hickhack geben, aber dann wird man zusammenfinden. Wie in Bonn.

Der Ausgang der Wahlen hat keine gravierende Auswirkung auf Bonn. Denn im Bundesrat bleibt es bei den bisherigen Stimmen und im Vermittlungsausschuß wird die Regierung die Oberhand behalten. Das „Nichts geht mehr!" wird in Bonn nicht zu hören sein und es ist auch nicht mit vorgezogenen Bundestagswahlen zu rechnen. Eine Möglichkeit, die nicht von der Hand zu weisen war, wenn Niedersachsen an die Union gefallen wäre.

Verständlich, daß in den anderen Bundesländern, in denen Wahlen anstehen, nun Betrachtungen angestellt werden, wie es am 27. Oktober aussehen wird. Dann nämlich wird in Hessen und Bayern gewählt. In Hessen stellt sich die Frage, wie es um den Stimmenanteil der F.D.P. bestellt sein wird, wenn die Sozialdemokraten zurückfallen würden. Überträgt man die Tendenzen der Niedersachsenwahl auf das Land Hessen, so würde die SPD dann von 45,9 Prozent des Stimmanteils in der Landtagswahl von 1970 auf 42,6 Prozent zurückgehen. Die Christlichen Demokraten dagegen würden von 39,7 auf 42,9 Prozent ansteigen. Hieraus ergibt sich, daß dem Stimmanteil der Freien Demokraten wieder eine entscheidende Bedeutung bei-kommt. Zwar ist mehr als fraglich, ob die F.D.P. wieder an die 10 Prozent der letzten Landtagswahl herankommen wird; in jedem Falle ist ihr Abschneiden für die SPD lebenswichtig. Das Überleben des Kabinetts Oswald hängt an dem seidenen Faden der F.D.P. So aber kann es in Hessen geschehen, daß auch dort die CDU zur stärksten Partei im Lande und doch wieder um den Erfolg ihres Sieges gebracht wird. Dann nämlich, wenn sich auch dort wieder SPD und F.D.P. zu einer Koalition verbinden. Und daran kann kein Zweifel sein.

Es erscheint uns auch abwegig darauf zu spekulieren, daß sich in der F.D.P. ein Sinneswandel vollziehen und dieser sie wieder in eine Koalition mit der CDU führen werde. Ob überhaupt, wie gelegentlich in Bonn und anderswo vermutet, einzelne Politiker der F.D.P. mit einem solchen Gedanken liebäugeln, sei dahingestellt. Die Realisierung erscheint uns zur Zeit völlig ausgeschlossen. Deshalb, weil die Basis einfach nicht mitmachen würde und die Tete eine solche Kehrtwendung gar nicht in Kauf nehmen wollte. Wir werden vielmehr davon auszugehen haben, daß die Freien Demokraten, wo immer die Möglichkeit besteht, in den Bundesländern bereit sein werden, weiterhin mit den Sozialdemokraten zu koalieren.

Allerdings soll nicht verkannt werden, daß sich die Freien Demokraten, trotzdem oder gerade weil sie zu den fragwürdigen Wahlsiegern gehören, in keiner beneidenswerten Lage befinden. Zwar bedeutet das, wenn auch magere Wahlergebnis, eine gewisse Stabilisierung der Partei, zumal die größten Zuwachsraten für die FDP in Traditionsgebieten mit einer gewissen konservativen Grundstruktur erreicht werden konnten, wie zum Beispiel in Oldenburg und Lüneburg. Doch gerade diese Wählerschichten dürften der Ansicht sein, daß die FDP nunmehr ihre Schlüsselstellung in der niedersächsischen Koalition mit SPD zu kräftigen Veränderungen der politischen Landschaft ausnutzen müsse, wenn sie nicht Gefahr erleiden wolle, diese Wählerkreise so zu enttäuschen, daß die Partei bei der nächsten Wahl mit einem Denkzettel rechnen müsse.



Hasselmann:
Knapp am Ziel vorbei

Der Wurm ist drin . . .

Den Einfluß der FDP erwartet man vor allem bei einer Nivellierung des umstrittenen Schul- und Bildungsgesetzes des Prof. von Oertzen. Hier erwartet man, daß die FDP ihre Vorstellungen durchsetzt oder wenigstens eine weitgehende Annäherung erreicht. Oertzen aus dem Kultusministerium zu verdrängen, das dürfte selbst der FDP nicht gelingen. Man kann aber nicht ausschließen, daß gerade die von ihm beeinflußten Gesetze den Keim zu schweren Zerwürfnissen zwischen den Koalitionspartnern in sich tragen. Die entscheidenden Gespräche werden sicherlich zwischen den Koalitionspartnern sicher erst nach der Wahl in Northeim geführt werden und wenn die SPD dort ein Mandat hinzugewinnt, so wähnt sie, bei den Verhandlungen in besserer Position zu sein.

Wollte man den Stimmengewinn der CDU in Niedersachsen auch auf das Ergebnis der Christlich-Sozialen Union bei den Wahlen in Bayern anlegen, so müßte hier ein ungewöhnliches Ergebnis erreicht werden. Doch hier sollte man einblenden, daß mit dem Ergebnis der letzten Landtagswahl — 56 Prozent — ein Markstein gesetzt ist, der, wenn er gehalten wird, in keinem anderen Bundesland von der Union erreicht wurde. Ein Stimmenzuwachs darüber hinaus wäre sicherlich von einmaliger Bedeutung.

Strauß lag mit Skepsis im Hinblick auf die Zukunft richtig . . .

Natürlich rechnen die Sozialdemokraten in Bayern damit, daß sich Impulse aus der Bundespolitik für die Genossen in Bayern auszahlen, aber insgeheim wird man nicht daran zweifeln, adß die CSU wieder den Sie gerringt. Nur die F.D.P. kann sich darin gefallen, sich zur Verhinderung einer absoluten Mehrheit zu empfehlen. Niemand rechnet damit, daß sie im Verein mit der SPD den Christlich-Sozialen in Bayern ernsthaft gefährlich werden könnte.

Gerade der Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl hat bestätigt, daß Franz Josef Strauß mit seiner Skepsis im Hinblick auf künftige Wahlen durchaus richtig gelegen ist. Denn nach seinen Worten hat die Wahl vom 9. Juni ganz eindrucksvoll die Schwierigkeit für die Union unterstrichen, gegen eine von vornherein festgelegte Koalition von SPD und F.D.P. die Mehrheit zu erringen. Bayern mag da die Ausnahme sein, die die Regel bestätigt. Schon das Beispiel Hessen läßt erkennen, daß selbst dann, wenn die CDU stärkste Partei würde, ihr die Regierung verwehrt bliebe: so lange, als SPD und F.D.P. miteinander koalieren.

Was aber nutzt es der Union, wenn sie die Wahlen gewinnt und doch nicht an die Regierung kommt? Könnte es nicht sein, daß mancher Wähler enttäuscht sein würde, weil seine Stimme praktisch verloren ist. Er wählt die Union, macht sie zur stärksten Partei, und diejenigen, die die Wahl verlieren, wie jetzt in Niedersachsen die Sozialdemokraten, sie bilden die Regierung. Genauso wie Alfred Kubel es ausdrückte: die Union gewinnt die Wahlen und die SPD wird regieren!

Vielleicht wird jetzt deutlicher, daß der kürzlich einmal ventilierte Gedanke einer bundesweiten vierten Partei doch wert wäre, einmal ernsthaft diskutiert zu werden. Sollte man nicht erneut überlegen — so, wie auch Herbert Kremp in der „Welt" fragt, wie „die Symmetrie des Angebots und der Chancen gegenüber SPD und F.D.P. überregional hergestellt werden könnte. Man hätte es eigentlich schon gleich nach der letzten Bundestagswahl tun müssen. Es ist sicherlich spät — aber es ist keineswegs zu spät. Oder aber: wer weiß ein besseres Rezept dagegen, daß die Verlierer trotzdem weiter siegen?

Klaus Jenssen



„Dafür möcht' ich aber was sehen, meine Herren!" Zeichnung aus „Kölnische Rundschau"